

# diskus 5

frankfurter studentenzeitung heft 5/73, 23. jahrgang

## WISSENSCHAFT IM DIENST DES VOLKES $\triangle$

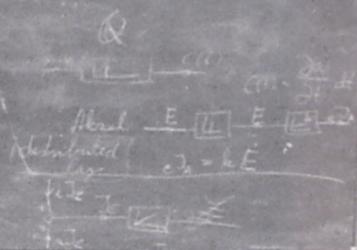
(9)  $Y = E - (W) + J(\varphi)$

(10)  $Y - C(y) = J(\varphi)$

(11a)  $S(y) = J(\varphi)$

(11b)  $sS = J$

|              |           |
|--------------|-----------|
| $s < 1$ Prod | $s > 1$ J |
| Exp          | Konty     |
|              | ...       |
| ...          | ...       |
| ...          | ...       |



$(C+2)^2 \leq 0$        $(C)^2 + C^2 = 0$

$s(2c+1) < 1/2$        $m, n$  Temperatur



# RAF-Prozesse in Sindlingen.

Die Verfolgung und juristische Erlebung von Mitgliedern der "Roten Armee Fraktion" durch die Hüter des Gesetzes findet mittlerweile auch in Frankfurt und München statt.

Rolf Pohle steht vor Richtern in München und versucht nicht erfolglos gegen die bayerische Form der Gerechtigkeit anzufechten; doch auch in seinen Happeningaktionen spürt man die Müdigkeit ob der Immergleichheit bürgerlicher Gesellschaft. So werden wenigstens die Menschen von ihren eigenen Schöpfungen verbrannt und konsumiert und nicht von der rohen Natur wie die Tiere." 1)

Friedlicher begannen die Prozesse gegen Astrid Proll und Marianne Herzog im sog. Bürgerhaus in Frankfurt-Sindlingen.

Zur Staffage bürgerlicher Immergleichheit gehören die Gesichter von Georg Grosz ebenso wie die Strafprozeßordnung, die ja eine ganze Welt im Kleinen ist. Wer ist nicht, nach Absolvierung eines justiziellen Vormittags versucht, jeder Erklärung welcher Natur auch immer, voranzuschicken: "Ich möchte hier eine Erklärung nach § 257 a abgeben" oder "Nach § 55 StPO kann ich hierzu nichts sagen, weil ich mich damit selbst belasten würde..." Es ist einigermaßen unklar, warum die StPO noch nicht die allgemeine Geschäftsordnung ersetzt hat; trägt doch jede Versammlung von Menschen immer mehr prozeßhafte Züge, wo es Angeklagte, Ankläger und Richter gibt. Auch die Tendenz, das Publikum in reiner Kontemplations-

haltung zu lassen, nimmt ja gesamtgesellschaftlich zu. Dadurch, daß die Theorie der Gewaltenteilung den Richter zwar als Träger reaktionärer Staatsmoral qua Verinnerlichung in einen gesellschaftlichen Freiraum stellt, der natürlich keiner ist, entstehen gewisse inhumane Züge, die in einzelnen Fällen (Freisler) zu grotesken Verunstaltungen des Juristenbildes führen. Gesellschaftlich sinnvoll und notwendig wäre es, ein juristisches Zeremoniell zulässiger Bestechungen einzuführen; womit auch dem Lotteriebericht der Urteilsfindung ein wenig der Atem genommen würde. Solange diese dringend erforderliche Reform der Justiz nicht durchgeführt ist, wird es immer wieder Prozesse geben, die schon von sich aus dem Ansehen der Justiz nicht förderlich sind.

Frankfurt-Sindlingen ist ein Thema für sich. Im Schatten der ehemaligen IG-Farben Werke Höchst gelegen, 20 Autominuten von der Frankfurter Innenstadt entfernt. Dort hat man vor wenigen Jahren der Bürgerschaft ein Haus von ihren Steuergeldern übereignet, das Bürgerhaus heißt. (Wenn es so etwas ist, was die SPD im Westend haben will, so gnade uns Gott) Zwar bestehen genügend Aussichten, daß dieses Bauwerk den kommenden Atomkrieg übersteht — steel stood — aber dieser entspannungsfeindliche Vorteil bezeichnet auch die Schwäche des Gebäudes, die allein aus ästhetischen Erwägungen nicht zu belegen ist. Schon zu Frie-

denszeiten müssen die Bürger in ein Gebäude kommen, das Vorsorge für den Krieg zu tragen scheint; seine architektonische Monstrosität ist erstaunlich. Keine Fenster — von Ritzen abgesehen — Neonlicht, sonst Beton.

Dem Ganzen, 20 km von der Frankfurter Innenstadt entfernt wird der formale Grundsatz der Öffentlichkeit Rechnung getragen, während er praktisch permanent negiert wird — durch die räumliche Entfernung, die Leibesvisitation (teilweise bis auf die Unterwäsche) die Personalkontrollen (Daten per Telex ans BKA), bewaffnete Beobachter der politischen Polizei im Zuschauerraum, die nicht dienstlich da sind wie Beltz und Patitz: wem vergeht da nicht die Lust "Öffentlichkeit" zu sein oder zu spielen. Nicht einmal sicher ist man, ob nicht ein törichter Beamter sich ins Gesäß schießt, weil er vor lauter Gefahrenwitterung seine Gunstentsichert trägt — so geschehen im Hoppe Prozeß in Hamburg; entsprechende Anträge der Verteidiger, die sich um die körperliche Unversehrtheit auch der Beamten bemühen, werden zurückgewiesen; es ist also nicht ausgeschlossen, daß durch das bei Polizeibeamten stark ausgeprägte Strafbedürfnis des sado-masochistischen Typs noch einmal ein 7,65 mm Projektil im Gesäß des Trägers landet; sicher ist das nicht.

In ihrer kurzen Eingangserklärung weist Marianne Herzog darauf hin, daß  
Fortsetzung auf Seite 13

# Sozialistische Hochschulpolitik

Es erscheint mir notwendig für das Hochschulheft, dessen Zielgruppe wohl in der Hauptsache Studienanfänger sein sollen, einige allgemeine Bemerkungen zu 'linker', sozialistischer Hochschulpolitik zu machen. Ich betrachte nachfolgendes nicht als eine Plattform einer bestimmten Gruppe, sondern eher als eine allgemeine Bestimmung sozialistischer Hochschulpolitik.

Der Anspruch, sozialistische Hochschulpolitik zu machen, scheint zunächst ein Widerspruch zu sein. Bedeutet doch sozialistische Politik die Veränderung der Gesellschaft als Ganzes, während die Hochschule ja nur einen Teilbereich der Gesellschaft darstellt. Einleuchtend wäre es also von daher, wenn man jetzt fordern würde, Hochschulpolitik in einen gesamtgesellschaftlichen Rahmen zu stellen. So selbstverständlich dies auch zunächst in den Augen vieler zu sein scheint, es bliebe dennoch ein subjektiver Akt, wenn nicht zunächst die Beziehungen, die zwischen Gesellschaft und Hochschule bestehen, entwickelt und vermittelt würden.

Man muß sich also zunächst diesen Zusammenhang klarmachen: Die Hochschule ist der Ort, an dem (die) Wissenschaft betrieben wird, sowohl als Forschung als auch als Lehre. In der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft ist der Zweck der Wissenschaft nun aber nicht die unmittelbare Aneignung der Natur durch den Menschen, wie sie von Marx gefordert wird, sondern sie tritt diesem als Potenz des Kapitals entgegen. Die Arbeit des Menschen, wie sie vom Kapital benutzt wird, ist also bloßes Mittel für einen ihr fremden Zweck, die Verwertung des Kapitals.

Da die Allgemeinheit von Wissenschaft und Ausbildung im Gegensatz steht zu ihrer besonderen und speziellen Anwendung im Produktionsbereich, existieren diese Sektoren getrennt vom unmittelbaren Produktionsbereich. Doch gerade infolge dieser Trennung sind Wissenschaft und Ausbildung durch das Kapital bestimmt: sie bilden eine notwendige Voraussetzung für die miteinander konkurrierenden Einzelkapitale. Man sieht also: Die Beziehung der Hochschule zur kapitalistischen Gesellschaft bestimmt sich über das Verhältnis von Wissenschaft und Kapital.

Die Funktion der Studenten in der

kapitalistischen Gesellschaft ergibt sich hieraus: Studenten sind geistige Produzenten; sie werden dazu ausgebildet, die Ergebnisse der Wissenschaft, sogar die wissenschaftliche Methode selbst in den Produktionsprozeß und in die ihm angegliederten Bereiche (Schule, Gesundheitswesen, Justiz, Verwaltung, etc.) einzubringen.

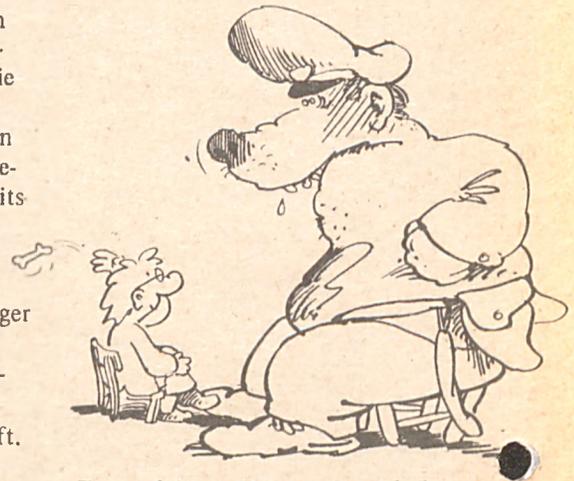
Studenten und Intellektuelle beziehen sich also auf die Wirklichkeit weniger auf der Basis unmittelbarer Erfahrung (sie stehen nicht im unmittelbaren Produktionsprozeß), sondern vorwiegend über die Beschäftigung mit Wissenschaft. Natürlich besteht eine Wirklichkeitsbeziehung der Studenten auf einer anderen Ebene, die sich durch Sozialisation und Berufsbild, etc. ihnen vermittelt.

Es ist also notwendig, sich mit der an der Hochschule gelehrt bürgerlichen Wissenschaft auseinanderzusetzen. Die Auseinandersetzung muß also ein wesentlicher Bestandteil sozialistischer Hochschulpolitik sein.

Die Trennung von Wissenschaft und Produktion führt dazu, daß die Studenten sich der Beziehung zwischen beiden nicht mehr bewußt sind. Erst über die Rückvermittlung der Wissenschaft auf den Produktionsprozeß wird es möglich, den Studenten ihre Beziehung zum Kapital zu vermitteln und klarzumachen.

Diese Vermittlung kann nicht bedeuten, daß man dem in den Köpfen der Studenten vorhandenen Bewußtsein eine andere, neue Erklärung entgegenhält, ihnen also quasi ein neues Bewußtsein überstülpt, denn dann wäre es eine reine Sache des Glaubens und hätte mit Vermittlung nichts zu tun. Es gilt vielmehr aufzuzeigen, wieso es zu einem falschen Bewußtsein über die Wirklichkeit kommt. Auf die Wissenschaft bezogen heißt das: Es ist nachzuweisen, daß die Widersprüche der bürgerlichen Wissenschaft in Form und Inhalt auf die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft selbst zurückzuführen sind.

Wenn wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Form und Inhalt bürgerlicher Wissenschaften auch ein zentraler Bestandteil von sozialistischer Hochschulpolitik ist, so kann sie dennoch nicht Selbstzweck sein. Indem die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft zurückweisen auf ihren Grund, das Kapitalverhältnis, führt die Beschäftigung mit bürgerlicher Wissenschaft somit notwendig zur Struktur der kapitalistischen Gesellschaft selbst.



Erst auf dieser Ebene zeigt sich dann auch die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Aufhebung und Veränderung dieser Gesellschaftsform.

Die Erkenntnis, daß Studenten als geistige Produzenten in ihrem späteren Beruf sich nur sehr beschränkt auf den Kampf des Proletariats beziehen können, soll dabei als Zwang empfunden werden, sich für die Arbeit im proletarischen Bereich zu qualifizieren (anstatt solche zu gründen!!). Zentraler Punkt sozialistischer Hochschulpolitik ist somit die Qualifikation zur sozialistischen Intelligenz. Diese Qualifikation ist vor allem dazu notwendig, um die heute bestehende Wirklichkeit analysieren zu können. Denn das Erkennen und Verstehen dieser kapitalistischen Gesellschaft ist die Voraussetzung für eine Strategie, die auf ihre Veränderung abzielt. Wer dagegen heute das Primat der Praxis gegenüber der Theorie fordert, behauptet damit, bewußtlos revolutionär sein zu wollen.

## Spartakisten im diskus-Kollektiv!

Die Ergebnisse der letzten Stupa-Wahlen haben neben dem AStA auch im diskus zu personellen Veränderungen geführt. Statt der bisherigen drei Herausgeber, sind es nun fünf, von denen je einer vom MSB Spartakus und vom SHB ist. In der Redaktion ist H. Heselner von M. Boeckler (MSB Spartakus) abgelöst worden. Ein Konsens innerhalb des neuen diskus-Kollektiv besteht noch nicht. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn einzelne Artikel in diesem diskus nicht mit der alten diskus-Linie übereinstimmen.

# diskus 5

## Schwerpunkt Hochschule

Wie üblich, so unternimmt auch in diesem Jahr das Kollektiv den Versuch, einen Hochschulschwerpunkt für Studienanfänger zu präsentieren. Bisher konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Informationspolitik für Studienanfänger sich in Selbstdarstellungen der einzelnen politischen Gruppen erschöpfte. Alle stellten sie fest, daß die Lage an der Universität beschissen sei, daß eine reaktionäre Clique jegliche sozialistische Politik an der Universität verhindere und daß sie als Gruppe, als einzig wahre Gruppe, nur in der Lage sei, diese Zustände schnell (sprich: revolutionär) zu verändern. Von grotesken Vorschlägen wie, "wir empfehlen das Studium des Kapitals und der Arbeiterbewegung" (Rotz Soz, 1972), bis zu Forderungen "Vollversammlungen müssen beibehalten bleiben (RotzJur), "Vorwärts im Aufbau des sozialistischen Studiums" (KSV, heute KSB) oder "Marx an die Uni" (Spartakus) reichte das Spektrum an Vorschlägen und Hilfestellungen für den Studienanfänger. Ob er sich in diesem Infosalat zurechtfindet oder nicht stand nicht auf der Tagesord-

nung. Wie konnte man auch erwarten, daß ein Anfänger eigene Probleme hat.

In diesem Jahr haben wir es gewagt, die revolutionären Kader der Hochschule in die Vorbereitungen um diesen Schwerpunkt nicht mit einzubeziehen. Wir sind der Meinung, daß keine Hochschulgruppe augenblicklich in der Lage ist, fertige Rezepte für den Hochschulkampf zu liefern. Vielmehr wollen wir mit diesem Schwerpunkt auf die Dringlichkeit einer Neuorientierung innerhalb der Hochschulpolitik hinweisen. Wir wenden uns nicht nur an die Erstsemestler, sondern auch an die sogenannten Fortgeschrittenen. Dementsprechend sind die einzelnen Beiträge nicht nach Fachbereichen gegliedert. Die Themen wurden so gewählt, daß z.B. ein Soziologe auch das Problem eines Pädagogen erkennen kann. Die Artikel sind auf die Diskussionsbeiträge innerhalb der Seminare ausgerichtet. In ihnen sollen die Schwierigkeiten und Überlegungen, die der einzelne antrifft oder antreffen kann, erörtert werden. Sie sollen Hilfestellungen und Anregungen für die Diskussionen, z.B. Arbeiter und Arbeiterfamilie bei den Pädagogen, innerhalb des Studiums liefern.



diskus  
frankfurter Studentenzeitung  
Heft 5, 23. Jahrgang, Dezember 1973

diskus-Verlag  
6000 Frankfurt am Main, Jügelstraße 1  
Telefon 0611 / 7 98 31 88

Herausgeber  
Lutz Bessel, Werner Pirker  
Hannsörg Prella, Udo Steppat,  
Eberhard Zimmermann

Redaktionsleiter  
Eduard Wolczak

Redaktion  
Wolfgang Bertelsmeier, Edgar Gürtner,  
Brigitte Heinrich, Til Schulz

Gestaltung/Produktion  
Lothar Leßmann

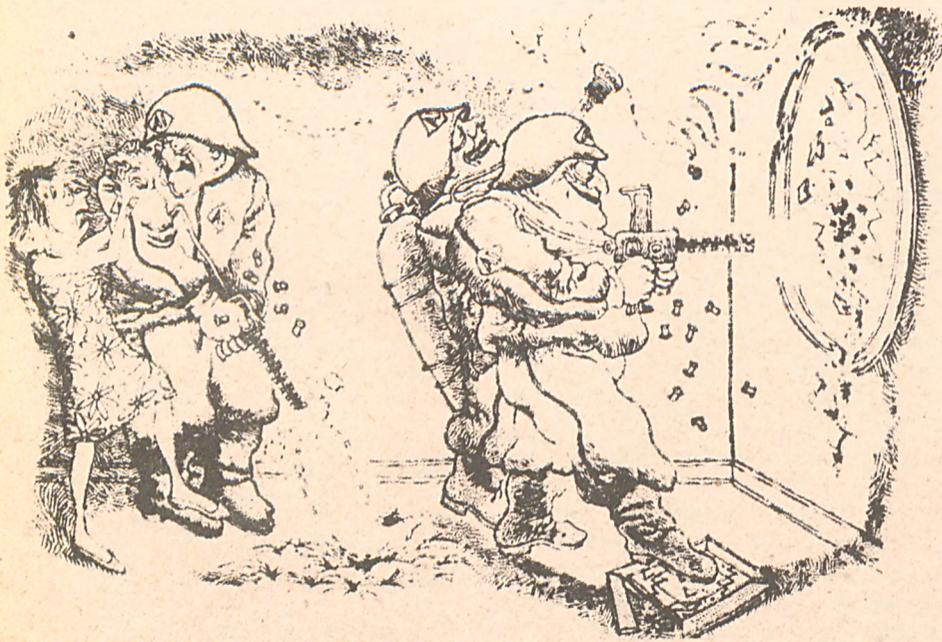
Verlagsleiter / Anzeigen / Vertrieb  
H. Heinz Funke

Verlagsbüro  
Renate Prella

Druck  
Offsetdruckerei Karlheinz Freidhof  
6291 Heckholzhausen, Borngasse 9

Auflage 15 000  
Erscheinungsweise 8mal im Jahr

| Thema                | Titel   | Verfasser                 | Foto/Grafik |
|----------------------|---|---------------------------|-------------|
| Nachrichten          |   |                           |             |
| 4                    | Nachrichten-Magazin                           |                           |             |
| Hochschule           |   |                           |             |
| 15                   | Germanistik                                   | Peter Mosler              |             |
| 21                   | Studienreformediskussion bei den Juristen     | Sabine Wendt              |             |
| 24                   | HRG   | Udo Steppat               |             |
| 26                   | Arbeiter?                                     | Eva Braun                 | Pitter      |
| 35                   | „Umweltgestaltung“                            | Edgar Gürtner             |             |
| Internationalismus   |   |                           |             |
| 8                    | Das Öl  | Brigitte Heinrich         | dpa         |
| 12                   | Befreiungskampf in Südarabien                 | Cather Jarim              |             |
| 41                   | Chile   | Korsch, Pirker            |             |
| Justiz               |   |                           |             |
| 1                    | RAF-Prozeß in Sindlingen                      | L.C. Barnes, Rote Hilfe   | dpa         |
| Klassenkämpfe        |   |                           |             |
| 28                   | Spontane Streiks                              | Klaus Becke               | dpa         |
| Gesellschaftstheorie |   |                           |             |
| 30                   | Zur Ungleichheit industrieller Gesellschaften | F. Höpflinger, P.V. Spall |             |
| Satire               |   |                           |             |
| 43                   | „Dissidenten“ in der UdSSR                    | Werner Pirker             | ?           |



## Costa Gavras Opfer der Zensur.

San Antonio/Texas (ID). Die internationale Vereinigung von Polizei-Chefs hielt Ende September in San Antonio ihre achtzigste jährliche Konferenz ab. Ein Dutzend der verabschiedeten Resolutionen beschäftigt sich mit Auto-Diebstahl und der Autobahnsicherheit, vier weitere richten sich an staatliche Behörden eine bessere Kontrolle zu garantieren.

Laut "Washington Post" verabschiedete die Versammlung von 5.300 Bullen-Präsidenten außerdem eine Resolution, die den Gavras-Film "Der unsichtbare Aufstand" als "falsche und böswillige Propaganda, mit der versucht wird, den Mord an einem Polizisten zu rechtfertigen" verurteilt. Der Film beruht auf der wahren Begebenheit der Entführung Dan Mitrones, des offiziellen Vertreters der US-internationalen Entwicklungs-Agentur AID – in Uruguay durch die 'tupamaros'. Dan Mitrone wurde von den Tupamaros angeklagt und zum Tode verurteilt, weil er als Provokateur "beratend" uruguayische Polizei reformieren half, wobei er auf umfangreiche Erfahrungen aus seiner Tätigkeiten in anderen südamerikanischen Ländern wie Brasilien und der Dominikanischen Republik zurückblicken konnte. Besondere Kenntnisse konnte er hinsichtlich der Behandlung von Gefangenen mit Elektroschocks, um sie zu Aussagen zu bewegen, vermitteln. (Der Film "Der unsichtbare Aufstand" verschwand bald nach den ersten Aufführungswochen von der deutschen Leinwand. Wo er denn auftauchte, nur in gekürzter Form. Ähnlich erging es dem Sergio Leone Film "Todesmelodie". Nach dem Bombenanschlag der RAF im letzten Sommer verschwand der Film und wurde erst wieder im Spätherbst gezeigt, zusammengeschnipst bis zur Unkenntlichkeit. Die revolutionäre Argumentation wurde herausgeschnitten und es blieb nur noch ein chaotisches Abbild von einem Anarchismus, wie ihn sich klein Fritzen vorstellt.)

Zusammenfassend meinten die Polizei-Chefs, die ihre Organisation für eine unpolitische halten, daß es von großem Nutzen nicht zuletzt für amerikanische Polizisten sei, wenn sie sich in der Ausbildung von Polizisten anderer Länder verdingen, wie es die AID tut!

## Anarchistenhutz in Oberhessen.

Am 9. November unternahm die Polizei eine Großfahndung nach anarchistischen Gruppen. Das Ganze begann, damit, daß am Vormittag vier Genossen in ihrem Auto angehalten wurden. Die Polizei behauptete, sie hätten gerade einen Ladeneinbruch gemacht. Was man bei ihnen fand, war ein Buch von Krämer-Badoni: "Anarchismus", erschienen im Molden-Verlag. Über diese "heiße Spur" gelangten die Fahnder zu einem Wohnkollektiv in Oberbiehl bei Wetzlar. Dieses veröffentlicht seit Jahren Schriften über die Geschichte der undogmatischen Arbeiterbewegung. Bei der Hausdurchsuchung wurde die gesamte Verlagskorrespondenz (drei Meter Aktenordner) sichergestellt. Die Festgenommenen wurden dem Haftrichter vorgeführt, der sie aber laufen ließ. Daraufhin wurden die vier sofort wieder festgenommen. Diesmal verdächtigte man sie einer "kriminellen Vereinigung" (§129 StGB). Die ganze Geschichte wurde nun wie ein Staatsgeheimnis behandelt und riesig aufgebauscht. Im Laufe des gleichen Tages wurden alle Bewohner und zufälligen Besucher des Kollektivs ebenfalls festgenommen. Auch zwei Genossen der Roten Hilfe Gießen, die sich am Tag darauf auf der Polizeistation einfanden, um die Festgenommenen zu besuchen, wanderten erst mal hinter Gitter, weil man bei ihnen RAF-Broschüren fand. Die herbeigereisten Anwälte hatten zum Teil Schwierigkeiten eine Sprecher-

laubnis zu erhalten. Man zierte sich gar, den Vorwurf des § 129 zu bestätigen, obwohl die Polizei vorsorglich Bundes- und Landeskriminalamt schon eingeschaltet hatte. Am Abend nach den ersten Festnahmen waren dann alle 17 Genossen, die man im Lauf der Zeit nach einander eingesperrt hatte, wieder frei.

Die Kriminalpolizei vermutete Verbindungen zur RAF: die Festgenommenen hatten den politischen Gefangenen in der Isolierhaft wiederholt Briefe ins Gefängnis geschrieben. Sie haben nie aus ihrem Interesse an der RAF einen Hehl gemacht, obwohl politisch erhebliche Differenzen bestehen, da die RAF als leninistische Kaderorganisation empfunden wird und dieses Kollektiv jede Form zentralistischer Organisation ablehnt, Herrschaft in jeder Form abschaffen will. Die Festgenommenen haben sich jedoch nicht einschüchtern lassen. Das Vorgehen von Polizei und Justiz hat das Kollektiv nicht sonderlich verwundert. Vom Standpunkt des Rechtsstaatsfanatikers betrachtet wird diese Aktion als Mißgriff der Strafverfolgungsbehörden und Angriff auf die Meinungsfreiheit gewertet, indem der Verdacht von Straftaten zum Vorwand genommen wird, einen ganzen politischen Verlag (anarchie-verlag, wetzlar) lahmzulegen.

Nachdem die Verteidigung durchsetzte, daß die sichergestellten Schriftstücke versiegelt wurden, wird der Ermittlungsrichter wohl für Wochen damit beschäftigt sein zu entscheiden, ob "der Glaube an eine Gesellschaft gleichberechtigter Menschen ohne Herrschaft" bei mehreren Menschen eine "Kriminelle Vereinigung" ist.



## Erklärung

der Roten Hilfen  
Westdeutschlands

Die "KPD/AO" hat in ihrem "Zentralorgan Rote Fahne" den Aufbau einer eigenen "Roten Hilfe" angekündigt. Die schon bestehenden Roten Hilfen erhielten teilweise Einladungen, und zwar gerade zu einem Datum, als diese sich sowieso treffen wollten – aber an einem anderen Ort.

In ihrem "Programm" wird die Arbeit der neuen RH/AO als Fortführung der Arbeit des westberliner Rote-Hilfe-Komitees verstanden, welches sich schon mehrfach durch Verteilen gedruckten Papiers hervorgetan hat. Knastarbeit und die Arbeit mit Gefangenen wird mit einer einzigen Ausnahme – Ulli Kranzusch – nicht erwähnt. Indem sie Prozeßvorbereitungen auf die juristische und materielle Ebene beschränken, orientieren sie sich am vorgegebenen Rahmen der herrschenden Klasse. Aus der Roten Hilfe soll eine Parteiorganisation der "KPD" werden.

Die Konferenz der Roten Hilfe erklärt, daß die Roten Hilfen unabhängig bleiben werden, daß sie sich von keinem ZK die Ziele ihrer Arbeit werden diktieren lassen. Rote Hilfe ist keine Parteisache!

Den Mißbrauch des Namens der Roten Hilfe werden wir nicht durch Parteizänk und Polemik, sondern durch eine entschlossene Praxis bekämpfen, die sich in Form, Inhalt und Qualität von den spalterischen und phraseologischen Aktionen anderer unterscheidet.

RH Kassel, Wetzlar, Marburg, Frankfurt, Karlsruhe, Berlin, Bochum, Gießen, Würzburg, München, Stuttgart, Bonn, Köln, Hamburg, Baden-Baden, Freiburg, Darmstadt, Tübingen, Dortmund.

Sacharow:

## Lang lebe die Junta!

Die französische Schriftstellerin und Journalistin Martine Monod stellte in der kommunistischen Wochenschrift "Humanite Dimanche mit Entrüstung fest, daß sich Andrej Sacharow kurz vor dem Tode Pablo Nerudas respektvoll an die Mörder Allendes wandte.

Sacharow hatte an die Junta geschrieben, der Tod des chilenischen Dichters und Kommunisten "würde auf lange Zeit die Ära der Wiedergeburt und Konsolidierung verdunkeln, die Ihre Regierung versprochen hat."

Martine Monod schreibt: "Hat Sacharow, der uns als kühler Streiter für Demokratie und Menschenrechte präsentiert wird, etwa die Mörder von Santiago in Generalsuniform gebrandmarkt, den Putsch verurteilt? Nichts dergleichen!

Indem er jene, an deren Hände das Blut des chilenischen Volkes klebt, in den Rang der Verfechter von Wiedergeburt und Konsolidierung in Chile erhebt, bekennt Sacharow eindeutig Farbe. Das ist schon ein merkwürdiger Fahnen Träger der Freiheit, ein seltsamer Demokrat, dieser Sacharow, dieser offene Anhänger von General Pinochet."

Unsere Zeit

## Linke Anwälte vor dem Bankrott.

In der BRD und West-Berlin gibt es ca. 15 linke Anwälte. Diese 15 Anwälte führen sämtliche Prozesse für politische Gefangene, die im Knast sitzen. Sie sind total überbelastet weil es bei politischen Prozessen nichts zu verdienen gibt.

Ein Anwalt einer Berliner Anwaltkollektivs bekam z.B. für ein Jahr laufenden politischen Prozeß DM 18.850,- (dagegen bekam ein NS-Anwalt bei gleichbleibenden Unkosten DM 60.000,-).

Allein die laufenden Unkosten im Monat, für Miete, Gehälter usw. belaufen sich auf 11.000,- und Flug- und Reisekosten, – da die politischen Gefangenen im ganzen Bundesgebiet und West-Verlin verstreut sitzen – sind ca. 8.000,- DM im Monat. Dazu kommt noch der psychische Terror: sie werden kontrolliert, durchsucht, die Post beschlagnahmt, man versucht sie auf jede mögliche Art fertig zu machen.

Um überhaupt politische Prozesse minimal zu finanzieren, müssen sich die Anwälte zahlbare Klienten suchen. Durch diese Selbstfinanzierung sind sie nicht in der Lage, Genossen, die in kleinere Notstände geraten sind, zu helfen.

Die Anwälte brauchen Unterstützung. Denkt an Euch, zahlt im voraus! – an Rote Hilfe, Konto Nr. 411 6604, Dresdener Bank Frankfurt/M.



## Freiheit für die Hausbesetzer!

Am Freitag, dem 19. Oktober sind in Hamburg die Urteile gegen sechs der Hausbesetzer aus der Ekhofstraße gefällt worden. Karl-Heinz Dellwo erhielt eine Haftstrafe von einem Jahr. Dieter Meyer kriegte 9 Monate und vier weitere Angeklagte müssen je einen Monat Jugendarrest absitzen und 8 Arbeitsauflagen erfüllen.

Diese hohen Strafen wurden verhängt, obwohl alle wesentlichen Anklagepunkte sich während des Prozesses als unhaltbar erwiesen hatten. So z.B. die Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und die Anklage wegen Körperverletzung gegen Karl-Heinz Dellwo. (vgl. dazu auch den Bericht in der Morgenpost vom 11.10.73)

Dieser Prozeß ist nur ein Anfang, weitere werden folgen. Insgesamt sind bei der polizeilichen Räumung des besetzten Hauses Ekhofstraße 39 über 70 Besetzer festgenommen worden, sie alle sollen, wenn es nach dem Willen des Staates geht, verurteilt werden. 5 der Besetzer sitzen seit dem Mai im Gefängnis.

Was bezwecken Staat und Justiz mit diesen hohen Strafen? Warum wollen sie die Hausbesetzer kriminalisieren?

Erinnern wir uns kurz, was damals geschehen ist: die Ekhofstraße 39, in Hohenfelde, wurde im April 1973 besetzt, weil die Hausbesetzer zeigen wollten, daß es notwendig ist, gegen die Pläne der Neue-Heimat-Tochter Bewobau Widerstand zu leisten. Die Bewobau hatte vor, in Hohenfelde insgesamt 111 zum größten Teil guterhaltene Altbauwohnungen abzureißen, um an ihrer Stelle 19-geschossige Wohntürme mit Eigentumswohnungen zu bauen. Eine dieser Eigentumswohnungen sollte 600 000 DM kosten. Die Leute, die hier vorher gewohnt hatten, konnten soviel Geld natürlich nicht aufbringen. Es waren zum größten Teil Angestellte, Arbeiter und Rentner, die hier gern und billig gewohnt hatten. Sie wurden von der "Neuen Heimat",



die der Gewerkschaft gehört, rausgeschmissen und an den Stadtrand verfrachtet. Dazu schrieb eine Werftarbeiterfrau in der Morgenpost:

“Wir fanden uns in einer Sozialwohnung am Stadtrand wieder, die dreimal so teuer ist wie unsere alte. Mitarbeiten kann ich nicht, da ich dort keine Kindergartenplätze für meine Kinder fand.” (Morgenpost vom 14.10.73)

Die Hausbesetzung sollte zeigen, daß es nicht notwendig ist, solche Schweinereien einfach hinzunehmen, daß es dagegen möglich und richtig ist, dagegen Widerstand zu leisten. Es zeigte sich bald, daß viele Hohenfelder und Leute aus anderen Stadtteilen diese Besetzung verstanden haben und sie unterstützen.

## Häuserkampf:

“Mieter, seid heiter, der Wohnungskampf geht weiter!”

Ein Häuserblock im Frankfurter Westend ist seit 2 Jahren besetzt. Die politische Situation, Wohnungsnot, Mietstreiks, die Militanz von Hausbesetzern, die Solidarität der Bevölkerung hat die Stadt zur “Toleranz” gezwungen und Mietverträge mit den Eigentümern ausgehandelt.

In dem Häuserblock wohnen ca. 90 Leute; Studenten, Lehrlinge, Ausländer, Arbeitslose. Sie haben sich in Wohnkollektiven organisiert, eigene Kindergärten eingerichtet. In einem der Häuser befindet sich das Mieterzentrum mit dem Rat der besetzten und bestreikten Häuser.

Aber die Hausbesitzer – bekannte Wohnungsspekulanten in Frankfurt – wollen inzwischen die schönen, großräumigen Altbauhäuser endlich leer kriegen, um an deren Stelle ein viel Profit versprechendes, 28 stöckiges Bürohochhaus bauen zu können.

Die Mietverträge wurden seit Frühjahr nicht mehr verlängert, im Sommer liefen Prozesse gegen die Hausbewohner, die die Herausgabe der Wohnungen (siehe ID Nr.1) durchsetzen sollten. Trotz der Versuche des Häuserrats wurde nicht auf der politischen sondern nur auf formaler Ebene verhandelt und die endgültige Räumungsfrist festgesetzt: 31.10.1973.

Und da sind jetzt 6000 Unterschriften von Bürgern, die gegen die Räumung und gegen Abriß des Blocks protestieren, da ist der Widerstand der Hausbewohner, und da sind die Hausbesitzer-Spekulanten, die zu ihrem Geld-Geld-Geld-Geld kommen wollen. Die SPD-Führung Frankfurts ist uneinig, ob diese peinliche Ange-

legenheit auf die harte oder auf die weiche Tour aus der Welt geschaffen werden soll. Wohnraumzerstörung und die Verödung der Stadt ist schwer zu legitimieren, besonders, wenn dies mit Hilfe von Gewalt geschehen soll.

Die Hausbewohner des Block Schumannstraße – Bockenheimer-Landstr. arbeiten seit einiger Zeit daran, die Räumung zur Sache Frankfurts zu machen. Es laufen Diskussionen mit anderen politischen Gruppen, mit Individuen, mit Wohngemeinschaften, in kleinen Gruppen, in Plenen über die politische Perspektive im Wohnungskampf und über den praktischen Widerstand gegen die Räumung. Juso-Gruppen, Bürgerinitiativen, Kinderläden, Verlage usw. haben die Resolution des Blockkollektivs unterstützt. Von Stadtteilgruppen wurden Informationsstände aufgestellt und Flugblattaktionen gemacht. Plakate wurden geklebt mit der Einladung zum politischen Fest, mit Beiträgen, Musik und einem Film über die Räumung des Kettenhofweg 51 im Frühjahr – und mit einem Aufruf zur Demonstration.

Und es war wieder einmal eine Kraft und Selbstbewußtsein ausstrahlende Demonstration mit 3000 Leuten. Man brauchte keine abstrakt geleitete Legitimation. Man wußte was man will und wie es zu erreichen ist.

An der Kundgebung vor dem besetzten Häuserblock wurde bekanntgegeben, daß die Genossen die Häuser solange nicht freiwillig verlassen werden, bis sie nicht wissen wohin. Sie forderten angemessene Ersatzwohnungen, wo ihre Wohnkollektive weiter existieren können. Die Verhandlungen über ein evtl. Angebot der Stadt werden die Genossen öffentlich führen. Sie werden aber dieses Angebot der Stadt nur dann annehmen, wenn Arbeitsemigranten, die in der letzten Zeit Hausbesetzungen erfolglos durchgeführt haben (s. ID Nr. 3 und 4), und unter unzumutbaren Verhältnissen weiterleben müssen, als erstes mit Ersatzwohnungen versorgt werden.

## Räumungsnacht – alles kracht!

2. November (ID Nr. 1, p) Am Sonntag, dem 28.10. gingen die Vorbereitungen für den Fall der Räumung des Häuserblocks Bockenheimer/Schumannstraße weiter. Man versuchte die Diskussion auf zwei Gleisen zu führen; einmal die

politische Argumentation, andererseits die Fragen der Militanz. Man war darüber einig, daß der Kampf nur politisch zu gewinnen ist, d.h. man muß die inneren Widersprüche des SPD-Stadtrates weiter vertiefen und gleichzeitig durch das Kundtun der breiten Solidarität der Bevölkerung die Falken (Polizeipräsident Müller, Rudi Arndt u.a.) zu Zugeständnissen zwingen. Was die militanten Aktionen betrifft, so ist die erste Aufgabe eine Nacht- und Nebelaktion wie beim Kettenhofweg zu verhindern. Dazu hatten die Stadtteilgruppen ihre Pläne zum Wecken der Stadt weiterentwickelt. An diesem Nachmittag kamen nicht nur organisierte Genossen zum Treffen, viele haben sich bisher erst kennengelernt und es bildeten sich spontan neue Stadtteilgruppen für die Stadtteile, die bisher noch nicht erfaßt wurden. Die Gruppen entschlossen sich zu stadtteilspezifischen Informationen, d.h. mit den Ständen und Flugblättern gleich die Probleme der jeweiligen Stadtteile mit der Sache der Hausbesetzer in Zusammenhang zu bringen.

Am Montag wurde Stadtteilplenum gehalten. Man organisierte die Verteilung der Flugblätter und den Aufbau der Informationsstände. Eine Gruppe von Leuten aus dem TAT (Theater am Turm) schloß sich einer Stadtteilgruppe an, um mit ihnen gemeinsam auf die Straße zu gehen. Es bildete sich eine “Projektgruppe Barrikaden”.

Dienstag am 30.10. trafen sich die Leute, die in der Räumungsnacht in die besetzten Häusern einziehen wollten. Es ist notwendig, daß neben den ca. 90 Hausbesetzern noch mindestens zweimal soviel bei der Verteidigung der Wohnräume in den Häusern mithelfen. Man schaffte weiteres Material zum Barrikaden-Bau an, dabei wurden vier Genossen festgenommen.

Es tauchte am Dienstag ein verwirrendes juristisches Krimskrams auf, das ungefähr folgendermaßen aussah: Die Stadt hatte dem Spekulant Bubis noch bei der Voranfrage Bedingungen gestellt, die u.a. die unentgeltliche Überlassung eines gegenüberliegenden Hauses in der Schumannstraße zum Inhalt hatte. In dem Original erschien aber diese Bedingung mit dem Zusatz

“Wenn er dieses Objekt erwerben könnte”, so sollte er das Haus der Stadt übergeben. Bubis konnte das Haus nicht “erwerben”, nicht für zwei, nicht für drei, nicht für zuletzt 4 Millionen angebotenen DM. Wenn diese Zusatzbedingung in einer

der Schriften nicht aufgeführt wäre, so könnte die Stadt von den Vereinbarungen zurücktreten. Wie dieser Zusatz, der in anderen Papieren nicht aufzufinden ist, auf das Papier kam; warum der Spekulant Bubis krampfhaft versucht hatte für ein Haus vier Millionen Mark auszugeben, das er sowieso an die Stadt weiterver-schenken müßte – dafür gab es keine Antwort –. Man ließ sich aber durch diese juristischen Quatsch nicht ablenken.

Am Mittwoch nachmittag trafen sich noch einmal die Stadtteildeligierten. Es traten Schwierigkeiten auf; die 26000 Flugblätter waren zu wenig. Leute, die zum Verteilen gemeldet haben, gingen in einigen Stadtteilen mit leeren Händen aus. Man bereitete sich auf die lange Nacht vor.

Auf das teach-in um 20.30 Uhr kamen über zweitausend Leute. Aus dem überfüllten Hörsaal wurden die Reden in einen gleichfalls vollen Hörsaal übertragen.

Über zweitausend Leute kamen, um sich praktisch mit den Hausbesetzern zu solidarisieren. Cohn-Bendit: Die Massenmobilisierung hat gezeigt, daß diejenigen Unrecht haben, die immer sagten, daß Hausbesetzung keine Strategie sei... Das ist eine Strategie für die konkrete politische Situation in Frankfurt, die zum erstenmal nicht an Reformismus gebunden ist, sondern die Widersprüche so weit vorantreibt, daß sie sie auflöst und den SPD-Magistrat zwingt, sich offen für das Kapital und gegen die Interessen der Bevölkerung auszusprechen. Die passive und aktive Solidarisierung in der Bevölkerung hat es gezeigt, daß der Linksradikalismus, d.h. Politik, die nicht gebunden ist an traditionellen Institutionen, Massenmobilisierung erreichen kann. Durch die Massenmobilisierung wurde die Isolation der Leute in den Häusern durchbrochen; das wird ihnen die politische Niederlage, wie es in Hamburg der Fall gewesen ist, ersparen. Doch da die Emigranten nicht in dem Maße an den Aktionen für die Verteidigung dieser Häuser wie sonst an dem Wohnungskampf teilnehmen, zeigt, daß diese Bewegung noch immer ihre Basis hauptsächlich unter den Studenten hat. Deshalb ist es notwendig, in die Forderungen, hinter denen eine Massenbasis steht, auch die Forderungen aufzunehmen, d.h. solange keine freiwillige Räumung der Häuser, bis die Arbeitsemigranten nicht menschenwürdige Wohnungen zur Verfügung gestellt bekommen. – Die Räumung des Westends wird die Karriere von Rudi Arndt beenden. Es wird genau-



so eine politisch-militärische Niederlage für die SPD werden, wie es der Ford-Streik gewesen ist.

Die Stadtteilgruppen berichten über ihre Arbeit und über weitere Aktionen in ihren Stadtteilen. Währenddessen ging die Sammelbüchse rum. An diesem Abend sind über viertausend Mark zusammengekommen. Man schwitzte in dem unerträglich warmen und vollgerauchten Saal, aber hielt durch.

Um halb zwölf in der Nacht erschien Berkemeier, der Vorsitzende des Ausschusses für Bau und Wohnen. Der Magistrat hat die Hose runtergelassen. Wer noch Zweifel hatte an der Unfähigkeit der Stadt, die Probleme ihrer Bewohner zu lösen, konnte das Trauerspiel erleben von dem armen Magistrat, der sich von Versprechungen an die Spekulanten nicht lösen kann, sonst müßte er 10 Millionen Entschädigung zahlen "und das können sie doch nicht erwarten... usw." Wieso denn eigentlich nicht? Die Stadträte haben diese Scheiße ausgehandelt – sie sollen auch dafür bezahlen – war die Antwort. Aber noch besser – die Häuser sollen denen gehören, die sie bewohnen und die Spekulanten sollen endlich mal arbeiten gehen. Nachdem die drei wehleidigen SPD-Stadtratsmitglieder ihren Obulus von hundert Mark in die Sammelbüchse legten, versicherten sie der Versammlung, daß zunächst nicht geräumt wird, und man sucht nach einer Lösung, die für beide Seiten akzeptabel ist. Man konnte Berkemeiers Worten nicht viel Glauben

schenken, er hatte sich schon beim Kettenhofweg gedacht, solange er verhandelt, kommt es nicht zur gewaltsamen Räumung, während sein Genosse Müller hinter seinem Rücken mit seinen 7000 Marsmenschen erschien und den Weg für die Zerstörungskommandos freimachte.

An die 500 zogen danach in den Festsaal des Studentenhauses, um hier gemeinsam zu übernachten. Ca. 100 Genossen gingen in die besetzten Häuser, um den anderen beizustehen und die Barrikaden weiterzubauen. Um dem Einsatz von Tränengaskörpern zu begegnen, hatte man Maschendraht vor die Fenster gespannt. Im AStA wurde eine Sanitätsstelle eingerichtet und die Rote Hilfe e.V. verteilte Flugblätter zum richtigen Verhalten bei Festnahmen und ähnlichem. Während der ganzen Nacht liefen im Festsaal Filme. Als gerade "Z" lief, hörte man die Filmmusik auch im Polizeifunk. Also gab es eine Wanze in dem Raum. Man beschloß sich gegenseitig zu durchsuchen, aber man tat es so verschämt, daß viele sich selbst durchsuchten. Es wurde langsam klar, daß in dieser Nacht nicht geräumt wird, doch akzeptierte man, daß es eine notwendige "Generalprobe" war und blieb zusammen. Es hatten sich Wiesbadener Genossen bereit erklärt, das ausrücken der Bereitschaftspolizei nach Frankfurt zu melden. Auch hätte der Häuserrat als erster von dem Bereitschaftszustand in den Krankenhäusern erfahren, der bei Polizeieinsätzen dieser Größe immer vorsorglich angeordnet wird. Bis halb sieben morgens saßen noch 3-400 im Festsaal bei "Spiel mir das Lied vom Tod". Die Ermüdung kam schon gegen drei Uhr, man hatte keine Lust mehr zu diskutieren, es herrschte keine besondere Gemeinsamkeit, man genoß die Situation und wartete.

Für den Ernstfalle wird man Matratzen mitbringen müssen, um nicht unausgeschlafen an die Front zu gehen. Wenn das Räumungsheer anrückt, wird es von mindestens 500 Leuten erwartet, die Nebenstraßen werden von Autos vollgeparkt, die ein Näherrücken der Wasserwerfer unmöglich machen werden. Und wenn die Stadt geweckt ist, wird die Polizei gezwungen sein, ihre verrückte Arbeit vor den Augen tausender von Bürgern zu verrichten.

Was die Stimmung in der Stadt angeht: würde sich der Häuserrat heute zu kommunalen Wahlen stellen, so wären ihm einige Sitze im Stadtrat sicher.

# Das Öl.

Der jüngste Krieg im Nahen Osten, der sich im öffentlichen Bewußtsein als riesige Materialschlacht zwischen nord-amerikanischem und sowjetischem Kriegsgeschick darstellte (militärische Erfolge wurden an zerstörten Panzern, Flugzeugen etc. gemessen), rückte die Frage nach den Interessen der Großmächte in der Dritten Welt erneut in den Mittelpunkt der politischen Diskussion. Zugleich beschworen Meinungsmedien der westlichen Industrieländer das düstere Bild einer Weltenergiekrise, sprachen gar vom „Verdorren“ der sogenannten freien Welt „an Energiemangel“ und der „Unterernährung an Mineralöl.“<sup>1)</sup> „Nicht nur Amerika, sondern auch Europa und Japan (hat) eine schon an Hysterie grenzende Angst vor einer Energiekrise erfaßt.“<sup>2)</sup>

Die Krise ist nun da, um ihren Hintergrund zu erhellen, müssen wir auf einige Fakten – Statistiken, Prognosen etc. – zurückgreifen. Jedermann weiß, daß Erdöl für das Funktionieren entwickelter Industriegesellschaften unentbehrlich ist. Es ist der bedeutendste Energieträger für die Energieproduktion, für das Transportwesen und für die Militärapparate, sowie der Rohstoff wichtiger Wachstumsindustrien. Der Energiebedarf ist in den vergangenen Jahren vor allem in den Industrieländern außerordentlich gestiegen. Der Weltölverbrauch, der sich innerhalb von zehn Jahren von einer Milliarde Tonnen 1960 auf zwei Milliarden Tonnen 1970 verdoppelt hat, wächst progressiv. Vorsichtigen Schätzungen zufolge wird er sich 1980 bereits auf 3,5 Milliarden Tonnen betragen.<sup>3)</sup> Allein die USA verbrauchten 1970 160 Millionen Tonnen Rohöl, 1873 voraussichtlich schon die doppelte Menge. Expertenschätzungen zufolge wird der US-Ölbedarf 1980 auf 600 Millionen und 1985 auf 1 Milliarde Tonnen gestiegen sein.<sup>4)</sup> Auch der Erdgasbedarf, der sich 1970 auf knapp 650 Milliarden Kubikmeter belief, wird sich bis 1985 fast verdoppelt haben.<sup>5)</sup> Die USA, die bis 1967 Selbstversorger waren, mußten bereits 1970 21 Prozent ihres Ölbedarfs durch Import decken, 1980 voraussichtlich

sogar 60 Prozent. Im September 1972 gab das US-State-Department bekannt, daß die Ölvorkommen auf den Nordamerikanischen Ölfeldern fast erschöpft sind. Die Ölförderung in Alaska wird 1985 nicht mehr als 100 Millionen Tonnen betragen, der Erdölbedarf wird zu diesem Zeitpunkt mit 1 Milliarde Tonnen das 10-fache betragen. Auch die Eigenproduktion an Erdgas wird kaum halb so groß sein wie der Bedarf.<sup>6)</sup> Während die USA heute nur wenige Prozent ihres Bedarfs im Nahen Osten decken, werden sie in Zukunft auf das arabische Öl wirklich angewiesen sein.

Noch bedrohlicher entwickelt sich die Abhängigkeit des westeuropäischen Erdölsektors: „In Westeuropa steigt der Mineralölbedarf fast doppelt so schnell wie in den Vereinigten Staaten.“<sup>7)</sup> Auch das Verhältnis von Verbrauch und Eigenproduktion wird zunehmend ungünstiger. Hier wurden 1960 etwa 200 Millionen Tonnen Erdölprodukte verbraucht, während durch eigene Förderung lediglich

14 Millionen Tonnen zu Tage kamen. Bis 1969 stieg der westeuropäische Verbrauch um 125 Prozent auf 550 Millionen Tonnen, die eigene Förderung jedoch erhöhte sich auf knapp 17 Millionen Tonnen.<sup>8)</sup> Der Anteil der Eigenproduktion am Verbrauch sank von 7 auf 3 Prozent. Für die BRD lag die Bedarfsentwicklung an Mineralölerzeugnissen sogar noch weit über dem europäischen Durchschnitt. Hier hat sich der Mineralölverbrauch von 1960 bis 1970 sogar vervierfacht.<sup>9)</sup> Bleibt noch hinzuzufügen, daß der Anteil Westeuropas an den Weltölreserven lediglich 0,3 Prozent beträgt. <sup>10)</sup> Die mittelöstlichen und nordafrikanischen Ölreserven dagegen machen zwei Drittel der Weltreserven aus. „In Wirklichkeit jedoch ist die Stellung der arabischen Länder auf dem Ölmarkt eine noch viel stärkere. Das restliche Drittel der Weltreserven entfällt zum weitaus größten Teil auf die nord-amerikanischen und sowjetischen Reser-



ven, die im wesentlichen der Selbstversorgung Nordamerikas und des Ostblocks dienen... Nach Absetzung der der Selbstversorgung dienenden nordamerikanischen und sowjetischen Reserven ergibt sich, daß die Ölversorgung des freien Weltmarktes zu 90 % auf den mittelöstlich-nordafrikanischen Quellen beruht." 11) Die auf dem Territorium der Sowjetunion entdeckten Ölfelder jedoch liegen geographisch so ungünstig, daß sie nur mit erheblichem Kostenaufwand der sowjetischen Industrie nutzbar gemacht werden können, so daß auch die Sowjetunion ihren eigenen Bedarf zunehmend im Nahen Osten, vor allem aus dem Irak, dem Iran und den Ländern am Persischen Golf deckt.

Die Nutzbarmachung des Erdöls im Prozeß der technisch-industriellen Entwicklung hat seit der Jahrhundertwende einen Riß auf die Ölreservoirs der Dritten Welt ausgelöst. Die ersten Ölexporte des Mittleren Ostens kamen aus Persien, wo schon 1912 die erste Raffinerien errichtet wurden. Mit der Ausdehnung der Monopole von Persien auf den Irak, dann auf Saudiarabien, die Scheichtümer am Golf und schließlich auf Nordafrika: Ägypten, Libyen und Algerien, sind die Ölausfuhren von Jahr zu Jahr gestiegen. Bis zum Zweiten Weltkrieg dominierten im Mittleren und Nahen Osten britische Ölkonzerne, die bis zu 90 Prozent der damaligen Ölwirtschaft kontrollierten. Nach und nach setzte sich jedoch nordamerikanischer Einfluß durch, bis US-Konzerne schließlich die Führungsrolle in diesem Bereich errangen. Nordamerikanische Öltrusts ließen sich zuerst im Irak nieder, nach dem die Standard Oil Company 1928 der Deutschen Bank eine Beteiligung an der Iraq Petroleum Company weggeschnappt hatte. Kurz darauf ergatterte der amerikanische Botschafter in London und damaliger Mitinhaber der Gulf Oil eine 50 prozentige Beteiligung seiner Firma an der Kuwait Oil Company. In Saudi-Arabien gingen, obwohl Ibn Saud amerikanischen Konzernen schon 1933 Konzessionen zugesprochen hatte,

die hundertprozentigen Eigentumsrechte der Aramco (Standard Oil of N.Y., Standard Oil of C., Texaco je 30 %, Mobil Oil 10 %) erst im Zweiten Weltkrieg an die Amerikaner. 12) Der endgültige Durchbruch gelang den USA aber erst 1954 in Persien durch einen wesentlich vom CIA getragenen Militärputsch gegen Mossadegh, der 1951 die gesamte bis dahin von den Briten beherrschte Ölproduktion verstaatlicht hatte. Die Beteiligung amerikanischer Konzerne an der Bildung des internationalen Ölkonsortiums, das die NIOC (National Iranian Oil Company) beherrschen sollte (BP 40 %, Royal Dutch Shell 14 %, Compagnie Francais des Petroles 6 % und amerikanische Gesellschaften: Standard Oil of N.Y., Standard Oil of C., Secony Mobil Oil, Texaco, Gulf Oil, Iricon Agency Ltd., 40 %), entschied den Wettlauf um das nahöstliche Öl endgültig zugunsten der USA, die nach und nach zwei Drittel der nahöstlichen Ölproduktion ihrer Kontrolle unterwarfen: Die Tray Petroleum Company teilten sich BP, Shell, die Compagnie Francaise des Petroles, Secony Mobil Oil und Standard Oil of N.Y. in Saudi-Arabien hielten US-Konzerne das Konzessionsmonopol. Die Kuwait Oil Company gehört zu gleichen Teilen BP und Gulf Oil, die Bahrein Petroleum Company wiederum ist ganz in amerikanischem Besitz. 13) In Libyen erfolgten bislang 80 Prozent der Erdölproduktion durch amerikanische Konzerne 14), 15) usw. Die fünfziger und sechziger Jahre waren die Blütezeit der internationalen Ölkonzerne, die – zusammengeslossen im Internationalen Erdölkartell – die unangefochtene Kontrolle über die Erdölförderung hatten. Sie konnten – gestützt auf ihre Bohr- und Förderrechte, die sie den jeweiligen Ölländern teils durch die Drohung direkter militärischer Intervention, teils mit ökonomischem und diplomatischem Druck abgerungen hatten – sowohl die Preise gegenüber den Erzeugerländern als auch den Verbraucherländern diktieren. Kein Wunder, daß die Profitraten der Ölkonzerne zu den höchsten aller kapitalistischen Unternehmungen

zählen. Dem Kartell gehörten zunächst ein britisches, ein britisch-niederländisches und fünf nordamerikanische Monopole an. Später wurde es um die japanischen und italienischen Außenseiter im Ölgeschäft erweitert, die in der Vergangenheit versucht hatten durch separate Verträge das Monopol der anglo-amerikanischen Öltrusts zu brechen. Das Internationale Ölkartell kontrollierte bislang mehr als vier Fünftel der Ölvorräte, zwei Drittel der Förderung und des Absatzes sowie die Hälfte der Erdölverarbeitungsbetriebe in der kapitalistischen Welt.

“Die schicksalhafte Verkettung mit dem arabischen Erdöl” 15) und die Politik des Internationalen Konsortiums hatten zur Folge, daß die arabischen Länder noch 1970 nicht mehr als 3 Prozent ihres Erdöls selbst fördern konnten. 16) Erst seit Anfang der siebziger Jahre bahnt sich ein Wandel in den Beziehungen zwischen den Ölländern und den Mineralölkonzernen an. 1960 wurde die OPEC (Organisation of Petroleum Exporting Countries) gegründet, der 1972 zwölf Länder angehören: Abu Dhabi, Iran, Irak, Katar, Kuwait, Saudi-Arabien, Algerien, Libyen, Indonesien, Nigeria und Venezuela. Ihr Anteil an den Erdölvorräten der nicht sozialistischen Welt beträgt 1971 75 Prozent, ihr Anteil am exportierten Erdöl auf dem kapitalistischen Weltmarkt mehr als 90 Prozent. Westeuropa und Japan importieren allein 95 Prozent ihres Öls aus den OPEC-Ländern. 17) Auch Israel, wo seit der Staatsgründung 1948 mehr als zweihundert Bohrungen vorgenommen wurden, ist von Erdölimporten abhängig. Hier wurde nur ein einziges Ölfeld entdeckt, dessen Vorkommen, gemessen am israelischen Bedarf, unbedeutend sind. Die wichtigste Energiequelle Israels sind die Ölfelder von Abu Rhodeis am südwestlichen Zipfel der 1967 eroberten Halbinsel Sinai. 18)

Der OPEC geht es darum, die Monopolstellung des internationalen Ölkartells zu brechen, eine nationale Kontrolle der Erdölländer über ihre Ölwirtschaft durchzusetzen, die staatlichen Einnahmen aus der



griffskriege der mit westeuropäischen und amerikanischen Waffen ausgerüsteten israelischen Armeen zur Flucht gezwungen wurden, seit sich Israel nach und nach umfangreiche arabische Territorien einverleibte. Der Imperialismus im Nahen Osten verbirgt sich hinter den verschiedensten Masken. Der CIA-Putsch in Persien zur Wiedererlangung der Kontrolle über die nationalisierten Ölquellen, die Invasion Ägyptens zur Wiedereroberung des nationalisierten Suez-Kanals, die blutigen Massaker, die Husseins Truppen mit amerikanischen Waffen im September 1970 an der palästinensischen Bevölkerung verübten, der Putsch 1970 in der Türkei zur Erhaltung der Kontrolle über mehr als hundert NATO-Stützpunk-

te unter dem Oberbefehl des Pentagon, der Putsch in Marokko im vergangenen Jahr zur Zerschlagung nationaler und emanzipatorischer Bewegungen sind nur einige Beispiele. Die Kollaboration der imperialistischen Geheimdienste ermöglichten die Abschiebung hunderter von Palästinensern aus der BRD, ("das war gut so, und wir hoffen, es wird noch mehr getan": Sprecher des israelischen Außenministeriums 24)) ermöglichten auch das Blutbad von Beirut (Golda Meir: "das war wunderbar, wirklich ganz wunderbar", Stern).

Obwohl die arabischen Brougeoisien im Innern jegliche emanzipatorischen Bestrebungen, die ihre Herrschaft in Frage zu stellen drohten, brutal unterdrückt ha-

ben, ist es ihnen jetzt zum ersten Mal für jederman sichtbar gelungen, ihre nationalen Interessen gemeinsam gegen das Kartell der Imperialisten mit Macht zu artikulieren. Für Westeuropa hat sich die prozionistische Politik bereits als Bumerang erwiesen. Treibstoff wird knapp, Benzinpreise steigen, in der Automobilindustrie, der chemischen Industrie sowie in vor- und nachgelagerten Bereichen droht Arbeitslosigkeit. Die NATO- und die Bundeswehr greifen bereits auf zivile Bestände zurück, um die "Verteidigungs"-bereitschaft zu erhalten.

Die Diplomaten der USA und Westeuropas versuchen derzeit, die arabischen Regime zur Kooperation in der Erdölfrage zu veranlassen. Erdöl ist ihr Hauptinteresse in dieser Region. Seit sich in den letzten Jahren eine Zuspitzung des Ölkonfliktes abzeichnen begann, wurden Israel und der Iran mit modernsten Waffen zum Hauptverbündeten aufgerüstet. Amerikanische Marines üben den Wüstenkampf für den Fall, daß die USA in Verwicklung mit einer Wüstenmacht geraten sollten, vor allem in Nordafrika oder im östlichen Mittelmeer". 25) Seit das Öl zum "nationalen" Interesse der USA erklärt wurde, ist "ein militärisches Eingreifen nicht ausgeschlossen" 26).  
Brigitte Heinrich

- 1) FAZ vom 25.8.1973
- 2) ebd.
- 3) Vgl. Neue Züricher Zeitung vom 7.6.70; Blick durch die Wirtschaft vom 21.7.70;
- 4) Vgl. Blick vom 21.7.1970; Deutsche Volkszeitung vom 5.7.1973;
- 5) ebd.
- 6) FR 18.9.1973, DVZ vom 5.7.1973;
- 7) Blick 21.7.1970
- 8) Vgl. NZZ 7.6.1970
- 9) Vgl. FR 14.1.1971
- 10) Vgl. Blick vom 3.8.1970
- 11) FAZ vom 13.7.1970
- 12) Vgl. Roberts, D., Mideast Oil and US-Imperialism, in: International Socialist Review, Mai 1971, S. 11
- 13) Vgl. Die Erdölverhandlungen von Teheran bis Tripolis, in: AL-Djabha, Nr.11, 1971, S. 21
- 14) Vgl. FAZ 7.1.1970
- 15) NZZ vom 29.3.1970
- 16) Vgl. Jahrbuch, Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin 1973, S. 384
- 17) Vgl. DVZ vom 5.7.1973
- 18) Vgl. FAZ vom 30.6.1973
- 19) Vgl. NZZ vom 12.3.1972
- 20) NZZ vom 30.5.1973, FR v.18.5.1973;
- 21) NZZ vom 12.3.1973
- 22) Vgl. FAZ vom 19.10.1973
- 23) Vgl. Der Spiegel Nr. 46, 1973
- 24) FAZ vom 6.10.1972
- 25) Die Zeit vom 14.9.1973
- 26) FR vom 30.5.1973

Tätigkeit ausländischer Gesellschaften zu erhöhen und nationale Erdölindustrien aufzubauen, um selbst auf dem Weltmarkt in Erscheinung zu treten. Es dauerte lange, bis die OPEC ihre Mitglieder auf eine halbwegs einheitliche Politik gegenüber den Mineralölkonzernen festlegen konnte, nachdem es bis in die sechziger Jahre den Öltrusts immer wieder gelungen war, das OPEC-Bündnis aufzuweichen und einzelnen Ländern separate Verträge abzuhandeln: Als Persien zur Zeit Mossadeghs seine Erdölproduktion verstaatlichte, organisierten die Ölgesellschaften einen internationalen Ölboykott. Sie waren jedoch aufgrund der in Kuwait entdeckten Reserven in der Lage, die Produktion in diesem Gebiet so rasch zu entwickeln, daß sie den Ausfall des iranischen Öls rasch kompensieren konnten. Als 1958 auch der Irak begann, die Ölgesellschaften unter Druck zu setzen, waren diese bereits in der Lage, die Förderung in Persien, in Kuwait und an der Vertragsküste am Persischen Golf rasch auszudehnen, so daß der Irak fürchten mußte, keine Kunden mehr für sein Öl zu finden. Bagdad verzichtete daraufhin auf Verstaatlichungsmaßnahmen und gab sich mit kleinen finanziellen Erfolgen zufrieden.

Erst 1970 traten die OPEC-Länder den Ölkonzernen erstmals geschlossen gegenüber. Den Beginn dieser Entwicklung, die den Ölländern des Mittelmeerraums größere Durchsetzungskraft bei ihren Forderungen gegenüber den Industrienationen verleihen sollte, markierte bereits die Schließung des Suez-Kanals. Die Belieferung Westeuropas mit Öl aus dem Iran und den Scheichtümern am Persischen Golf erfolgt seither per Tankerfracht um das Kap der Guten Hoffnung. Als dann im Mai 1970 die Instandsetzung der von palästinensischen Kommandogruppen gesprengten TAP-Pipeline von der syrischen Regierung verweigert wurde, und als kurz darauf von Libyen drastische Förderbeschränkungen verfügt wurden, kam es zu erheblichen Engpässen in der westeuropäischen Ölversorgung. Die anschließende Verlagerung westeuropäischer Ölkäufe auf Persien und die Golfländer bewirkte eine Überbeanspruchung der Tankerkapazitäten, so daß sich die Frachtkosten innerhalb kurzer Zeit verdreifachten. Dadurch erhöhten sich die Standortvorteile der ans Mittelmeer angrenzenden Ölländer noch mehr.

Nach und nach gelang es den Ölländern, den internationalen Konzernen

günstigere Verträge abzuhandeln. Auf der 21. OPEC-Konferenz im Dezember 1970 erhöhten sie ihren Anteil an den Gewinnen der Konzessionsgesellschaften von 50 auf 55 Prozent. Im Frühjahr 1971 wurden in den Abkommen von Teheran und Tripolis die Referenzpreise (posted prices, das sind fiktive Preise für die Berechnung der fiskalischen Abgaben) je nach Qualität des Öls und der Lage der Verladehäfen erhöht. Bereits im September des gleichen Jahres mußten die Verbraucherländer auf der Konferenz in Beirut einen Ausgleich der infolge der ersten Dollarabwertung verminderten Einnahmen der Produzentenländer zugestehen. Anfang 1972 verlangten die Ölländer erstmals eine Beteiligung an den internationalen Ölkonzernen, die bis dahin die jeweiligen Ölsektoren ganz oder teilweise dominierten: Saudi-Arabien, Kuwait, Katar und Abu Dhabi erhielten das vertragliche Recht, an den in ihrem Lande tätigen Fördergesellschaften eine 25-prozentige Beteiligung zu übernehmen, die Anfang der achtziger Jahre auf 51 Prozent gesteigert werden soll. Anfang dieses Jahres setzten sie eine erneute Preisanpassung im Zusammenhang mit der zweiten Dollarabwertung durch 19). Durch diese Maßnahmen und die weitere Intensivierung der Erdölförderung erhöhten sich die Einkünfte der OPEC-Länder ganz erheblich.

Das geschlossene Auftreten der Ölländer kommentierte die Neue Zürcher Zeitung damals wie folgt: "Die Aussicht, in Sonderverhandlungen Erdölexportländer gegeneinander auszuspielen, ist auf ein Mindestmaß gesunken." 20) Mehr noch: Als der Irak die IPC verstaatlichte, wurde dieser Beschluß von den übrigen Ölländern dadurch unterstützt, daß sie beschlossen, es den Konzessionsgesellschaften zu untersagen, den Verlust des irakischen Öls durch höhere Förderung in den übrigen OPEC-Ländern zu kompensieren. 1971 schon hatte die Regierung Algeriens die Gasindustrie und -versorgung sowie das gesamte Erdölleitungssystem nationalisiert und den französischen Kapitalanteil im Ölsektor auf 49 Prozent reduziert. Im gleichen Jahr annullierte Libyen die Konzessionen der BP und übernahm die Anlagen in Staatseigentum. Im September dieses Jahres übernahm Libyen die Kontrolle sämtlicher ausländischer Ölgesellschaften und erhöhte den Preis pro Barrel (164 Liter) von 4 auf 6 Dollar. Bereits im März hatte der Iran die Förderanlagen der ausländischen Mineralölkonzerne nationalisiert, gleichzeitig jedoch die

die zum internationalen Konsortium gehörenden Ölkonzerne zu "Privilegierten Kunden" erklärt und langfristige Lieferverträge abgeschlossen, so daß das Konsortium über 80 Prozent des iranischen Öls verfügen kann, während der Iran selbst nur 20 Prozent seiner Förderung verkauft. 20) Als dann Mitte Mai in der Erdölförderung des Irak und in Kuwait Warnstreiks durchgeführt wurden, beklagte Westeuropa die "Tendenzen zur Fokussierung der Erdölfrage" 21). Bereits zu dieser Zeit wurde das arabische Öl als politische Waffe gegen die zionistische Expansionspolitik erwogen, um Druck gegen die Industriestaaten auszuüben, die Israel militärisch, finanziell und propagandistisch unterstützen.

Bei Ausbruch des israelisch-arabischen Krieges verstaatlichte der Irak den US-Ölkonzern Standard Oil of N.Y. Etwa eine Woche später beschlossen die OPEC-Länder im Nahen Osten ihre Ölförderung monatlich um 5 Prozent zu kürzen. Libyen verfügte einen totalen Lieferstopp in die USA. Die Staaten am Persischen Golf nutzten die Gelegenheit, den Ölpreis weiter zu steigern. Dies gilt allerdings nur für das Öl, über das sie aufgrund ihrer Beteiligung an den Konzessionen der internationalen Konzerne verfügen können, d.h. derzeit nur ein Viertel der Förderung in ihren Ländern. 22) Anfang November wurde schließlich eine 25-prozentige Drosselung der Ölproduktion beschlossen.

Alle Welt redete von Erpressung. Doch "die Erpresser, die aus der Wüste kamen" (Bild) meinten nur: "die Araber wären Narren, wenn sie anders handelten" 23)

Tatsächlich waren der Nahe und der Mittlere Osten jahrhundertlang der Brennpunkt von Auseinandersetzungen zwischen den jeweiligen Großmächten. Das Osmanische Reich, Frankreich, Großbritannien, das zaristische Rußland wie die UdSSR und schließlich die USA stritten um territorialen Besitz, um strategische Positionen, Stützpunkte, Wasserstraßen und schließlich ums Öl. Militärische Interventionen, ökonomische und politische Pressuren, dies alles vollzog sich auf dem Rücken der dort ansässigen Bevölkerung. Ausbeutung und Unterdrückung der Völker des Nahen Ostens begannen nicht erst, seit 1948 mit Billigung und Unterstützung Westeuropas und der USA der Staat Israel gegründet wurde, seit Hunderttausende palästinensischer Araber durch Mord und Terror der zionistischen Geheimdienste und durch mehrere An-

# Der Befreiungskampf in Südarabien.

Im Gegensatz zum Palästinakonflikt finden die Geschehnisse im südarabischen Raum hierzulande kaum Beachtung. Dafür mag es wegen der mittlerweile traditionellen Fixiertheit der bürgerlichen Presse und angesichts der spektakulären palästinensischen Kommandoaktionen einleuchtende Gründe geben, bleibt aber soweit es Publikationen der Linken betrifft, umso unverständlicher als die Befreiungskämpfe am Golf (1) schon wegen der wachsenden Abhängigkeit der westlichen Länder von den Erdölreserven Süd- und Ostarabiens an Bedeutung gewinnen.

War die Bedeutung der Golfgebiete für den Westen, insbesondere für Großbritannien, im letzten Jahrhundert noch rein strategischer Natur, da es galt, die Seewege nach Indien zu sichern, so stieg ihr Wert seit der Entdeckung der Erdölvorkommen um die Jahrhundertwende ins Unermeßliche: im Nahen Osten lagern annähernd zwei Drittel der geschätzten Erdölreserven und etwa 28 % der Erdgasvorkommen der gesamten Welt. Diese Tatsache bedingte denn auch – analog zur wachsenden Bedeutung der USA auf dem Weltmarkt – das verstärkte Engagement amerikanischer Firmen. Während Großbritannien 1934 noch 94 % der Erdölförderung (gegenüber 6 % durch Frankreich und die USA) kontrollierte, ist der Anteil amerikanischer Gesellschaften auf ca. 60 % gewachsen (Großbritannien nur noch etwa 29 %). Hinzu kommt, daß sich in naher Zukunft, ganz besonders für die USA, ein existenzielles Interesse am Golf ergibt. Es steht zu erwarten, daß die bislang bekannten Ölreserven in den Vereinigten Staaten und Lateinamerika bereits in einem Jahrzehnt erschöpft sein werden. Schon heute bezieht Westeuropa 60 %, Japan sogar 90 % seines Bedarfs aus den Ländern am Golf. Die eigentliche Bedeutung für die Ölkonzerne liegt in der außerordentlichen Förderleistung der Bohrstellen und den daraus resultierenden hohen Gewinnen. Die Erschließungskosten betragen pro Barrel (etwa 160 l) in Kanada 3,10 in den USA 1,73, in Venezuela 0,51 gegenüber nur 0,16 Dollar im Nahen Osten. Es liegt auf der Hand, daß die enorme wirtschaftliche Bedeutung der arabischen Halbinsel für den Weltmarkt besondere Vorkehrungen und Maßnahmen gegen Störfaktoren erfordert. Die Grundlagen dafür sind in der politischen und militärischen Infrastruktur der Emirate angelegt. Die systematische Zerstückelung der Region in künst-

liche Staatsgebilde mit ihren Marionettenregierungen führte schon im letzten Jahrhundert zu einer relativ stabilen Herrschaft Großbritanniens. Militärischer Träger war und ist zum Teil auch heute noch eine von Briten, Hindus und Pakistanis angeführte Kolonialtruppe. Im weiteren Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung geriet jedoch Großbritannien zunehmend in das Dilemma, einerseits für die militärische Sicherung der Gebiete zu sorgen, andererseits den USA weitgehend das Feld der Investitionspolitik zu überlassen. Der seit den sechziger Jahren sukzessiv erfolgte Abzug der britischen Truppen machte den Zusammenschluß der bisher streng auf ihre "Autonomie" bedachten Emirate zu einer Föderation erforderlich, welche allerdings wegen expansionistischer Bestrebungen einzelner Emire nicht in vollem Umfang realisiert werden konnte und in sich recht instabil ist. Die militärische Sicherung wird neben den oben erwähnten Rudimenten der britischen Kolonialarmee von eigenen Truppen unter Führung vertraglich verpflichteter britischer Offiziere wahrgenommen. In größerem Rahmen soll der Schutz vor Befreiungsbewegungen sowohl durch Stützpunkte der britischen und amerikanischen Luftwaffe als auch durch verstärkte Waffenlieferungen an Regime wie Saudi-Arabien und Persien gewährleistet werden. (2)

Obwohl die südjementische Revolution schon in einem sehr frühen Stadium durch eine radikale sozialistische Zielsetzung bestimmt war, bezog sie dennoch ihren unmittelbaren Anlaß aus einer für arabische Staaten typischen Bewegung: der Kampf republikanischer Militärs gegen den Iman des heutigen Nordjemen und das mit ihm verbündete Saudi-Arabien. Von Bedeutung war diese Befreiungsbewegung nicht wegen eines etwaigen Erfolgs – denn dieser blieb angesichts der Tatsache, daß nach dem Sturz des Iman die alten, feudalen Stammesstrukturen unangetastet bleiben, aus – sondern weil den südjementischen Kadern beispielhaft die Grenzen des in seiner eigenen Widersprüchlichkeit gefangenen arabischen Pseudosozialismus nasseristischer Prägung aufgezeigt wurden. Die ursprüngliche Frontstellung des vom panarabischen Sendungsbewußtsein beseelten Nasser zum reaktionären saudi-arabischen Regime in diesem Konflikt wurde sehr schnell aufgegeben, als sich Möglichkeiten ergaben, die finanziellen Potenzen eben dieses Saudi-Arabien der ägyptischen Wirtschaftsentwicklung und Aufrüstung des

Militärs nutzbar zu machen. Derartige Manöver in der Außenpolitik entsprechen durchaus der Eigentümlichkeit der arabischen Militärstaaten, die in dem Widerspruch stehen, sich vor dem Hintergrund der Interessen des zahlenmäßig starken Kleinbürgertum um eine Kapitalakkumulation bemühen zu müssen ohne die Integration in den Weltmarkt zu betreiben, d.h. daß immer dann die Massenloyalität nicht mehr aufrechterhalten werden kann, wenn sie sich für den Kapitalzufluß ausländischer Firmen öffnen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten aber fortbestehen, wenn der eigene antiimperialistische Anspruch eingelöst werden soll. Aufgrund dieser und auch in der Folgezeit gemachten Erfahrungen mit solchen Regimes, denen bezeichnenderweise die KPdSU eine progressive Funktion in unterentwickelten Gesellschaften der postkolonialen Phase zuweist (3), wurden die bewaffneten Kämpfe in Südjemen und den angrenzenden Gebieten, die ursprünglich lediglich die Befreiung vom Joch des britischen Kolonialismus zum Ziel hatten, schon sehr bald vom linken Flügel der Nationalen Befreiungsfront (FNL) alternativ zu dem gängigen Muster arabischer Revolutionen geführt, d.h. weder die Interessen der nationalen Bourgeoisie noch des Kleinbürgertum wurden miteinbezogen. Die neue Qualität der Auseinandersetzung bestand darin, daß bereits in der Phase des Kampfes gegen die Engländer die alten Stammesstrukturen zerstört und Arbeiter- und Bauernmilizen als Garanten der fortschreitenden revolutionären Entwicklung nach dem Abzug der Briten – der schließlich im November 1967 erfolgte – eingesetzt wurden. Konsequenterweise mußte die Befreiungsbewegung, vor allem nach dem konterrevolutionären Putsch vom Frühjahr 1968, auch die bewaffnete Auseinandersetzung mit der "Front of Liberation of South Yemen" (FLOSY), einer von Großgrundbesitzern und Handelsbourgeoisie getragenen und von anderen arabischen Regierungen anerkannten Organisation, beinhalten. Die Übernahme der Regierung durch den linken Flügel der FNL im Juni 1969 war mehr als nur ein formaler Akt: sie signalisierte sowohl die fortgeschrittene Entwicklung der proletarischen Selbstverwaltungsorgane als auch radikale Ablehnung aller nationalistischen Revolutionsmodelle, wie sie bislang von der FLOSY und der früheren rechten Führung der FNL vertreten wurden:

# RAF-Prozesse in Sindlingen.

Fortsetzung von Seite 1

“Unsere Revolution kann nur erfolgreich sein, wenn sie eindeutig den Weg des progressistischen Sozialismus einschlägt; sie muß sich dabei auf die breiten Massen der Werktätigen stützen, diese organisieren, erziehen und auf die Übernahme ihrer historischen Verantwortung vorbereiten; nur so kann die Revolution sich entwickeln, fortschreiten und zu einer permanenten werden.” (4)

Das bedeutet nicht nur, in einem permanenten Revolutionierungsprozeß die durch Kolonialismus und Feudalismus konservierte Rückständigkeit aufzuheben, sondern in der Bildung der Massen das Entstehen neuer Machtstrukturen zu verhindern:

“Die einzige praktische Anwendung der Volksdemokratie ist die Übergabe jeglicher Macht an die Räte der Arbeiter, armen Bauern und Partisanen, angefangen von den Häuserblocks bis zur ganzen Republik. Diese Räte müssen alle legislativen Befugnisse, die Kontrolle und die Lenkung der gesamten nationalen Wirtschaft und der Politik der anderen Klassen, der Militärs und der Staatsadministration innehaben.” (5)

Dagegen resultiert aus der Notwendigkeit, die Erungenschaften der Revolution in Südjemem zu verteidigen, nicht nur die Überwindung bornierter Etappentheorien, wie sie der Programmatik des palästinensischen Widerstandes eigen sind, sondern auch – positiv gewendet – die stark ausgeprägte internationalistische Bestimmung des Kampfes, auf deren Grundlage die Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den angrenzenden Gebieten erfolgt: der Guerillas von Dhofar, Maskat und Oman, die ihrerseits bemüht sind, den Kampf bis hin nach Kuwait auszuweiten. Mit dem Zusammenschluß zweier tragender Befreiungsorganisationen zur Volksfront für die Befreiung Omans und des arabischen Golfes (PFLOAG) wurde nicht nur eine wichtige, sondern angesichts der Bedrohung lebensnotwendige organisatorische Stufe der Befreiungsbewegung erreicht. Der Belagerungszustand, in dem sich die Demokratische Volksrepublik und die PFLOAG befinden, ist

deutlich auszumachen: im Westen durch das Regime in Äthiopien, im Norden durch Saudi-Arabien, durch die Präsenz der britischen Luftwaffe in den Sultanaten Maskat und Oman, durch die Expansionspolitik des Iran in Verbindung mit der starken ideologischen Beeinflussung der persischen Arbeitsemigranten in den Ölländern und nicht zuletzt durch die sogenannten fortschrittlichen arabischen Regime, die die Revolution im Süden als enormen Störfaktor begreifen müssen.

Daß der Befreiungskampf trotzdem Fortschritte zeigt und seine Ergänzung in der Subjektwerdung des Proletariats in den Zentren der erdölproduzierenden Staaten (so etwa die auf einem sehr hohen Niveau ausgetragenen Arbeitskämpfe in Kuwait, das viele Merkmale der hochkapitalisierten Sozialstaaten aufweist), bleiben ebenso verborgen wie der massive Einsatz der britischen Luftwaffe und der vorwiegend mit amerikanischen Waffen ausgestatteten Truppen der Emirate. Selbst in den Reihen des palästinensischen Widerstandes ist man sehr wenig empfänglich für die Erfahrungen und Postulate im Süden der arabischen Halbinsel, denn das müßte zwangsläufig zu einer grundlegenden Revision ihrer Politik führen. Dabei wird es für alle Revolutionäre im arabischen Raum eine existentielle Frage sein, inwieweit der Kampf in der Dimension geführt wird, daß er sowohl den Sturz der arabischen Staaten als auch des zionistischen Regimes unter Einbeziehung der israelischen Arbeiterklasse beinhaltet und zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in der gesamten Region beiträgt. Freilich bedeutet das selbst für die so richtungsweisende Politik Südjemems das Aufgeben der Illusion vom Aufbau einer entwickelten nationalen, vom weltkapitalistischen Markt freien und unabhängigen Wirtschaft . . . durch die Erlangung einer faktischen Unabhängigkeit (6).

Cather Jarim

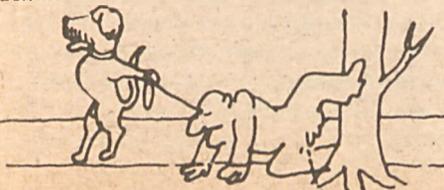
- 1) “Golf” synonym für das Territorium der Anrainerstaaten des persischen Golfs.
- 2) “Das Ölscheichtum Kuwait – etwa so groß wie Schleswig-Holstein mit weniger Einwohnern als Köln – kauft in den USA Waffen für rund 1,4 Milliarden Mark.” (Spiegel 23/73)
- 3) Bassam Tibi, Militär und Sozialismus in der Dritten Welt, Ffm. 1973
- 4) IV. Kongreß der FNL 1968, zit. nach INPREKORR 18 – Gruppe Internationale Marxisten.
- 5) Abdul Fattah Ismail (FNL), Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg..., Beirut 1968, in: Bassam Tibi (Hrsg.), Die arabische linke, Ffm. 1969, S. 153
- 6) Abdul F. Ismail, a.a.O., S. 138

diese Prozesse, ihre Umstände und ihre Funktion nur als militärische Übungen zu verstehen sind, vergleichbar mit dem Polizei- und Werkschutzterror gegen streikende Fordarbeiter oder Hamburger Hausbesetzer.

Astrid Proll holt weit aus, analysiert nicht die Prozesse, sondern die politische Situation in der sich die Linke befindet, greift zurück auf marxische Fragmente über die Abschaffung der Arbeit (Grundrisse S. 592 f) propagiert den bewaffneten Kampf und endet mit den Worten: “Die rote Armee aufbauen – heute noch!” (Der Text dieser Rede, mit der auseinanderzusetzen es sich lohnt, soll überarbeitet erscheinen)

Der Inhalt der Prozesse ist klar der Bedeutung angemessen, die BKA und Bundessicherungsgruppe den jeweiligen Personen in der vermeintlichen Hierarchie der RAF zubilligen. Haben Marianne Herzog und Rolf Pohle die Routineanklage am Hals, § 129 (kriminelle Vereinigung) Bankraub, Urkundenfälschung, Vergehen gegen das Waffengesetz, alles versichert von Zeugen, die nach juristischem Usus auf dieselbe Bank gehören wie die Angeklagten, bestätigt von solch windigen Existenzen wie Karl Heinz Ruhland, Beate Sturm und Ulrich Scholtz und anderen präparierten Zeugen der Bundessicherungsgruppe, so muß für Astrid Proll, die dem vermuteten “harten Kern” angehört haben soll, gleich ein anderes Kaliber der Anklage her. Sie wird beschuldigt auf der Frankfurter Studenten leidlich bekannten, Bockenheimer Landstraße das Feuer auf zwei dazu noch angeblich unbewaffnete Zivilfahnder der Bundessicherungsgruppe eröffnet zu haben. Damit nicht genug: Wer schießt ohne zu treffen, macht sich damit eines bloßen Vergehens gegen das Waffengesetz strafbar. Bei geringeren Fällen – etwa wenn ein Staatsanwalt wildert – pflegt Geldstrafe die juristische Kompensation zu sein. Anders hier: Nicht nur geschossen haben soll Astrid Proll – es gibt keine Einschüsse und nur ein Projektil, das Kratzer aufweist, aber keine Züge, also nicht abgeschossen wurde, nicht nur das, sondern dazu soll sie noch gesagt haben: “Komm näher, du Bulle, damit ich Dich umlegen kann” – so wird aus einem Vergehen gegen das Waffengesetz, angeblich im belebten Frankfurter Westend begangen, ein Mordversuch. Wer an diesem Ort ein Interesse hat, eine Schießerei anzufangen, darf geraten werden und ist unbewaffnete Zivilfahnder der Bundessicherungsgruppe betrifft, so sind die Schüsse

Nu komm schon,  
Günther!



auf Georg von Rauch, auf Petra Schelm und Thomas Weißbecker vermutlich aus einer Wasserpistole gekommen, die eine Herzschwäche auslöste.

Einschätzend kann man sagen, daß die angebliche Zugehörigkeit zum "harten Kern" eben reicht, damit einer des Mordversuchs angeklagt wird, anders sind sonst die vorher schon bestimmten Strafhöhen von 15 Jahren bis lebenslänglich nicht zu begründen. Die Aburteilung des Genossen Mahler hat das ja klar für jedermann bestätigt. 2)

Juristisch gesehen waren die Aussagen der ersten Verhandlungswochen nicht übermäßig belastend für die Angeklagten; ja einer der Zivilfahnder verneinte die Absicht Astrid Proll ihn zu töten und Ruhland zeigte, daß die Bundessicherungsgruppe in Bezug auf Zeugenpräparierung immer noch Pfuscher und Dilletanten sind; für Optimismus ist dennoch kein Raum; wer protestiert schon gegen diese Prozesse, gegen diese Urteile, diese Umstände? Solange die Linke in Frankfurt und anderswo nicht sieht, daß hier nicht Individuen, sondern Widerstand zerbrochen werden soll, solange kann das schmutzige Geschäft weitergehen.

Lawrence C. Barnes

1) Arnold Gehlen, Über die Geburt der Freiheit aus der Entfremdung, in: Studien zur Anthropologie und Soziologie, Neuwied 1963 S. 245

2) Schily/Ströbele, Plädoyers einer politischen Verteidigung, Berlin 1973  
Merve-Arbeitspapiere No. 11 DM 5,-

Die Prozesse gehen weiter. Unter minimaler Beteiligung der Frankfurter Genossen. Es scheint, als ob in Frankfurt verdrängt würde, was in Sindlingen abläuft. Verdrängt wird, daß eine Genossin der RAF unter Mordverdacht steht, eine andere wegen Mitgliedschaft in einer "kriminellen Vereinigung" vorgeführt wird. Der Kampf gegen den Imperialismus kann nicht getrennt werden vom Kampf in Stadtteilen und Betrieben, vom Kampf um besetzte Häuser und neue, gemeinsame Lebensformen. Die Frankfurter Bewegung ist erst dann stark, wenn ebenso viele Genossen bereit sind, gegen die Justiz und gegen die Verurteilung der Genossinnen zu kämpfen wie gegen die Stadtöligarchie und die Räumung der Häuser in der Bockenheimer Landstraße und der Schumannstraße. Die Genossen haben noch immer nicht den Zusammen-

hang zwischen den Prozessen und den Häusern kapiert.

Der Kampf um die besetzten Häuser ist die Folge von Mietstreiks, Hausbesetzungen usw. Wer diesen Freiraum innerhalb des kapitalistischen Systems erhalten will, stellt unweigerlich die Eigentumsfrage, d.h. die Frage danach, ob die Produzenten auch über die Produktionsmittel und ihre eigenen Reproduktionsmittel verfügen. Mit dieser Frage trifft er den Kern des kapitalistischen Systems, die Verfügung über Eigentum, sobald nun im Kampf gegen das System die Möglichkeit aufscheint, die ökonomischen und die Machtstrukturen zu sprengen, ganz konkret: Wenn der Kampf nicht beim Barrikadenbau stehenbleibt, dann reagiert der Staat als Garant der ökonomischen Sicherheit der Privateigentümer mit brutaler Gewalt, Gefangennahme, Folter und Terrorurteilen.

Es sieht so aus, als ob die Genossen diese Perspektiven verdrängen würden, aus Angst vor den Konsequenzen ihres militanten Kampfes. Aber gerade dadurch verhindern sie auch ihre Solidarisierung mit den gefangenen Genossen.

Warum wird Astrid Proll ein Mordversuch angehängt? – Zwei Leute sitzen im Frankfurter "Cafe Westend". Sie werden observiert, weil sie unter dem Verdacht stehen, der RAF anzugehören. Eine Hetzjagd beginnt. Quer durch das Frankfurter Westend. Die Jäger sind: Observierungsfahrzeuge, BFV-Bullen, Fahnder der Bundessicherungsgruppe, der Sonderkommission Baader-Meinhof, LFV-Bullen, BKA-Bullen, LKA-Bullen, das einheimische 18. K. (Politische Polizei) und die üblichen Streifenwagen. Die beiden Genossen werden gejagt. Sie werden beschossen: Vier Schüsse allein hat der Exekutivfahnder der SOKO, Michael Simons, nach eigener Aussage abgegeben, aus nächster Nähe. Die Genossen stolpern, fallen – und entkommen. Sie entkommen der ganzen Maschinerie, die so stark, so gut ausgebildet ist und die Hosen geschissen voll hat vor Angst.

Soweit bekannt, hat Simons bis jetzt viermal zu diesem Vorfall ausgesagt: in seiner Erklärung vom 12.2.71 (zwei Tage nach dem Vorfall), in angefügten Ergänzungen ein halbes Jahr später, vor drei Monaten im Prozeß gegen die sechs Genossen in Berlin, in Stuttgart im Prozeß gegen den Genossen Pohl und jetzt in Frankfurt. Jede seiner Aussagen widerspricht sich in wesentlichen Punkten. Sie

widerspricht auch der Aussage von Michael Grünhagen, Regierungsamtmann und V-Mann des LFV-Berlin, der auch am 10.2. in Frankfurt mit dabei war. Andere Zeugen gibt es "angeblich" nicht, obwohl sie massenweise herumstanden.

Ein Schußwechsel hat überhaupt nicht stattgefunden. Die Bullen haben geballert, sonst niemand, und weil die beiden Genossen ihnen entwischt sind, weil es eine Niederlage dieser ganzen versammelten Staatsgewalt und ihrer Hintermänner war, deswegen diese Räuberpistole und die "Mordversuche". Die Niederlage mußte erklärt werden: "die beiden Personen konnten nur entkommen, weil sie geschossen haben." Noch in derselben Nacht wird der Einsatzleiter Köhn abgesetzt, und Küttner tritt an seine Stelle. Die Angst vor der RAF steckt dem Apparat noch heute in den Knochen.

Warum gibt es nur zwei Zeugen, wo es doch so viele Augenzeugen gab, Bullen und Bürger? Bei dem kleinsten Verkehrsunfall rückt die Polizei eine Zeugensuchanzeige in die Zeitung. Haben sich hier keine gemeldet? Einer soll sich, laut Grünhagen zu Boden geworfen haben, wo ist er?

Grünhagen und Simons sagen nicht als Zeugen aus in dem Sinne, daß sie als solche berichten, die dabei gewesen sind. Sie sagen aus als Angehörige einer sog. Dienstbehörde. Ihre Dienststellen schreiben vor, was sie sagen sollen und was sie nicht sagen sollen. Beide haben eine beschränkte Aussagegenehmigung von ihrer Behörde. "Sie wissen über den Zusammenhang, der vor Gericht erörtert werden soll viel mehr als sie sagen, als sie verraten dürfen. Ihre Fiktion übergreift zwei verschiedene Arten von Lücken: das, was sie nicht mehr wissen, und das was sie nicht sagen dürfen." (FAZ, 1.11.73)

Diese selben Dienststellen bestimmen, welche Akten dem Prozeß zur Verfügung gestellt werden und welche nicht. Noch nicht einmal die Staatsanwaltschaft kennt alles. Und die Richter, die drehen sich und wenden sich und nennen sich deutsche Richter! Die Prozesse sind kein Problem für die Justiz. Die verurteilt, egal wie, hinter ihr stehen Panzerdivisionen, Raketen und Atombomben.

"Ob dies ein 'fairer' Prozeß ist, ob die anderen künftigen Angeklagten einen 'fairen' Prozeß erwarten können, scheint im Augenblick nicht oder nicht nur in der Möglichkeit der Justiz zu liegen". (FAZ 1.11.73)

Rote Hilfe

# Germanistik.

Die frühere Basisgruppe Germanistik am Seminar "Deutsche Philologie" hat eine ihrer Kampfschriften mit dem Satz enden lassen: Wir können nur dem zum Studium der Germanistik raten, der bereit ist, es zu verändern.

Man wird sich hüten, diesen Satz heute zu wiederholen. Unter den zahlreichen Veränderungen im Studium der Germanistik ist nichts wahrhaft umgestaltet worden. Das Elend des Studiums des Faches ist das gleiche wie vor einigen Jahren. Die Proklamation, es gelte die Germanistik zu verändern, kommt aber nach den Erfahrungen der Niederlagen vergangener Jahre niemandem mehr leicht über die Lippen.

Im Ordinarius verkörperte sich die pfäffische Kamarilla der alten Universität – und tendenziell auch das Ich – Ideal der Studenten. Wenn aber dies „ich will werden wie Er“ blaß wurde, trat die distanzierende Seite der akademischen Autorität und Würde an – greifbar hervor. Dies brachte die gekoppelte Kritik von Lehrmeinung und Amt hervor. Wir wurden Zeuge, wie die, welche gegen die Etikette und das Zeremoniell des Lehrstuhls verstießen, verjagt wurden – oder Assistenten. Auf studentische Massenmißachtung des Respekts reagierten die Lehrstuhlinhaber meist mit der Polizei.

Im Fachbereich 10 gehört dieser Zustand (bald) der Vergangenheit an. Es gibt mehr Lehrveranstaltungen und HS-Lehrer, die Übungen sind kleiner geworden. Die Institution tritt weniger herrschaftlich auf.

Aber in den intimeren Veranstaltungen scheitert die Diskussion und Kooperation wie früher: Distanz, Mißtrauen und Blamageangst sind geblieben, viele Studenten betreten vermutlich das Seminar selten, werden zu Hause lesen und arbeiten, nur dort.

Bereits von der Schule her wird die kollektive Arbeit durch den Numerus Clausus bis zur absehbaren, vollständigen Zerstörung zugrundegerichtet. Durch den NC ist jedem der Nächste der erbitterte Konkurrent, so daß eine solidarische Lernform keine Überlebenschance hat. An der Uni steckt einem die Unsicherheit, ob man den Examenzug verpaßt, dauernd in den Knochen. Er ist die wichtigste Verbindung, die man erreichen muß. Wenn aber die Universität einer Bahnhofshalle ähnlich sieht (mit Schnellküche, Dösecken und Wartesaal), so weckt sie oftmals den geheimen Wunsch nach einem strafferem Reglement.

Die Zwangsinstitution Hochschule: an der Ordinarienuniversität konnte man offenbar – auf fragwürdige Weise – „heimischer“ sein als in der pseudodemokratisierten Universität. Die Studenten der Revolte hatten IHRE Universität gewollt. Sie haben 'Reformen' veranlaßt. Das Ordinariat wurde abgeschafft, Studenten an der Selbstverwaltung beteiligt. Sie haben aber – konnten aber? – die Errungenschaften nicht in Besitz genommen. Daß sich ihnen gegenüber eine fremde Zwangsinstitution entfaltet, auf Kosten ihrer Selbstbestimmung und Selbsttätigkeit, lassen sie achselzuckend zu: – es ist ja nur eine Durchgangsstation, hier wird man nicht alt.

Nachlässige Studentenpolitik und Stimmenmehrheit der Hochschullehrer haben Eigeninitiative und Ehrgeiz nach Selbstbestimmung in der Fachbereichskonferenz (FbK) nie aufkommen lassen. Teils abwehrend, teils erfüllend reagiert das Gremium auf Erlasse aus Wiesbaden, auf Vorschriften, abschlägige Bescheide und Rechtsgutachten aus der Präsidentialabteilung. Stellenbesetzungen / Haushaltsmittelverteilung / Resolutionen gegen die Einführung des NC / Raumbeschaffung – das ist der tägliche Kram der FbK. Sie hat sich zu einer eingreifenden Maßnahme bisher noch nie aufgeworfen: die Binnenstrukturierung des Fachbereichs zu beraten, eine Prüfungskommission einzurichten, die bestehenden Prüfungsordnungen zu revidieren.

Immer noch haben Fachwissenschaft und Fachdidaktik wenig miteinander zu tun; die Vereinheitlichung der Lehrerausbildung wird in der Hochschule nicht organisiert. Vermutlich werden die beiden Prüfungsämter durch ein Dekret von Wiesbaden zusammenkommen, nicht durch die Entscheidung der FbK.

## Die Geschichte des Emanzipationskampfes der Germanistik ist eine Geschichte der Niederlagen.

1966 konnte H.M. Enzensberger mit Günther Wallraffs Reportagen, Bahman Nirumands Persienbuch, Georg Alshaimers „Bericht aus Vietnam“ und Ulrike Meinhofs Kolumnen ein Quartett der Texte der

Neuen Linken zusammenstellen, mitten im 'Untergang der Literatur'. Im Ton der Ironie, welche die Entfernung von der Bewegung dem intellektuellen Beobachter verleiht, konnte er gleich die 'pompe funebres' der Literatur registrieren: „Jetzt höre ich es also wieder läuten, das Sterbeglöcklein für die Literatur. Kleine sorgfältige Blechkränze werden ihr gewunden. Einladungen hagelt es zur Grabloge. Die Leichenschmäuse sind, wie es heißt, sehr gut besucht: ein Messeschlager. Unter den Trauergästen scheint wenig Schwermut zu herrschen. Eher macht sich eine manische Ausgelassenheit bereit, eine angeheiterte Wut.“ (1)

Diese gelassen heitere Trauerbotschaft vom Tod der Literatur läßt sich immer dann vernehmen, wenn die ideologische Krise der herrschenden Klasse bereits ihren Ausdruck in der Zerstörung von Massenloyalität von Teilen des Volkes gefunden hat – wenn auch nur unter der Parole der Emanzipation, in der Empörung gegen den Terrorismus der Alltäglichkeit, die formalisierten Verkehrsformen des Alltagslebens.

Weil die Revolte ihren Ausgang vom Aufstand im Raum des Denkens nahm, hat sie zuerst einen Umbau der marxistischen Architektur von Basis und Überbau versucht. Die SDS-Gruppe "Kultur und Revolution" schreibt in Berlin 1968: "Gemessen an der speziellen Form der Unterdrückung, die heute praktiziert wird, muß das traditionelle Revolutionsmodell: von der Basis zum Überbau, verlagert werden. Erst mit einer Veränderung des Bewußtseins, zum Bewußtsein der Unterdrückung, lassen sich die Ursachen der Unterdrückung beseitigen." Diesen Äußerungen folgten bald die vatermörderischen Bilderstürmer von Literatur und Kunst. Unter dem Einfluß von Herbert Marcuse schien es, wie wenn das Kunstwerk sich nicht von dem Verdacht seiner 'affirmativen Einstellung' reinigen könne. Keine Kunst wollen – das war die Ideologie der Aske-

wollen – das war die Ideologie der "Askesse der revolutionären Praxis". Aus dieser Tradition leitet sich noch heute die vulgärmarxistische Parteiästhetik von KPD und KSV her (3), die nur das als Kunstwerk gelten lassen wollen, was sein Werk als "Rädchen und Schraubchen" im Dienst der revolutionären Tagesaufgabe tut. Daß ein Kunstwerk "autonom, aber nicht autark" ist (4), werden die Scholastiker der Parteiästhetik solange

als "reaktionär" oder "revolutionistisch" in Verruf bringen wollen, bis jemand erklärt, daß die Behauptung von Brecht stammt. — Hinter der bilderstürmenden These vom Ende der Kunst leuchtet jedoch auch immer das Bild von der befreiten Gesellschaft auf, die keine Kunst mehr kennt. Nicht mehr als Betätigung einer sektoralen Fähigkeit des Menschen, sondern als *Gebrauchswert*, in einer Zeit, da sich alle Kräfte und Vermögen des Menschen frei äußern können.

## Frühlingsdonner der Revolution im Bildungswesen.

Das Echo vom "Frühlingsdonner der proletarischen Revolution im Bildungswesen" aus China vom Mai 1966 war bis nach Europa gedrungen, an den Hochschulen zu vernehmen, an den Schulen und in den Zeitungen der Kulturproduzenten.

Der Kampf an den Hochschulen hat seine Kraft zuerst aus der Empörung über den Skandal der Formen des Lehrens gezogen, den Vorlesungen, der säkularisierten Form der Predigt:

*"Denk ich an die philologischen Vorlesungen, so erinnere ich kaum anderes als die Professoren, die mit geradezu ungläublicher Stupidität sich selbst offerierten, auch wenn sie über Goethe, Büchner Brecht sprachen. Ich hatte immer den Eindruck, sie bemächtigen sich ihrer Gegenstände zu keinem anderen Zweck als zu dem ihrer eigenen Propaganda, wobei ihnen die trübe, unerfüllte und schwülstige Geilheit jener Mädchen entgegenbrandete, die die Mehrheit in den philologischen, besonders germanistischen Vorlesungen ausmachte. . . . Nur meine ich, daß es kein Mensch aus Fleisch und Blut längere Zeit in diesen Seminaren aushält ohne Schaden zu nehmen an Denkvermögen und Wirklichkeitssinn. . . . und nichts ist so ehrlich und so menschlich wie der revolutionäre Akt des Aufstands und des Widerstandes."* (5)

Aus den Vorlesungen haben die Studenten rasch begriffen, daß die Wissenschaftskritik ohne die Kritik der Zwangsinstitution kraftlos bleibt, daß 'emanzipative Wissenschaft' und 'Demokratisierung der Universität' untrennbar sind. Gegen diese Verödung der Verkehrsformen des wissenschaftlichen Arbeitens haben die Lernenden eine Verkehrsform der Solidarität entwickelt, im kollektiven Aneignungs- und Produktionsprozeß von Wissenschaft. Die Regression auf die "Linienkämpfe" und die Regression der Solidarität auf die Solidarität mit den Genossen der "Linie" hat ihren Ausdruck in der Rückbildung im Umgang des Lernens und Kämpfens gefunden: gegenseitige Isolation und allseitige Abhängigkeit. Man hat Grund, heute zu glauben, daß das Klima der Unbotmäßigkeit erst durch die Pub-

likumsbeschimpfung durch Lehrende erzeugt werden muß.

Der "Frühlingsdonner der proletarischen Revolution im Bildungswesen" hat in den Literaturwissenschaften der deutschen Literatur einen guten Resonanzboden gefunden, doch nicht als ökonomisch-politische Emanzipation, als Emanzipation der Klasse. In der Germanistik hatte sich das gebildete Bürgertum in der Hypostase eines autonomen Geistbezirks und in dessen nationaler Geschichtskontinuität das Ideengehäuse seines nationalen Handlungsraumes geschaffen. So mußte Conrady und andere Protagonisten dieser vaterländischen Wissenschaft wie ein Akt des Besinnens und des Einhaltens wirken. Tatsächlich hatte die nationale Wissenschaft jedoch ebenso abzubauen wie der Mythos der Nation. Sie machten der ideologischen Neuorientierung an der "westlichen Freiheit", der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" Platz. Es sind dies die "westliche Freiheit" und die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" der NATO, der EWG und der EG.

Viel realistischer als die Studenten der Revolte, wenn auch wie Agenten der Marktplanung ihres Faches, konnten die Ordinarien des linken Flügels der Germanistik 1966 einen Germanistentag einberufen, der den Vorsatz faßte, das Stück nationaler Ideologie zu erforschen, das "verdeckt und unbeachtet bis in die Gegenwart die schädlichsten Wirkungen auf die Praxis des Faches ausübt und ohne dessen Eliminierung die Germanistik zu einer vernünftigen und nützlichen Wissenschaft nicht werden kann. "Vom staatsmännischen Standpunkt aus hatten schon Ende der fünfziger Jahre Deutschlandslinien von der Aufgabe des Deutschunterrichts gesprochen, er solle "auf die enge Verflochten der nationalen Kulturen Europas hinweisen und eine Verständigung innerhalb der Völker anregen." Dieser Konzeption merkt man bereits den Auftrag an, den Mythos der Nation zu ruinieren und ein neues Identifikationsbild zu organisieren.

Mit der studentischen Kritik an der nationalen Borniertheit der Germanistik hebt bereits die "blinde Kooperation" von studentischer Revolte und staatlicher Planung im Fach an (6); diese "blinde Kooperation" hat den Gang der Kämpfe so verrättert, daß die Besiegten ihre Niederlagen immer wieder für Siege hielten.

## Politisierung der Germanistik-wo?

Politisierung der Wissenschaft heißt bereits, sie auf das Ziel der gesellschaftlichen Nutzung hin zu befragen, denn *jedes Denken* ist praktisch; diese Praxis ist der bürgerlichen Gesellschaft eine Hilfe zum Überleben oder eine Hilfe zum Zugrundegehen. Wissen ist Macht, für die Herrschenden wie für die Beherrschten.

Der Mystifikation, daß „die blaue Blume errötet“ (eine Parole der Berliner Germanisten hieß, 1968, „Schlagt die Germanistik tot, macht die blaue Blume rot“), sind die Germanisten erlegen, als sie 1968 auf einer Delegiertenversammlung der Basisgruppen ihres Faches in Frankfurt eine Resolution verabschiedeten, nach der, „gemessen am Rentabilitätsprinzip des Kapitalismus, ... die wissenschaftliche Produktion der Germanistik überwiegend zu den toten Kosten des Kapitalismus“ zählt. Wie um sich von dem Verdacht zu reinigen, sich zu Anwälten der Kapitalverwertung machen zu wollen, schrieben sie später: „Das Massenfach Germanistik produziert ... das Interesse an der Literatur als das Desinteresse an der Gesellschaft“ (7).

Tatsächlich sollen die Lehrerstudenten der Germanistik in ihrem Fach für die Denkformen der Warengesellschaft in Dienst genommen werden, für den Begriff der Rationalität der Agenturen des Kapitals und des Effektivitätsprinzips in seiner „Binnenlogik“. Deswegen ging die Basisgruppe des Walter-Benjamin-Instituts (d. i. das Seminar zu Zeiten seiner Besetzung) vom Postulat der Kritik des Scheins aus, „die Umwelt liege als Gebrauchswert dem unmittelbaren privaten Zugriff offen“ (8). Die Basisgruppe machte gegen den schönen Schein der Kunstware die Warenform des Gesamtprozesses der Literaturproduktion geltend: der Produzent ein Lohnarbeiter (oder, frei von Lohnarbeit, unter dem Druck der Kapitalforderung, daß „die Ware sich auszahlen muß“), der Prozeß der Vermittlung durch die Zirkulationsagenten als Teil der Warenzirkulation und schließlich der Leser als Kunde, Journalisten und Professoren als Propagandisten. Nicht zuletzt ging es darum, den Schleier vom gesellschaftlichen Grund der Produktion von Kunst und Literatur zu ziehen: die Wertvorstellungen sollten nach Maßgabe der Kapitalordnung Zutritt in die Innerlichkeit der Subjekte erhalten; als seien es ihre eigenen. Vom Standpunkt sozialistischer Intellektueller aus war es damals richtig, nicht in die Proklamation vom 'Ende der Kunst' einzustimmen, nicht die Verpuppung in unmittelbare Produzenten im Betrieb zu vollziehen und von der Begegnung mit dem Proletariat in der Fabrik eine gleichsam antäusche Berührung zu erwarten, sondern in der Enthüllung und Kritik der Umstände des Lebens, Arbeitens und Kämpfens sozialistischer Intellektueller die Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit zum Denkgegenstand und Gegenstand der Kritik zu machen, „in der der sozialistische Intellektuelle in der Lage wäre, nicht nur den Autonomieanspruch der Sphäre 'Geist' selbst im Prozeß der arbeitsteiligen Gesellschaft zu erklären und in politischer Praxis aufzuheben“ (9).

Walter Benjamin hatten wir im Verteidigungskampf gegen die „Frankfurtisten“, das Institut der Kritischen Theorie,

zu 'unserem' Theoretiker des Materialismus in der Literaturwissenschaft erhoben. Die linken Hörsäle in Frankfurt waren damals bis an den Rand mit Anerkennung der kritischen Theorie der „Frankfurtisten“ gefüllt, die nach dem Krieg ihr Institut von Hollywood wieder nach Frankfurt verbracht hatten. An seiner Spitze stand Theodor Wiesengrund Adorno, in tiefer materialistischer Anschauung des Kunstsönen, ein „uneigennütziger Bewunderer der Idee des Materialismus“ (10). Noch im Texteingriff in Benjamins Schriften (11) und in der Interpretation versuchten die „Frankfurtisten“ die kommunistische Kunsttheorie Benjamins in die Kontinuität der materialistischen Kontemplation umzubiegen, diese zu retten. In Adorno und Benjamin trafen die Auffassung der 'Dialektik als Werden' und der Dialektik als „das Zusammenfallen des Änders der Umstände und der menschlichen Tätigkeit ... als *umwälzende Praxis*“ (in der Bedeutung der „revolutionären“, der „praktisch-kritischen“ Tätigkeit) (12). Die Machbarkeit der Geschichte wird durch die Kritik der Politischen Ökonomie konstituiert. Die Grundlage für das 'Einfrieren' der materialistischen Dialektik bei Adorno muß in seiner Aneignung der Kritik der Politischen Ökonomie gesucht werden, die sich offenbar überwiegend über Pollock vollzogen hat (12 b).

Bei Adorno bewahrt die Kunst die Würde ihrer Autonomie gerade in ihren Wissen um die gesellschaftliche Ohnmacht und den Ausschluß der Massen von ihrer Rezeption: „Die Reinheit der bürgerlichen Kunst, die sich als Reich der Freiheit im Gegensatz zur materiellen Praxis hypostasierte, war von Anfang an mit dem Ausschluß der Unterklasse erkaufte, deren Sache, der richtigen Allgemeinheit, die Kunst gerade durch die Freiheit von den Zwecken der falschen Allgemeinheit die Treue hält. Erste Kunst hat sich jenen verweigert, denen Not und Druck des Daseins den Ernst zum Hohn macht, und die froh sein müssen, wenn sie die Zeit, die sie nicht am Triebrod stehen, dazu benutzen können, sich treiben zu lassen“ (13). Und weiter unten: „Leichte Kunst, die autonome begleitet, ist das schlechte Gewissen dieser“; man ist versucht, im Duktus der 'philosophischen Fragmente' der „Frankfurtisten“ fortzufahren: die Arbeiterklasse ist das schlechte Gewissen der aufgeklärten Bourgeoisie, deren kritische Moral das Gewissen unter dem Banner des Altruismus ist. Aus diesem Habitus heraus und im Angriff gegen den kritischen, parteilosen Objektivismus Adornos sind seine von Brecht überlieferten Bemerkungen wenn nicht wahr, so doch gut erfunden: 'Marx ist nicht interessiert an den Dingen, nur an den Beziehungen zwischen den Menschen, die den Dingen verdinglicht sind.' Lustig auch so was: 'Robert Walser ist sehr bedeutend, da er den Verfall der bürgerlichen Gesellschaft widerspiegelt.' schade nur, daß dieses Bürgertum dann in Panzerdivisionen und Verbände zerfällt“ (14)

Gegen Adornos Ausschluß der Massen von der Kunst wird in der Theorie Benjamins für die Kunst der Kollektiv-Rezeption der Zugang eröffnet. Diese wird sogar ein Konstitutionselement von Kunst: „... die Bedeutung der Rezeption ... legt nahe, über der Inspiration, die am Werden des Kunstwerkes teilhat, die Faktor nicht zu übersehen, die allein ihr gestattet, fruchtbar zu werden“ (15) Autor und Kunstwerk erfahren einen Kraftzuwachs, nicht wenn sie *aus* den Massen gehen, sondern wenn sie *in die Massen hineingehen*.

Im Methodenstreit der materialistischen Literaturtheorie hat Benjamin darauf aufmerksam gemacht, daß man sich vor einer „Überschätzung des bewußten Moments in der Ideologiebildung“ hüten muß (16). Er weist darauf hin, daß „die Kunstform der Allegorie und die Warenform der Produkte (einander) korrespondieren“ (17), denn die Allegorie ist eine 'zweite Natur' wie der Gebrauchswert im Tausch eine *nature morte*. Mit diesem prismatischen Blick verweist Benjamin auf die mikroskopische Apparatur der Kritik der Politischen Ökonomie Sohn-Rethels (und der Kunstkritik, die man aus dieser politisch-ökonomischen Theorie ziehen kann).

Die Überbautheoretiker betreten nicht gern den Boden der realen Basis, sondern behalten sich vor, die Widersprüche auf dem Grunde ihrer ideellen Verhimmelung auszufeuchten. Deshalb ist es nützlich gewesen, daß sie Benjamin daran erinnert hat, „daß der revolutionäre Kampf ... sich nicht zwischen dem Kapitalismus und dem Geiste (abspielt), sondern zwischen dem Kapitalismus und dem Proletariat“ (18)

Die letzte Szene aus der Nachgeschichte des theoretischen, des politischen Streits zwischen Adorno und Benjamin: die „Frankfurtisten“ (Adorno und Tide-mann), akkompagniert von S. Unsel, fordern von der „Alternative“ für den dokumentarischen Nachdruck ihrer Artikel ein Honorar von 150,-, „weil die Polemik von der 'Alternative' ohne jede Sachkenntnis, allein aus Publizitäts- und Geschäftsinteresse geführt wird“ (19)

## Die Praxis der Germanistik ist eine Schulpraxis.

„Im Wintersemester 1968/69 fand an der FU Berlin eine permanente Massendiskussion über die Beziehung zwischen Studium und revolutionärer Berufspraxis innerhalb der luxurierenden Wissenschaften statt“ (20). Die Frage nach der Praxis ist von der Praxis selbst gestellt werden: sozialistische Studenten wollten ihre Berufserwartungen klären. Die wissenschaftskritik hat damit konsequent ihre Hochschulgrenzen überschritten; die revolutionäre Kritik reaktionärer

Wissenschaft hat ihr Zentrum dort, wo diese ihre reaktionäre Praxis hat(21). Die revolutionäre Kritik nahm den Vorsatz der Umgestaltung der Berufspraxis auf. Die Parolen des Winters *BEREITET IM STUDIUM DIE REVOLUTIONÄRE BERUFSPRAXIS VOR und ERLERNT EUREN KLASSENKAMPF*. Damit war zugleich die organisierte Eröffnung einer neuen Front gemeint, in den Institutionen und Berufen. Die Erwartungen der Parolen des Winters 68/69 sind enttäuscht worden; die Studenten sahen sich veranlaßt, sie zu revidieren. Die „revolutionäre Berufspraxis“ ist als eine Organisationsfrage für Revolutionäre begriffen worden. Solange diese nicht gelöst ist, beschieden wir uns damit, von „antikapitalistischer Berufspraxis“ zu sprechen.

Die Diskussion um Berufspraxis hat die Wissenschaftstheorie der Germanistik ins Herz getroffen. Die Ausbildung der Studenten zur Schulpraxis ist nie der Ehrgeiz der elfenbeintürmernen Ordinarien des Faches gewesen, die Germanisten sollten stets im luftarmen Raum eines Praxisvakuum atmen und lernen. Darum haben sie zunächst ratlos die Universität nach dem Examen verlassen. In die Schulen gingen sie einzeln, isoliert und mit der Fackel der Aufklärung und verbrannten doch nur denen, die am nächsten standen, den Bart. Ihr Begriff der Aufklärung war der Feuerbachs: Wissen in *einem* Kopf ist Theorie, in vielen: Praxis. Erst die Schulerfahrungen mit proletarischen Kindern haben den Lehrern eine Lehre erteilt über die klassenmäßige Beschränktheit über die klassenmäßige Beschränktheit der Bewegung und darüber, daß „praktische Intervention, Praxis... ein unentbehrliches Glied materialistischer Erkenntnisprozesse“ (22) ist.

Das 3-Rote-Banner-Papier (diskus 4/69) bestimmt Lehrer als „Agenten des Subjekts, das sie selber nicht sind“. Als realistische Auslegung der unrealistischen Parole „revolutionäre Berufspraxis“ erwies sich: das Vertrauen der Arbeiterklasse in ihrer Organisationsfähigkeit und Kampfkraft bestärken, die autonome Identitätssuche des Proletariats fördern. Es zeigte sich, daß wir uns im Studium nicht hinreichend mit Kenntnissen ausgerüstet hatten, welche spezifische Möglichkeiten sich aus unserer spezifischen Fachausbildung uns aus unseren spezifischen Berufen ergeben, um zum Sturz des Herrschaftssystems beizutragen.

Mit Staunen nahmen wir später wahr, daß das Konzept der Gesamtschule und die Rahmenrichtlinien (RR) wie eine Antwort der SPD auf die Bildungskonzeption des Bundes Deutscher Arbeitgeberverbände konstruiert waren (die Sprachwissenschaft wird in der Gesamtschule und nach den RR ein wichtiges Element des Qualifikationserwerbs sein): „allzu frühe Differenzierung und damit Spezialisierung der schulischen Bildungsgänge im sekundären und tertiären Sektor sind einerseits ebenso gefährlich wie sich

andererseits die breit angelegte betriebliche Bildung als notwendig erweist“ (23) – (Winfried Schlaffke, Bildungssprecher des BDA). Wie eine Antwort darauf liest sich K. Marx in den “Grundrissen“:

“... innerhalb der bürgerlichen, auf dem TAUSCHWERT beruhenden Gesellschaft, erzeugen sich sowohl Verkehrs- als Produktionsverhältnisse, die ebenso viel Mimen sind, um sie zu sprengen“ (24). Die Arbeitskraft soll in der Schule auf das Niveau der modernen Maschinerie gebracht werden; es ist die Aufgabe der revolutionären Lehrer, herauszufinden, wie dieses Wissen als subversives Wissen der Insubordination an die Schule und an die Schüler gebracht wird, im Aufbau der revolutionären “Produktivkraft Bewußtsein“.

Es ist ‘aus der Mode gekommen’, die Wissenschaft kritisierend, Partei zu ergreifen. Die Wissenschaftskritiker an der Universität sprechen nicht als gesellschaftlich Handelnde. Die Praktiker in der gesellschaftlichen Praxis *müssen* sich entscheiden – die Illusion der ‘Entscheidungsfreiheit’ zu brutal von der Praxis geschlagen. Klaus Katarski und Thomas Beyerle haben als Lehrer in Dietzenbach offen für die Arbeiterklasse Partei ergriffen. Ihre Absicht war die praktische Kritik der Unterdrückungswissenschaft, ihre Propaganda: ‘... von der revolutionären Taktik zu den Massen, nicht, wie die Opportunisten schwatzen, von den Massen zur revolutionären Taktik’ (25). Diese Taktik hat das Kultusministerium mit Entlassung und Berufsverbot heimgezahlt, die Opportunisten mit Isolierung. Katarski und Beyerle mußten der Bild-Zeitung Stoff für Ihre reaktionären Schlagzeilen abgeben, die im Volk wieder die Erwartung dressierter Lehrer wachrufen sollten, die aus den Schülern ein Bildnis ihrer eigenen Dressur formen.

Als die Studenten die Universität aufsäsig verließen und nicht mehr bereit waren, in ihrem Beruf ihre Arbeit als “Weißwäscher, Ausredner und Kopflanger“ (Brecht) der Geldleute zu tun, genügte es dem Staat nicht mehr, mit Polizeiknüppeln auf der Straße Ordnung zu stiften, sondern es sollte auch Ordnung in den Köpfen gestiftet werden.

Das besondere öffentliche Gewaltverhältnis, in dem Staatsbeamte stehen, ist im Disziplinarrecht ausgedrückt. Das Disziplinarrecht dient der Erziehung zur Botmäßigkeit, “der Reinhaltung und Erziehung der Beamtschaft zu beamtenmäßigen Verhalten“ (Disziplinarsenat des

OVG f. Nordrhein-Westfalen vom 28.11.1964). Ulrich K. Preuß nennt das Berufsverbot eine stattliche Maßnahme der Entzignung, die Ausgebildeten sollen “um ihr Eigentum, nämlich die Qualifikation der wissenschaftlichen Ausbildung... gebracht werden“. Das Elend der Ausbildung an den Schulen in diesem Staat ist schon jetzt bestürzend. Es wird sich mit den Jahren noch vergrößern, weil der Staat “den Geist seiner Beamten niederknutet. Damit hält er die Besten vom Staatsdienst ab“ (27).

Es darf jedoch keine der Maßnahmen des Staates schweigend hingenommen werde. Je mehr sich der Staat das Ansehen einer Kolonialverwaltung gegenüber “seinem“ Volk gibt, desto breiter und phantasiereicher muß die Bewegung der Restistance werden (28). Für die Universität gilt noch immer, daß die linken Studenten einer gründlichen Analyse und Kritik ihres Berufsbereiches, besonders ihrer Berufsfunktion, und der Zulieferungsfunktion der Ausbildung der Ausbildung benötigen.

## Die Wissenschaft-nützlich für wen?

1968 haben wir proklamiert: *SCHAFFT DIE GERMANISTIK AB!* 1973 antwortet der Wissenschaftsrat bedächtig, ernst und mit Nachdruck: *WIR SCHAFFEN DIE GERMANISTIK AB.*

1968 ist die Germanistik, gegen die sich ein Klima der Unbotmäßigkeit unter den Studenten ausbreitete, eine Ideologiewissenschaft ‘altväterlichen Typs’ gewesen. In dieser Destruktivwissenschaft der Produktivkräfte der Kulturindustrie übernimmt in den siebziger Jahren eine Technologie sprachlicher Kommunikation das Reglement. Sie erhält den Auftrag der Produktion von ‘Produktionswissen’, im Dienst von white-collar-workers. Die Germanistik als Verfahren der Literaturinterpretation wird unter dem Zeichen des Effektivitätsprinzips unter der Herrschaft toter Arbeit über lebendige Arbeit mehr und mehr abdanken müssen. Die Germanistik scheint den Auftrag, Lehrerstudenten in die Denkform der Warengesellschaft in Dienst zu nehmen, ganz an Presse, Rundfunk und Fernsehen abzugeben. Die Umgestaltung der Germanistik gibt einen Reflex der Strukturveränderung der Kulturwissenschaften, in denen die bisher “allein mit Ideologienproduktion befaßten Fächer in technische Disziplinen

(umgewandelt werden) und damit die betreffenden Wissenschaftler aus den angemaßten Höhen alles überschauender Weltinterpretation die Niederungen eines sozialtechnischen Ingenieurdaseins (stürzen)“ (Wolfgang Lefèvre). An den Bundeswehrhochschulen wird “Informatik“ gelehrt; vielleicht wird diese “Schule der Nation“ der Linguistik, Kommunikationswissenschaft, Texttheorie und anderen Fächern aus dem Bereich der sprachlichen Technologie den Weg weisen und dem luxuriösen Selbstverständnis der Kulturwissenschaften eine Idee der Nützlichkeit bebiegen.

1968 haben wir ein Defizit von Praxis in der Germanistik zur Sprache gebracht. 1973 kann man einen Überhang von Praxis der Sprachwissenschaft ausmachen. Praktisch soll sie für die Produktion und die Zirkulation von Waren werden.

1968 haben wir die Germanistik als ‘Luxuswissenschaft’ für wenige und für eine Klasse denunziert. Zu diesen Zeiten konnte auf Germanistentagen ein Vortrag über “Goethes Wolkenlehre“ gehalten werden, als bedürfte es noch eines Beweises für die Verhimmelung der realen Basis mit dem Instrumentarium des Faches. In den siebziger Jahren findet vom Klassenstandpunkt des Kapitals aus eine ‘Vermassung’ der Elitewissenschaft in eine Wissenschaft der sprachlichen Kommunikation und deren technische Nutzung statt. Hans Glinz zieht es vor, einen Germanisten “Fachmann für Kommunikation in deutscher Sprache“ zu nennen. “Sprachkompetenz“ und “literarisches Kommunikationsvermögen“ sollen in die Fähigkeit der Auszubildenden eingehen. Literaturwissenschaft mit dem Auftrag der Ideologiebildung wird schon jetzt von der Sprachwissenschaft als Qualifikationsfach an die Wand gedrückt.

Wie im Wettstreit um die Verachtung der Dialektik mit der stalinistischen Legitimationsästhetik (“Primat des Inhaltes“) meldet sich die bürgerliche Wissenschaft (“Primat der Form“): “Alles Geschriebene kann und soll Gegenstand der Analyse werden, auch und gerade die zum alldinglichen Verbrauch bestimmten Erzeugnisse der Presse und Wohnindustrie. Bei solcher Analyse kann es sich freilich ganz und gar nicht um Untersuchung von Inhalten handeln, Wert und Unwert, Wahrheit oder Irrtum eines Hirtenbriefes, eines Gesetzes oder einer Parlamentsrede zu beurteilen, hieße Theologien, Juristen oder Politologen ins Handwerk pfuschen und einem hemmungslosen Dilletantismus Tür und Tor öffnen. Ziel einer solchen Analy-

se kann vielmehr eine literarische Formenlehre sein, die Untersuchung von Aufbauschemata, Argumentationsmodellen, rhetorischen Formen“ (29). Gegen einen derartigen formalistischen Reduktionismus hat die Studentenrevolte die Germanistik als Gesellschaftswissenschaft zu konstituieren. In Brecht hatte sie, nicht von der Analyse, sondern von der Produktion von Texten aus, einen guten Kronzeugen: “(Die Form) ist nichts Äußeres, etwas, was der Künstler dem Inhalt verleiht, sie gehört so sehr zum Inhalt, daß sie dem Künstler oft selbst als Inhalt vorkommt”. Der Konservatismus von Regeltechnikern wie H. Singer ist bei Habermas in “Theorie und Praxis” erklärt: “Der Konservatismus überlebt. . . in einer dynamischen Gesellschaft wie der unsrigen gerade als elastische Anpassung an den im Gefolge technischer Neuerungen institutionalisierten ‘Fortschritt’ “(30).

Die Forderungen der Studenten der Revolte sind alle ins Ziel gelaufen, wenn auch unter den Fahnen der Bourgeoisie. Es hat unterwegs einen Fahnenwechsel gegeben, von vielen unbemerkt. Sprach- und begriffslos und wortreich werfen sich die Fahnenträger der alten Germanistik zu den Verteidigern der Kultur und ihrer Wissenschaft auf, wo nicht mehr das ‘Ende der Literatur’ propagiert wird, sondern das *Ende der Literaturwissenschaft vollzogen*. Benno von Wiese, ein Kirchenvater der phänomenologischen Methode, erhebt sich wie zu ihrer Rettung mit einer pfäffischen, kraftlosen Rede zur Verteidigung der Immanenz und mit einer emphatischen Beschwörung des vollen, satten Lebens der Literaturwissenschaft, die er tonlos und ohne Hoffnung ausspricht (31). Diese Vertreter der alten Germanistik, die zag und donquichotteresque gegen die Windmühlenflügel der Subsumierung der Literaturwissenschaft unter die Kapitalverwertung gallopierten, werden nicht einmal mehr die Kampffront der Verteidiger des materialistischen Verfahrens in der Interpretation sein.

Linke Assistenten in Marburg und Dortmund empfehlen, “Literatur bewußt als Mittel zur Veränderung des Bewußtseins der Schüler“ einzusetzen (32), unbeschadet der Umgestaltung des Literaturunterrichts zum Sprachunterricht, wie wenn nicht die Rahmenrichtlinien aus der Literaturwissenschaft einen ‘Hinterbänkler’ gemacht hätten und zur Analyse von Gebrauchstexten raten. Die Erzieher geben kein praktikables, handhabbares Wissen weiter und lasse die Lehrerstudenten

blind in die Fallen laufen, die schon lange aufgestellt sind. *DER BEWEGUNG WERDEN SOLANGE DOGMATISMUS UND REFORMISTISCHE HALBHEITEN ANHAFTEN, WIE SIE SICH NICHT RECHENSCHAFT ÜBER DIE GESCHICHTE DER REVOLTE ABGELEGT HAT* Solche Rechenschaften wurden bisher nur mit dem erhobenen Zeigefinger des Parteistandpunkts veröffentlicht.

Der Emanzipationskampf der Germanistik war immer von der Hoffnung getragen, der Bourgeoisie das Reglement für die Dressur der Dresseure, die Ausbildung der Ausbilder zu entreißen. Das Ringen fand solange auf dem Feld der Ausbildung statt, bis wir begriffen haben, daß die kritischen Bemühungen der linken Germanistik die Luxuswissenschaft den Unternehmern brauchbar gemacht hat. *VOM STANDPUNKT DER UNTERNEHMER ALS IST ETWAS ANDERES LUXURIÖS ALS VOM STANDPUNKT DER UNTER-NOMMENEN AUS*. Der Wert der sprachlichen Produkte liegt für das Kapital in ihrer Verwertung. So hat ein Strip-tease der humanistischen Bildungsideale der Bourgeoisie stattgefunden. Jetzt stehen sie ganz nackt da und bieten keinen schönen Anblick.

Die Studenten der Rebellion stehen vor den abscheulichen, mißwüchsigen Kreaturen, bei deren Geburt sie ahnungslos beteiligt waren, unschlüssig, ob sie resignieren sollen. Noch die Abdankung der neuen Sensibilität, aller kulturrevolutionären Anstrengungen und der Ausweg in die stalinistische Legitimationsästhetik bei KSV und KPD (Berlin), die Verklärung der proletarisch-revolutionären Literatur der zwanziger Jahre ist ein Fluchtweg. Diese Genossen tragen zu große, abgetragene Kleider aus der Revolutionsgeschichte und schlurfen in zu weiten Schuhen. Noch in dem revolutionären Pathos ihrer alten, erkalteten Sprache aus den Klassenkämpfen der Weimarer Republik glauben die Genossen eine Identifikationshoffnung erfüllt zu sehen.

Der linke Radikalismus der Parole “Schafft die Germanistik ab” hat gegenüber allen Reformillusionen Recht behalten. Die Ausweitung vom Stoff der Analyse in den Raum der „niederen sprachlichen Produktion“ von der Trivialliteratur bis zum Werbetext, die Entdeckung der Sprache von Schichten und Klassen konnte der Germanistik nicht die Aura folgenlosen Denkens nehmen. Sie hat aber eine Aufwertung erhalten als tauglich für den Gebrauch in

der Produktion und Zirkulation von Waren. Die Entdeckung der schichtenspezifischen Sprache erlaubt es dem Werbeagenten, dem Käufer aus dem Proletariat und aus den Zwischenschichten *in seiner eigenen Sprache* zu erklären, mit welcher Ware er sein Glück machen kann. Die alte Germanistik der Brüder Grimm hat sich für den Gebrauch des Kapitals verjüngt, als ihr unter den Schlägen der Rebellion Glieder abgeschlagen und neue angefügt wurden.

Den rebellischen Studenten der Revolte galt das aufsässige Denken als einer der “großen Genüsse” (Brecht). Heute ist das Denken an der Universität ein mürrisches und lustloses Pflichtstück des Studienkanons geworden; und wenn es sich noch einmal zu einer kämpferischen Auseinandersetzung aufschwingt, dann im geschlossenen Gehege einer Parteizeitung und in der hölzernen Gangart der Parteien. — Im Anblick der Reformen der Germanistik, die auf die Züge der Bourgeoisie aufgesprungen sind und nicht auf die Züge der Emanzipation, im Anblick der — noch lebensmutigen — Reformillusionen, als Illusion der Umgestaltung, tut man gut daran, sich des “Lieds vom Ausweg” aus “Die Mutter” von Brecht zu erinnern, als Mascha der Mutter Pelagea Wlassowa sagt, wie man um einen Teller Suppe kämpft:

*“Du mußt den ganzen Staat von unten nach oben umkehren bis du deine Suppe hast. Dann bist du dein eigener Gast.”*

Die Frage nach der Umgestaltung der Germanistik vom folgenlosen zum eingreifenden Denken wird auf der Schule und Hochschule gestellt, aber dort nicht letzten Endes ausgefochten. Genscher will die Verfassung zur Richtschnur der Wissenschaft machen, das Bundesamt für Verfassungsschutz wird sich wieder zum Schiedsrichter über die Grenzen wissenschaftlicher Legalität aufwerten wollen. Dabei wird es, beim Genossen Brückner oder anderen, nach dem Vorschlag prozedieren *“FOLGELOSIGKEIT IST DER PASSEPARTOUT FÜR DEN ‘GEIST’”* (33).

**Peter Mosler**

Der Artikel wird — trotz seines Umfangs — im nächsten “diskus” fortgesetzt (Berufsverbot, Mehtodenpositivismus: der Staat nutzt die Entmischung der Bewegung zu einem Roll back — KPD, KSV: die Schwalbe der antiautoritären Bewegung macht noch keinen

Sommer befreiter Verkehrs- und Denkformen – Die materialistische Literatur- und Sprachwissenschaft muß das Selbstverständnis der Bourgeoisie mit der Säure des Geschichtsmaterialismus zerfressen und die Interessenten die Interessen bloßlegen – Den status quo der Intellektuellen politisieren)

1) H.M. Enzensberger, Gemeinplätze, die Neueste Literatur betreffend, in: Kursbuch 15/1968, S. 187  
 2) entfällt  
 3) Literaturtheorie des KSV/KPD in "Materialistische Wissenschaft" 1 und 2, Oberbaum Verlag, Berlin 1071. Zum Parteschematismus, der Vulgärdialektik der ästhetischen Theorien dieser Gruppe äußert sich Hans Christoph Buch ("Rot, röter, am rötesten. Gegen den Vulgärmarxismus in der Literaturkritik", in: Literaturmagazin 1, das neue buch rowohlt 38, S. 24-42). In dem Galopp der vulgärmarxistischen Plattheiten der ästhetischen Theorien von KPD/KSV zieht gerade mit einigen Längen Vorsprung in die Zielgerade: "Die Kunst gehört dem Volk" Protokoll des Kulturkongresses der KPD in Dortmund am 20. Mai 1973. So sehr der Kunstverstand des Volkes durch die Massenkultur der Kulturindustrie ruiniert ist, steht er noch hoch genug, die Angebote von der "Kulturfront der KPD" auf Aneignung in Volkseigentum zurückzuweisen. Im Stil aufschneiderischer Gassenbuben versuchen die Genossen der KPD, nachdem sie mit ihrer Theorie und Taktik die Idee der Partei in Mißkredit gebracht haben, nun die Idee der revolutionären Kunst in Verruf zu bringen. Dies Unternehmen wird, wenn nicht von der Tätigkeit der revolutionären Kunst- und Lite-

raturproduzenten, von keinem zu Fall gebracht werden.  
 4) B. Brecht, Arbeitsjournal, S. 157/158  
 5) Gerhard Zwerenz, Kopf und Bauch, Frankfurt 1973 (Fischer Taschenbücher 1360)S.110  
 6) Germanistik – eine allzu deutsche Wissenschaft, in: diskus Jg. 18/1968 Nr. 3  
 7) Die blaue Blume errötet, in FU-Spiegel, Jg. 14/Okttober 1968  
 8) Basisgruppe Walter-Benjamin-Institut, Schafft die Germanistik ab! in: Universität und Widerstand, Frankfurt 1968, S. 159 (res novae provokativ)  
 9) Schafft die Germanistik ab! S. 163  
 10) B. Brecht, Arbeitsjournal, S. 632 (aus der Eintragung vom 10.10.43)  
 11) siehe alternative 56/57 (Walter Benjamin) und 59/60 (Walter Benjamin II)  
 12) Karl Marx, aus der dritten These über Feuerbach  
 12a) Giacomo Marramao, Zum Verhältnis von Politischer Ökonomie und Kritischer Theorie, in Ästhetik und Kommunikation 11/1973, S. 39  
 12b) siehe dazu den Aufsatz von G. Marramao. Diese Aufgabe ist, als Kritik ihrer Geschichte, eine Aufgabe der materialistischen Literaturwissenschaft!  
 13) Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung, Philosophische Fragmente, Amsterdam 1947 (Querido), S.161  
 14) B. Brecht, Arbeitsjournal, S. 632 10.10.1943)  
 15) W. Benjamin, Eduard Fuchs, der Sammler und der Historiker, in: Benjamin, Angulus Novus, S. 314  
 16) ebd., S. 326  
 17) H.J.Krahl, Konstitution und Klassenkampf S. 56  
 18) W. Benjamin, Der Autor als Produzent, in: Benjamin, Versuche über Brecht, S. 116 (edition suhrkamp 172)

19) alternative 59/60, S. 90  
 20) Bodo von Greiff, Berufspraxis und Studium der Soziologie, in: neue kritik Nr. 53/1969, S. 54 (Zeitschrift für Sozialistische Theorie und Politik des SDS)  
 21) siehe Rote Presse Korrespondenz Nr. 3/1969, 1. Jg., S. 9  
 22) Peter Brückner, Kritik der Linken (RLV-Text), Erlangen 1973, S. 19  
 23) Eberle: Schlafcke, Gesellschaftskritik von A - Z, Köln 1972, S. 24  
 24) Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 77  
 25) aus einem Papier der Dietzenbacher Lehrer  
 26) zur 'innerstaatlichen Feinderklärung in der BRD' siehe Peter Brückner/Alfred Krovoza, Staatsfeinde, Rotbuch 40  
 27) B. Brecht, Tui-Roman, (edition suhrkamp 603) S. 59  
 28) siehe Peter Brückner, Opposition als Resistance, in: Darmstädter Studentenzeitung Nr. 133/1973. Der Aufsatz wird demnächst nachgedruckt in: Rote Hilfe Info, und Sozialistisches Jahrbuch 1973  
 29) Helmut Sinder, Literatur, Wissenschaft, Bildung, in: Ansichten einer künftigen Germanistik, München 1969, S. 54  
 30) Habermas, Jürgen, Theorie und Praxis, Neuwied und Berlin 1963, S. 228  
 31) Benno von Wiese, Ist die Literaturwissenschaft am Ende? In: FAZ, 13. Okt. 1973, Bilder und Zeiten  
 32) Hanno Möbius: Elke Nyssen Deutschunterricht als Praxisbezug der Hochschulgermanistik, in: Wissenschaftskritik und sozialistische Praxis Fischer-Taschenbuch 6218, 1973  
 33) (zuerst veröff. 1972), S. 174  
 34) B. Brecht. Tui-Roman. S. 8  
 (dieser Aufsatz wäre ohne die Diskussion mit Genossen G.L. nicht geschrieben worden, P.M.)

# Buch

laden  
 Verlag 2000

Frankfurt  
 Jügelstraße 1  
 (Studentenhaus)

Studienliteratur  
 linke Verlagsprogramme

(nicht vorrätige Bücher  
 besorgen wir)

# Studienreformdiskussion bei den Juristen: Bedingungen für ein fortschrittliches sozialwissenschaftliches Grundstudium.

Am juristischen Fachbereich wird zur Zeit ein Studienreformmodell diskutiert, das sich im wesentlichen durch ein sozialwissenschaftliches Grundstudium von bisherigen Reformansätzen unterscheidet. Für Viele reicht dieses Etikett allein schon aus, um dieses sog. 'Wiesbadener Modell' für eine sensationelle Erneuerung der Juristenausbildung zu halten. Wie weit es damit jedoch in Wirklichkeit her ist, wird erst dann deutlich, wenn man sich mit der Funktion eines solchen Grundstudiums grundsätzlich auseinandersetzt, daraus Forderungen entwickelt, und an diesen Forderungen das vorliegende Modell mißt.

In diesem Artikel sollen daher die Grundbedingungen für ein fortschrittliches sozialwissenschaftliches Grundstudium diskutiert werden.

Das Studium darf weder als elitärer Selbstzweck noch als Freiraum für pseudo-revolutionäre Sandkastenspiele betrachtet werden. Die entscheidende Funktion des Studiums ist die Vorbereitung auf die spätere Berufstätigkeit. Dieser Aspekt muß daher bei der Diskussion über Studienreform Vorrang haben. Dabei ist 'Berufstätigkeit' kein pragmatisch-neutraler Begriff; er muß selbstverständlich im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Realität gesehen werden – der kapitalistischen Klassengesellschaft.

Wie sieht diese Berufstätigkeit für die Juristen unter den heutigen Bedingungen aus?

Die allgemeine Zentralisierungstendenz in Staat und Wirtschaft hat sich auch auf die juristischen Berufe ausgewirkt. Die Polarisierung in eine relativ kleine Herrschaftselite und anwachsende Masse von dequalifizierten, sozial ungesicherten 'Subalternen' zeichnet sich in den meisten juristischen Berufen ab. Um nur die gravierendsten Beispiele zu nennen:

1/3 aller Rechtsanwälte arbeiten inzwischen in lohnabhängiger Stellung in großen Anwaltsbüros, von den übrigen 'freiberuflichen' müssen 10 % mit einem Einkommen auskommen, das an der Grenze des Existenzminimums liegt, – während die sog. Staranwälte sich um ihre Millionen keine Sorge zu machen brauchen. 1)

In Wirtschaft und Verwaltung verschärft sich die Kluft zwischen den privilegierten Führungskräften in Vorstandsetagen und Ministerialbürokratie und der Masse der 'Sachbearbeiter' mit reduzierter Qualifikation. Letztere sind inzwischen zu dem konjunkturabhängigsten Beruf geworden: Bei Rezessionen läßt

man am schnellsten den juristischen Wascherkopf zur Ader.

Die Qualifikation durch Studium für die spätere Berufstätigkeit ist im juristischen Bereich so unzulänglich geworden, daß für viele erst durch eine Spezialausbildung nach Studium und Referendarzeit die eigentliche Vorbereitung für den Beruf beginnt. (z.B. für die meisten Verwaltungsjuristen) Denn immer noch werden Juristen ausschließlich auf den Beruf des Richters gedrillt, obwohl nur 1/3 tatsächlich später in die Justiz geht. Solche Fehlinvestitionen kann sich ein moderner monopolkapitalistischer Staat nicht leisten, daher ist inzwischen wohl auch der letzte Reaktionär bei den Juristen für eine Reform der Ausbildung. Zu dieser kapitalistischen Modernität gehört jedoch vor allem eine stärkere Orientierung an möglichst rationaler Verwertung des notwendigen Juristenmaterials. Das bedeutet konkret: Breitere Qualifikation – gerade auch in Sozialwissenschaften – für die kleine Herrschaftselite, denn das Beherrschen der Schaltstellen der kapitalistischen Machtausübung will gelernt sein. Für die Masse der Studenten soll es jedoch bei einer Schmalspurausbildung bleiben, da sie als reduzierte Spezialisten nur für kurzfristige Verwertung von Interesse sind.

Diese Trennung in Heloten- und Elitestudium ist als allgemeine Tendenz in der gesamten Juristenausbildung abzulesen. Wo eine qualifizierte Einphasenausbildung geplant ist, wird sie beschränkt durch einen NC, der Rest macht im alten Trott weiter. Studienreform bedeutet für sie nur Komprimierung und Entrümpelung des Stoffs, und verschärfter Leistungsdruck. 2)

Da das geplante Einphasenmodell, das am juristischen Fachbereich diskutiert wird, von vornherein den NC mit einplant und auch nur in Frankfurt praktiziert werden soll, müssen wir dagegen unsere Forderung richten:

Keine Trennung in Heloten- und Eliteausbildung, für alle gleiche Qualifizierungschancen. Keine Beschränkung einer qualifizierten Ausbildung durch NC!

Nach der Darstellung der ökonomischen Aspekte der juristischen Berufstätigkeit nun zu ihrer gesellschaftlichen Aufgabenstellung, und den entsprechenden Schlußfolgerungen für die Studienreform.

Im Rahmen der sich verschärfenden Klassengegensätze tritt der politische Charakter der Berufstätigkeit der Juristen

immer deutlicher zu Tage. Der Schein der Wertneutralität läßt sich immer schwerer aufrechterhalten. Der Richter, der über Berufsverbote urteilen soll, der Verwaltungsjurist, der die Eigentumsinteressen der Bodenspekulanten gegen die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung durchsetzen soll, der Wirtschaftsjurist, der die Schließung einer Fabrik vorbereiten soll, die tausenden von Arbeitern den Arbeitsplatz kostet – sie alle stehen im Brennpunkt der gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen und werden zur Parteinahme gezwungen. Diese Parteinahme darf dabei nicht nur als Akt der individuellen Entscheidung gesehen werden. Sie ist vielmehr abhängig vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis. Nicht das Individuum "Jurist" entscheidet endgültig über Berufsverbote. Stadtzerstörung und Massenentlassungen, sondern die Stärke und der Einfluß der demokratischen Massen- und Arbeiterbewegung. Daher ist es auch ein großer Irrtum, wenn jetzt einige Engagierte in Sachen Studienreform meinen, ein aufgeklärter, rational denkender Jurist mit ausgeprägtem Gerechtigkeitsdenken könne diese Probleme in demokratischem Sinne bewältigen. 3) Denn Klassenkampf wird nicht durch bessere Erziehung überflüssig, sondern ist ein harter Kampf um Machtpositionen.

Daher können demokratische Lehrinhalte im Studium nur dann etwas bewirken, wenn sie als Vorbereitung für eine demokratische Berufspraxis verstanden werden.

Die wesentlichen Inhalte dieser demokratischen Berufspraxis – es gibt, wohlgeachtet, auch für subjektive und organisierte Sozialisten keine objektiv sozialistische Berufstätigkeit im Kapitalismus! – müssen sein: Aktiver und spezifisch beruflicher Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft, berufliche Tätigkeit zum Nutzen der arbeitenden Bevölkerung. Unterstützung ihres Kampfes um demokratische und soziale Rechte, aktive Unterstützung der Friedenssicherung und Solidarität mit der antiimperialistischen Befreiungsbewegung. Dazu gehört auch die eigene gewerkschaftliche Organisiertheit und die Unterstützung des kollektiven Kampfs der Arbeitskollegen zur Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen und zur Erringung von echten Mitbestimmungspositionen. Damit Studenten gemäß dieser Zielsetzung ihre spätere Berufstätigkeit gestalten können, müssen sie gründliche Kenntnisse über die gesellschaftlichen Voraussetzungen und Wir-

kungsweisen ihres Studienfaches und damit ihres späteren Berufsfeldes vermittelt bekommen.

Die Einsicht in diese Grundlagen wird durch den gegenwärtigen Studiengang systematisch versperrt. Schon die organisatorische Durchführung des Studiums schiebt hier einen Riegel vor: Die fachbornierte Trennung der Einzelwissenschaften schafft ihnen eine Scheinautonomie, die die Erkenntnis ihrer Abhängigkeit von den Strukturen der Gesellschaftsordnung zerstört. Ein Beispiel dazu aus dem Gebiet der Rechtswissenschaft: Wer erklärt, daß in einer Klassengesellschaft Rechtsnormen und -anwendung entscheidend von den Interessen der jeweils herrschenden Klasse bestimmt werden, wird zum Ketzer erklärt, und (wie einige Fälle schon gezeigt haben) sogar mit Berufsverbot bedroht. Die politologischen Untersuchungen über das Gesetzgebungsverfahren und die soziologischen Untersuchungen über das richterliche Handeln haben diesen Tatbestand jedoch längst bewiesen. Ein Grund für die Juristen, Kenntnisse solcher Art aus diesen Bereichen tunlichst von ihren Studenten fernzuhalten. Selbst wenn man sich in den Einzelwissenschaften unter partieller zu Hilfe-nahme anderer Wissenschaften dazu durchringen würde, den Studenten zu Beginn des Studiums einen Einblick in die gesellschaftlichen Grundlagen zu vermitteln, würde die Verzerrung der Realität durch Fachborniertheit nicht aufgehoben, wenn dies weiterhin nur gefärbt durch die Brille des Juristen, des Wirtschaftswissenschaftlers oder Psychologen geschieht. Die Einsicht in die Gesellschaftliche Totalität wird zerstört, wenn sie von vorn herein für die Einzelwissenschaften zu-rechtgeschnitten wird. An der Situation würde sich ebenfalls nichts ändern, würde man das Bemühen um die Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Abhängigkeiten auf den Studienbeginn verbannen, und danach im alten, isolierten Trott weiterarbeiten.

Daraus ergeben sich zwei Forderungen für das Sozialwissenschaftliche Grundstudium:

1. Alle Sozialwissenschaften müssen gemeinsam dieses Grundstudium gestalten und durchführen. Auch wenn dies durch die gegenwärtige Universitätsstruktur organisatorische Schwierigkeiten mit sich bringt, muß diese Forderung anzustrebendes Ziel bleiben, soll das Grundstudium nicht eines wesentlichen Effekts beraubt werden.

2. Die in diesem Grundstudium erlernten sozialwissenschaftlichen Methoden und Kenntnisse müssen auch im weiteren Fortgang des Studiums Grundlagen für die Arbeit sowohl in theoretischen als auch praktischen Gebieten bleiben und entsprechend erweitert werden.

Nun zur inhaltlichen Ausgestaltung des Grundstudiums. Zunächst muß klar-gestellt werden: Die herkömmlichen, von bürgerlichen Ideologien geprägten Sozialwissenschaften dienen zur Stabilisierung des monopolkapitalistischen Systems und sollen die Studenten zu Konfliktlösern in diesem Sinne, zur Integration von Widerstand und antikapitalistischer Alternative ausbilden. Daher nimmt es nicht Wunder wenn auch reaktionäre Bildungs-reformer zuweilen bessere sozialwissen-schaftliche Grundlagenkenntnisse fordern. Im juristischen Bereich führte dies zur Brechung des Juristenmonopols: Wer in der Bürokratie und bei Konzernen etwas werden will, muß über sozialwissenschaftliche Kenntnisse verfügen – denn er soll ja Streiks abwürgen, Protestdemonstrationen unterlaufen und Mitbestimmung in harmlose Mitwirkung umfunktionieren können. Und dazu braucht man heute eben feinere Methoden als Paragraphen oder nackte Gewalt.

Sozialwissenschaften für eine demo-kratische Berufsperspektive müssen also genau das Gegenteil beinhalten: Statt Ver-schleierung der kapitalistischen Herr-schaftsverhältnisse ihre Aufdeckung, statt Resignation oder Integration von Wider-stand gegen Ausbeutung und Unterdrückung seine Ermutigung, statt geschichts-losem Fatalismus und Zementierung des status quo das Aufweisen der Perspekti-ve der revolutionären Veränderbarkeit.

Das soll aber nun nicht heißen, man solle sich nur mit marxistischen Sozial-wissenschaften beschäftigen, weil diese am besten den oben genannten Anspruch erfüllen können. Das wäre eine fatale Ver-kennung der gesellschaftlichen Wirklich-keit, die gerade von diesen bürgerlichen Ideologien beherrscht wird, denen man dann gänzlich das Feld überlassen würde, Im Gegenteil: die Überlegenheit der marxistischen Theorie erweist sich ja gerade in der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Theorie und erfordert daher auch deren genaue Kenntnis. Zudem darf nicht vergessen werden, daß die bür-gerliche Theorie kein monolithischer Block ist, daß es dort reaktionäre und fortschritt-liche Richtungen gibt, und daß diese auch in der Lage ist, wichtige wissenschaftliche

Teilergebnisse zu erarbeiten, die von Marxisten aufgenommen und verarbeitet werden müssen. 5) Ziel des sozialwissen-schaftlichen Grundstudiums sollte sein, den Studenten einen Zugang zur Erkenntnis der objektiven gesellschaftlichen Realität zu vermitteln. Dazu gehören folgende Schwerpunkte:

1. Darstellung der historischen Ent-wicklung der Gesellschaft. Die politischen Herrschaftssysteme müssen auf die Ur-sachen ihrer Wandlung während verschiede-ner Geschichtsepochen untersucht wer-den. Dabei muß insbesondere die Bezie-hung von gesellschaftlicher Produktion und der Eigentumsverhältnisse und ihre Auswirkung auf die politischen Herrschaftsstrukturen berücksichtigt wer-den.

2. Darstellung der Wirkungsweisen und wechselseitigen Abhängigkeiten der gesell-schaftlichen Bereiche der Produktion, Re-produktion und politischen Herrschafts-verhältnis. Die Auswirkung, die das jewei-lige Produktionsverhältnis (=Entwick-lungsstand der Produktivkräfte, Eigen-tumsverhältnisse, Distribution und Orga-nisation der Arbeit) auf alle übrigen gesell-schaftlichen Bereiche hat, muß unter-sucht werden, um daraus Schlußfolgerun-gen auf die Gesetzmäßigkeit der gesell-schaftlichen Entwicklung zu ziehen.

3. Darstellung der Stellung des Indivi-duums in der Gesellschaft. Die Auswir-kung seiner Stellung in dem System der gesellschaftlichen Produktion auf seine Klassenzugehörigkeit und damit auf sei-nen Einfluß auf die gesellschaftliche Ent-wicklung muß erklärt werden. Dabei ist auf die Frage der Bewußtseinsentwick-lung des Individuums über seine Stellung in der Gesellschaft einzugehen, und die Rolle des Einflusses der gesellschaftlich herrschenden Ideologie auf diese Ent-wicklung.

Bei der Untersuchung dieser Schwer-punkte wird sich erweisen, in welchem Maße viele bürgerliche gesellschaftswis-senschaftliche Theorien nicht mehr in der Lage sind, die objektive gesellschaftliche Realität auch nur annähernd zu erken-nen und darzustellen. Aus Furcht vor den sich daraus ergebenden Konsequenzen müssen sie sich darauf beschränken, Ein-zelfakten isoliert darzustellen oder sich in nichtssagenden Allgemeinplätzen über 'das menschliche Wesen an sich' zu erge-hen, deren platte Ideologiewirkung als Rechtfertigung des gesellschaftlichen Status quo offenkundig ist.

Nach dem Studium dieser allgemei-

nen Grundlagen der Gesellschaft muß darauf hingewirkt werden, daß bei der nun einsetzenden Spezialisierung auf spezifische Fachgebiete – der konkreten Vorbereitung auf die spätere Berufstätigkeit – das Gelernte weiterhin angewandt wird. Denn die genaue Kenntnis der gesellschaftlichen Auswirkungen auch der fachspezifischen Tätigkeit ist Voraussetzung für ein demokratisches Handeln im späteren Beruf.

Es wäre eine Illusion, zu glauben, man könnte ein durch die marxistische Methode geprägtes Studium isoliert an der Hochschule erkämpfen. Das würde vergessen machen, daß der Marxismus mehr ist als irgendeine Wissenschaftstheorie, daß er die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse ist, die ihr den Weg aufzeigt zur Überwindung des Kapitalismus und damit zur Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung.

Daher wird das Fußfassen des Marxismus an den Hochschulen von den Nutznießern dieses Kapitalismus mit allen Mitteln bekämpft. Es wird daher von der Stärke der Gesamtheit der demokratischen Bewegung abhängen, ob und wie weit man diese Forderungen an der Hochschule durchsetzen kann. Dazu ist das Bündnis von fortschrittlichen Hochschulangehörigen und Arbeiterklasse Voraussetzung und muß daher in all unseren Aktionen – auch und gerade in Bezug auf die Studienreform – vorangetrieben werden. Das stellt uns konkret vor die Aufgabe, Diskussionen um die Studienreform nicht wie bisher, isoliert an der Uni, zu führen, sondern dazu Vertreter der arbeitenden Bevölkerung einzuladen, und an die gewerkschaftlichen Aktivitäten in dieser Frage anzuknüpfen. Ein erster Erfolg in dieser Richtung sind die Kongresse der GEW, BdWi und VDS, die in diesem Jahr begonnen haben, und die ihre Bemühungen um die Einbeziehung auch der Industriegewerkschaften in diese Diskussion intensiviert haben. 4)

Aber auch die Kontakte zu demokratischen und gewerkschaftlich organisierten Vertretern unserer eigenen Berufe sollten verstärkt werden, um der Gefahr zu entgehen, realitätsferne Studienreformvorstellungen zu entwickeln, die die notwendige Verbindung mit der Praxis vernachlässigen.

Jede demokratische Studienreform steht und fällt mit dem Charakter der Hochschulreform. Die Gefahr, daß fortschrittliche Studienreformkonzeptionen durch eine reaktionäre Hochschulverfas-

sung unterlaufen werden, besteht real in der Gestalt des HRG. Durch die Regelstudienzeit des HRG können kritische Lehrinhalte eliminiert werden, eine wirkliche Mitbestimmung der Studenten wird unmöglich gemacht. Wer es also ernst meint, mit der Studienreform, muß sich am Kampf gegen das HRG beteiligen. Entscheidend ist, daß wir schon jetzt beginnen, uns für die Verwirklichung einzelner Inhalte der Studienreform in den Lehrveranstaltungen einzusetzen.

Wenn wir uns dort Kampfpositionen schaffen, wird es nicht so leicht sein, diese Präjudizien durch eine Reform von Oben zu beseitigen. In allen Lehrveranstaltungen müssen wir Diskussionen über die Notwendigkeit einer solchen Studienreform anregen, und unsere Kräfte dafür einsetzen, wenigstens in einigen Seminaren und Tutorien Lehrprogramme mit entsprechenden Inhalten durchzusetzen.

Die Zusammenarbeit der Studenten der Fachbereiche, für die dieses Grundstudium in Frage kommt, muß intensiviert werden. Dieser Appell gilt insbesondere den Fachschaften: sie sollten Arbeitskreise über Studienreformen durchführen, und diese mit anderen Fachschaften koordinieren. Ein wichtiger Aspekt hierbei ist das Bündnis mit fortschrittlichen Teilen des Lehrkörpers, die in diese Diskussionen aktiv mit einbezogen werden müssen. Dabei muß ein verstärktes Augenmerk auf die Berufungen gerichtet werden. Durch eine geschickte Berufungspolitik; zu ihren Gunsten schaffen, die

---

Sie finden bei uns Literatur folgender Fachgebiete:

---

Philosophie, Soziologie, Psychologie, Pädagogik, Geschichte, Politische Wissenschaft.

---

Allgemeine Sprach- und Literaturwissenschaft, Germanistik, Romanistik, Anglistik, Altphilologie.

---

Volkswirtschaftslehre  
Betriebswirtschaftslehre  
Rechtswissenschaft

nicht mehr revidierbar sind. Wie wichtig diese Frage ist, zeigen die Bemühungen der Uni-Bürokratie, die Berufung von Sozialwissenschaftlern bei Juristen zu verhindern (z.B. die Berufung des Politologen Narr) um auf diesem Weg ein sozialwissenschaftliches Grundstudium an 'organisatorischen Möglichkeiten' scheitern zu lassen.

Ebenfalls wichtig ist die überregionale Zusammenarbeit der einzelnen Fachbereiche. So können reaktionäre Tendenzen von Studienreformprojekten an einigen Universitäten mit 'ruhigem Klima' als Versuchsballon gestartet werden, frühzeitiger und somit wirksamer bekämpft werden. Eine gute Arbeit in dieser Richtung hat der VDS geleistet, der für die meisten Studienfächer Projektbereiche organisiert hat, in denen die Vertreter der Universitäten ihre Erfahrungen austauschen können, um gemeinsame Strategien und Konzeptionen zu entwickeln. Last but not least ist jedoch der persönliche Einsatz jedes Einzelnen entscheidend, der nicht vor den unzulänglichen Studienbedingungen resigniert, sondern bereit ist – auch für künftige Studentengenerationen – ihre Veränderung zu erkämpfen.

#### Sabine Wendt

- 1) Materialien des VDS-PB Jura über die Klassenlage der Juristen
- 3) So in der Einführung zum Wiesbadener Modell zur Juristenausbildung
- 3) Hochschulaktionsprogramm des MSB, S.42
- 4) Facit Nr. 30: Paul Schäfer, Probleme und Perspektiven der Studentenbewegung
- 5) Facit Nr. 30, K.H. Heinemann, Marxismus kontra bürgerliche Ideologie

---

## Wissenschaftliche Buchhandlung Theo Hector



---

Frankfurt am Main  
Gräfstraße 77, an der Universität  
Telefon 777303 und 779683

# HRG:

## Den Rahmen bestimmen die Profitinteressen.

Ohne die massive Kritik der demokratischen Verbände anlässlich des Hearings am 24.7. wirklich zu berücksichtigen, konnte Bundesminister von Dohnanyi seinen Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes (HRG) am 30.8. im Bundeskabinett nahezu unverändert durchbringen. Am 19. Oktober soll der Bundesrat den Entwurf im ersten Durchgang behandeln, noch vor der parlamentarischen Sommerpause 1974 soll das Gesetz durch den Bundestag verabschiedet sein. Die CDU/CSU wird dem Fahrplan wohl keinen Stein in den Weg legen, auch wenn nun ihre eigene Kasernenordnung in der Schublade verschwindet; zu gut ist das Gesetz gelungen, der Beifall von BDI und BDA sind Beweis.

In den Jahren nach dem 2. Weltkrieg kam es der Monopolbourgeoisie zunächst einmal darauf an, ihre Macht zu restaurieren. Durch Aktionen wie der Gewährung amerikanischer Kredite (die allerdings die amerikanischen Monopole in der deutschen Wirtschaft stärkten), Profitumverteilungen innerhalb der Unternehmen zugunsten der Schwer- und Energieindustrie, Lastenausgleichsfonds und einer Währungsreform, welche die Bevölkerung um ihre Ersparnisse brachte, die Sachvermögen jedoch unangetastet ließ, gelang dies so gut, daß die Apologeten der „freien Marktwirtschaft“ von einem Wirtschaftswunder sprechen konnten. Erst die in den 60er Jahren einsetzende wissenschaftlich-technische Revolution stellte das Monopolkapital im Bil-

dungsbereich vor Probleme, welche die noch in den Kategorien kurzfristiger Profitmaximierung denkenden CDU-Führer mit Maßnahmen zu bewältigen suchten, die den Widerstand aller demokratischen Kräfte im Bildungssektor vervorrufen mußte, im übrigen aber die Wünsche der Monopole nicht befriedigen konnte.

Die Ausgaben für das Bildungswesen und den Forschungsbereich sind für die kapitalistische Produktion unproduktive Kosten; außerdem können die Einzelkapitalien den ungeheuren Kapitalaufwand verbunden mit hohen Verlustrisiken allein nicht tragen, die Kosten werden daher vom Staat übernommen. Nur der Staat kann zwischen den konkurrierenden Einzelinteressen der Monopole vermitteln und deren Gesamtinteresse durchsetzen, das hier im Bildungsbereich im wesentlichen durch den Zwang bestimmt wird, den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution nachzukommen. Dieser Zwang und die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus machen es erforderlich, einen Lenkungsmechanismus aufzubauen, der sowohl die Forschungs- und Entwicklungsprojekte in profitable Bahnen leitet und den Studenten den Konstellationen des „Arbeitsmarktes“ entsprechend ihre Ausbildungsplätze zuweist als auch sicherstellt, daß die in der Hochschule herangebildete Intelligenz die Forschungs- und Entwicklungsergebnisse in der Produktion umsetzen kann.

Die Widersprüchlichkeiten dieses Konzeptes sind offensichtlich. Mehr und besser ausgebildete Werk tätige werden zunehmend den Ausbeutungsprozeß durchschauen, zunehmende Qualifizierung wird neue Bedürfnisse wecken und Forderungen nach Demokratisierung aller Lebensbereiche sprunghaft ansteigen lassen. Die Bildungspläne der SPD als auch letztlich des HRG sind Ausdruck dieser Widersprüche, die begründet sind im Antagonismus des kapitalistischen Systems.

So wird im HRG die demokratische Forderung nach integrierten Gesamthochschulen durchaus übernommen – horizontale und vertikale Durchlässigkeit der Studiengänge, Vereinigung von Fachhochschulen usw. und Universitäten, interdisziplinäre Zusammenarbeit – jedoch sind genügend Möglichkeiten eingebaut, im Sinne der Monopole zu integrieren. „Durch die Zusammenfassung von Hochschulen unterschiedlicher Aufgabenstellung oder durch die Erweiterung der Aufgabenstellung einer Hochschule“ (§5,a)

wird ein Gesamthochschulsystem ermöglicht, das die Hoch- und Fachhochschulen zwar organisatorisch vereint, aber die Undurchlässigkeit der Studiengänge beibehält und diese durch Einführung der Regelstudienzeit“ (§11,2) und „Aufbaustudiengänge“ (§11,5) in ein Elite- und ein Schmalpurstudium spaltet. Weiterhin wird die Möglichkeit eröffnet, daß Privathochschulen, Führungsakademien der Konzerne und Militärhochschulen „die Eigenschaft einer staatlichen anerkannten Hochschule erhalten“ (§74,1), daß dort somit eine Wissenschaft betrieben werden kann, die unmittelbar im Dienst der herrschenden Klasse steht, der öffentlichen Kontrolle jedoch entzogen ist.

Der demokratischen Kontrolle entzogen ist auch der Forschungsbereich, da ein großer Teil der laufenden Projekte staatlichen und halbstaatlichen wissenschaftlichen Einrichtungen außerhalb der Hochschulen zugeteilt ist. Jedoch kann der geistige Teil der Arbeit nur bis zu einem gewissen Grad von der Produktion getrennt werden, die vollständige Herauslösung der Forschung aus dem Hochschulbereich würde eine Lücke in den Lernbereich reißen, welche sich beim Einsatz der Hochschulabsolventen in der Produktion zeigen würde. Vor allzuviel demokratischer Kontrolle der (allerdings mehrheitlich von Hochschullehrern beherrschten) Organe schützt das HRG diesen Forschungsbereich durch eine „Koordination der Forschung“ (§24), welche die Hochschulen in eine „überregionale Forschungsplanung“ (§24,1) zwingt und an die Vorhaben der „wissenschaftlichen Einrichtungen außerhalb des Hochschulbereichs“ (§24,1) koppelt. Die Gesamtplanung ist somit der demokratischen Kontrolle entzogen, eine demokratische Mitbestimmung über die Forschung an den einzelnen Hochschulen durch die professorale Übermacht eine Farce. Eine demokratisch kontrollierte Forschungspolitik würde allerdings nicht länger hinnehmen, daß die Wissenschaft im Dienst der Profitmaximierung gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerichtet ist, daß Naturwissenschaftler an der Entwicklung weiterer Vernichtungswaffen arbeiten, und Sozialwissenschaftler immer raffiniertere Wege ersinnen, die Werk tätigen weiter auszubeuten. Eine demokratisch kontrollierte Forschung liegt daher nicht im Interesse der Monopole.

Die Qualifikationsstruktur der Werk tätigen kann nur dann optimal im Sinne

des Großkapitals sein, wenn diese im Bedarf der künftigen „Arbeitsmarkts“ entspricht. Die wissenschaftlich-technische Revolution hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Struktur der Arbeiterklasse, durch eine Gewichtsverschiebung zwischen Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungsbereich ändert sich die Anzahl der jeweils dort arbeitenden Menschen, durch Verschiebungen in dem Wirtschaftsbereich selbst ändern sich die geforderten Qualifikationen. Die rasche Entwertung von Fähigkeiten, die geforderte „Mobilität“, machen die Arbeitsplätze zunehmend unsicher. Die Produktivität wird weiter anwachsen, der Anteil der leistungsfähigen Arbeit sich verringern, dies freilich um den Preis des Anstiegs der geistigen Arbeit. Der Prozeß verläuft alles andere als reibungsfrei. Zum einen widerspricht die schöpferische Arbeit der Techniker und Ingenieure ihrer tatsächlichen Situation als Lohnarbeiter, welche nicht die gleichen Interessen haben wie die Monopole, zum andern werden von den Werkträgern Verantwortungsbewußtsein für die Millionenwerte der Produktionsanlagen gefordert. Mitbestimmungsrechte über die Produktionsleitung jedoch abgelehnt. Die beschriebenen Verschiebungen zwingen das Kapital zu der Forderung nach einer erhöhten Anzahl von Studienabschlüssen mit eingeschränkter Qualifikationsmöglichkeit und einer geringen Anzahl mit erweiterter sowie der Lenkung der Studentenströme in die profitträchtigen Wissenschaftszweige. Der Wert der Arbeitskraft kann dadurch niedrig gehalten werden; eine möglichst billige Ausbildung durch „spezifische Qualifizierung“ kann die Werkträgern ansonsten dumm halten und so deren Wert „preiswert“ machen.

In der Tat hat der Numerus Clausus (NC) die Aufgabe, die Studenten entsprechend den Plänen der Herrschenden zu lenken und durch eine Verfestigung des Bildungsprivilegs auch die gesellschaftlichen Strukturen in der BRD zu verfestigen. Abgesichert ist er im Staatsvertrag der Länder vom 20.10.72, jedoch wurde der NC eine gewisse Zeit wohl zum „Übergangsinstrument“ verklärt. Das HRG ist da ehrlicher. Es werden keine Auslaufzeiten angegeben, dem NC wird ein eigener Paragraphenkomplex gewidmet, „Zulassungsbeschränkungen“ (§30) werden also institutionalisiert.

Natürlich muß Kapazitätssteuerung im Sinne der Monopole die Studienfächer im Interesse einer Profitmaximierung zu

gewichten suchen. Die selten profitbringende medizinische Wissenschaft unterliegt folgerichtig trotz des sprunghaft ansteigenden Bedarfs auf nicht absehbare Zeit weiter dem NC – die Verschlechterung der Gesundheitsversorgung der arbeitenden Menschen ist eingeplant; ähnlich sieht es in dem Studienfach Psychologie aus. Auch in bestimmten, heute noch zugänglichen Fächern ist eine Beschränkung absehbar: Soziologen und Politologen sind aufgrund ihres Forschungsobjektes „Gesellschaft“ dem Kapital von jeher suspekt, ein NC hätte hier vielfältige wohlthuende Folgen. Zum einen könnte eine reduzierte Studentenschaft durch Auswahldruck und Regelstudienstress gezwungen werden, sich mit einem positivistischen Anspruch zu begnügen, dankbare Ideologen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung wären unsicher. Zum andern könnten hier Fachleute für Spezialabteilungen des Werkträgertätigkeitsbereichs herangezogen werden, also für Werbe- und Rationalisierungsbüros. Der Katalog der NC-bedrohten Fächer kann noch beliebig erweitert werden.

Der Lenkungsmechanismus des NC erfüllt eine doppelte Aufgabe und hat eingeplante Auswirkungen auf die Situation der Studenten. Mit der Lenkung der Studentenströme wird der Profit der Konzerne sichergestellt und kein Geld für „gesamtgemeinschaftlich uninteressante“ Studiengänge verplempert. Der Selektionsmechanismus hat als entscheidendes Auswahlkriterium die in der Abiturnote zur Zahl geronnene „Leistung“, eine Anpassungsleistung. Erfolgreiche Unterwerfung wird honoriert. Weiter sind Kinder aus der Arbeiterklasse durch das für die Mittelschicht zugeschnittene Bildungssystem benachteiligt, das Bildungsprivileg wird festgeschrieben. Der NC ist ein relativ grobes Instrument und wird daher zunehmend demokratischen Widerstand hervorrufen. Ein Mechanismus, der reibungsfreier zu arbeiten in der Lage ist, wird also in absehbarer Zeit eingesetzt werden müssen; denkbar wäre ein Zentralabitur, Eingangsprüfungen zu den Hochschulen ergänzt durch ein funktionsfähiges Beratungssystem der „Bundesanstalt für Arbeit“.

Zur Absicherung der Hochschulformierung sind Mitbestimmungsregelungen notwendig, die Reibungsverluste durch Einspruchsmöglichkeiten der demokratischen Kräfte verhindern. Die Legitimation zum Abbau erkämpfter demokratischer Rechte und Freiheiten gab am 29.5.

1973 das Bundesverfassungsgericht, eine Institution, die durch ihre mystische Enttückung in die Höhen richterlicher Unparteilichkeit relativ unangreifbar geworden ist. Die Karlsruher Urteile haben bei geschicktem Timing die Funktion, bei wichtigen Entscheidungen die fortschrittlichen Kräfte im Parlament auszuschalten, um die Gegenvorstellungen der demokratischen gewerkschaftlichen und politischen Kräfte zu unterlaufen. Die Sprüche des Verfassungsgerichts sind im übrigen kaum revidierbar: Bei Entscheidungen, welche unmittelbar die Lehre betreffen, müssen die Hochschullehrer über die Hälfte der Stimmen verfügen. Bei Entscheidungen, die unmittelbar Fragen der Forschung oder die Berufung der Hochschullehrer betreffen, muß der Gruppe der Hochschullehrer ein weitergehender, ausschlaggebender Einfluß vorbehalten bleiben. Bei allen Entscheidungen über Fragen von Forschung und Lehre ist eine undifferenzierte Beteiligung der nichtwissenschaftlichen Bediensteten auszuschließen.

Der HRG-Entwurf richtet sich nach diesen Bestimmungen. In den zentralen Kollegialorganen und in den Fachbereichen darf keine Gruppe (Professoren und Assistenzprofessoren bilden hier je eine Gruppe) „mehr als die Hälfte der gewählten Mitglieder stellen“ (§41,3), jedoch „in Gremien mit Entscheidungsbeugnissen in Angelegenheiten, die Forschung, künstlerische Entwicklungsvorhaben, Lehre und die Einstellung von Hochschullehrern unmittelbar berühren, müssen die Gruppen der Hochschullehrer (Abs. 2) zusammen über die Mehrheit der Stimmen verfügen“ (§41,4). Damit soll gewährleistet werden, daß der demokratische Widerstand an den Universitäten gegen das „Vordringen von Kapitalinteressen unter Ausnutzung des überlebten Wissenschaftsbegriffes verschiedener Hochschullehrer erstickt werden kann.“

Der Kampf gegen diese reaktionären und undemokratischen Gesetze muß von allen fortschrittlichen demokratischen Gruppen gemeinsam aufgenommen werden. Gemeinsam müssen sie ihre Forderungen stellen, diese in die Öffentlichkeit tragen und mit den Gewerkschaften und den anderen demokratischen Organisationen außerhalb der Hochschulen durchsetzen.

Kampf dem Abbau demokratischer Rechte!

Werner Steppat

# Arbeiter?

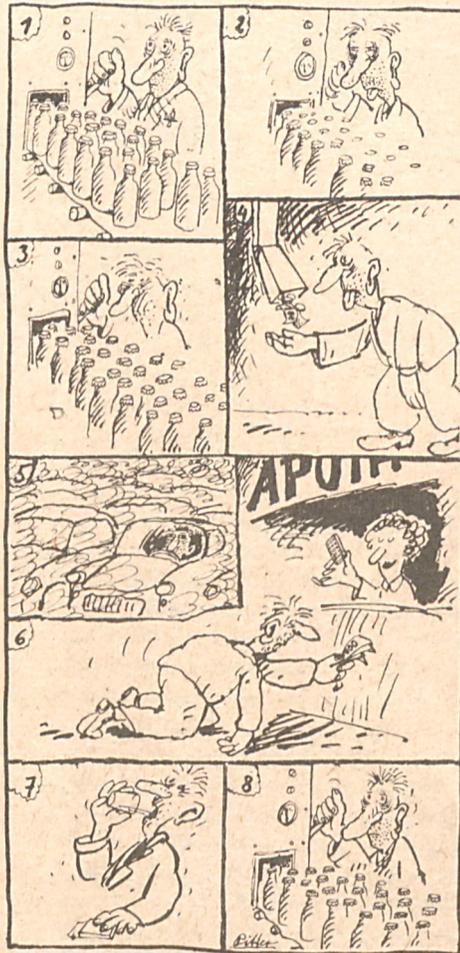
“Arbeiter? “Das sine jene die unten stehen.“ “Sie sind austauschbar und entbehrlich.“ (H. Rolf) Ihr dichotomisches Bewußtseinsbild spiegelt die Hoffnungslosigkeit und Resignation des verfestigten Kollektibewußtsein aller wider. Ihr Sozialcharakter ist “durch das Arbeiterbewußtsein, die Abwertung von Aufstiegs-wünschen, das Fehlen von individuellem Leistungsstreben und dem Mangel an Zukunftsplanung gekennzeichnet.“ (Rolf, Huch u.a.) Geprägt sind sie durch seine Erfahrung am Arbeitsplatz. “Konstitutive Bestandteile des ‘Arbeiterbewußtseins‘ sind: das Bewußtsein einer spezifisch gegen andere Arten abgrenzbaren Leistung, das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einem Kollektiv, das Bewußtsein einer eigenen Geschichte, einer Klassengeschichte!“ (E. Brechstein)

Dem Arbeiter fehlt jeglicher Individualismus. Er und seine Familie leben in Isolation und Kontaktarmut. Eigentum für die Ausübung einer “besseren“ Tätigkeit ist nicht vorhanden. Er lebt in einem Arbeiterviertel. Seine häusliche Umgebung ist durch die “schlechte materielle Lage geprägt. Zu viele Menschen sind auf engem Raum zusammengepfercht, die hygienischen Einrichtungen sind oft unzureichend, die Wohnungseinrichtung ist monoton und wenig stimulierend.“ (E. Brechstein)

Innerhalb der Familie besteht eine strenge, nach Geschlecht geordnete Arbeitsteilung. Die Verhaltensmuster sind autoritär, sexualfeindlich und formell orientiert. Agression und Regression werden ungehindert ausgelebt, Er verhält sich kinderfeindlich. Seine Kinder werden streng nach Geschlecht und Alter, sie werden passivistisch, familistisch und gegenwartsorientiert erzogen. Körperliche Züchtigung ersetzt jede andere Erziehungsmethode. Peer-groups ersetzen ihnen das Elternaus, usw. Er ist Repräsentant der Unterschicht, des Proletariats.

Entsprechend dieser Kategorien, Normen und Werte, sind die Repräsentanten der Mittelschicht die Angestellten, Beamten usw. Für sie existieren Mobilität, Individualität und Bildungsprivilegien. Ihre Normen und Werte sind “richtig.“

Über die Oberschicht wird sich ausgeschwiegen. Diese Schwarz-Weiß-Malerei ist das Ergebnis einer Annahme, daß nur eine kausale Verbindung zwischen der Stellung der Eltern im Produktionsprozess und ihrem Reproduktionsbereich besteht. Kurzum ein dialektisches Verhältnis zwischen Produktions- und Repro-



duktionssphäre kann nicht existieren. In diesem abgesteckten Rahmen bewegen sich alle Überlegungen der progressiven (vielleicht auch proletarischen) Pädagogen. Es gibt nur ein Oben und ein Unten. Das Oben kaum, das Unten nur mangelhaft und plagiat beschrieben. Die Abhängigkeit der Eltern vom Produktionsprozess erscheint als Produkt eines einzigen Prozesses. Das Kapital bekommt die Rolle als fremde Faktizität und Macht, die dem Arbeiter als selbständige gegenübersteht, zugeteilt. Arbeiter, Angestellter und Kapitalist werden als Objekte beobachtet und beschrieben. Ihre Beziehungen als Regelkreise dargestellt. Der Pädagoge wird zu einer Person, die sich außerhalb des Regelkreises befindet. Der Anspruch, das System als Gewordenens, als menschliches Produkt zu analysieren, kann in diesem Stadium der Analyse nicht mehr eingelöst werden. Die Verbindung von Theorie und Praxis ist in die Hosen gegangen. Der Arbeiter wird zur blauen Blume des Pädagogen. Die Untersuchenden befinden sich in einem geschichtslosen Zustand. Die Beziehungen untereinander sind verdinglicht und entfremdet.

Unbestritten ist, daß man im ökonomischen Produktionsprozeß die bewegende Grundkraft der Geschichte sehen muß. Verändern die Menschen ihre ökonomischen Grundlagen, (ökonomischen Produktionsbedingungen), so wandeln sich auch ihre Gesellschaftsformen, Institutionen, Philosophie oder Kunst. In diesen ideologischen Formen wird der Widerspruch von Produktivkraft und vorhandenen Produktionsverhältnissen anerkannt und als Konflikt ausgetragen. “Die Unterbau-Überbau-Beziehung darf jedoch nicht so verstanden werden, als ob der ökonomische Unterbau den Überbau einseitig determiniert. (Gottschalch) Gesellschaft muß als dialektischer Prozess aufgefaßt werden. Dementsprechend ist Gesellschaft das Produkt des Subjekts “Mensch“. Seine Ideen, Vorstellungen sind mit den materiellen Tätigkeiten verflochten. Sie können einerseits die ökonomische Grundlage verändern, sind aber andererseits von ihnen abhängig. Es besteht also ein dialektisches Verhältnis zwischen dem Produktions- wie Reproduktionsbereich. Demzufolge ist es falsch, wenn man behauptet, die Stellung der Eltern im Produktionsprozess, ihre Erfahrungen im Betrieb würden kausaler

trieb würden in kausaler Beziehungen zu ihren Erfahrungen im Produktionsbereich stehen. Sowohl die Erfahrungen im Betrieb, Büro usw., wie auch die Erfahrungen in der Familie, Fußballverein, Schule usw. prägen die Person, bestimmen das Bewußtsein. Es gibt also kein Wissen, keine Beziehung etc. die als reines von seinem sozialen Kontext isolierbar wäre und umgekehrt. Alles ist revidier- und überprüfbar.

Wäre man von solchen Grundüberlegungen ausgegangen, so hätte man wahrscheinlich in den heutigen Analysen auch die Weiterentwicklung des kapitalistischen Systems in der BRD nicht übersehen. So hätte man feststellen müssen, daß die reinen Arbeiterviertel, der reine Stadtteil der Jahrhundertwende nicht mehr existiert. So wäre man dahintergekommen, daß das Proletariat heute nicht mehr nur aus Arbeitern besteht, sondern auch registriert, daß Angestellte, Kleinbeamte zum Proletariat gehören. So hätte man bestimmt festgestellt, daß es keine prinzipiell anderen Verkehrsverhältnisse für den Kapitalisten, sofern es ihn als historische Figur noch gibt“ (Reiche) für den Kleinangestellten, Ingenieur oder Arbeiter gibt. Trotzdem, das muß im glei-

chen Atemzug gesagt werden, es bestehen innerhalb der Gruppen immer noch verschiedene Kommunikationsformen, Mechanismen, Bedürfnisse zu befriedigen und Ideologien.

Um diese Differenzen in einem pädagogischen Konzept (proletarische Erziehung) verarbeiten zu können, besteht die Notwendigkeit, das spätkapitalistische System zu untersuchen. Man kann nicht amerikanische Untersuchungsergebnisse auf bundesrepublikanische Verhältnisse übertragen. Es besteht auch die Notwendigkeit, über die Ansätze und Analysen von O. Rühle und E. Hoernle hinaus, neue Ansätze zu suchen und zu praktizieren. Gatten z.B. Gottschalch, Huch, Brechstein, Rolff und das Berliner Autorenkollektiv diese Überlegungen angestellt, so wäre die jetzt vorhandene Dogmatik innerhalb der Pädagogik aufgehoben. So hätte es für Studenten

hätte es für den Studenten keinen "Fensterplatz" außerhalb der "Gesellschaft" gegeben. Die Verbindung von Theorie und Praxis verpflichtet den Pädagogen, sich in die Arbeit und Untersuchungen als Subjekt mit einzubeziehen.

Vor allem für die Entwicklung der BRD ist es notwendig, nicht nur die zwanziger Jahre sondern auch die Zeit des Faschismus und seit der Neugründung der BRD zum Gegenstand der Analyse zu machen. Man kann zum Beispiel nicht von einer kontinuierlichen Entwicklung der Arbeiterbewegung in der BRD sprechen. Vielmehr ist das Fehlen marxistischer Interpretationsraster festzustellen. (Kern/Schuhmann) Den Veränderungen im Produktionsbereich, wie auch im Reproduktionsbereich muß Rechnung getragen werden. Zu keiner Zeit hat es so viele Veränderungen gegeben wie im Spätkapitalismus. Hauptmerkmale im Produktionsbereich sind Mechanisierung und Automatisierung der Produktion, die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung, die Chemisierung der Wirtschaft, die Nutzung der Atomenergie als neue Energiequelle.

Durch den technischen Wandel, durch die wachsende arbeitsteilige Spezialisierung verringern sich die Aufstiegsmöglichkeiten der Angestellten. Die Beziehungen zum Management bürokratisieren sich zunehmend. (S. Sales) Großraumbüros, Tonbänder und Jobvermittlungen lassen auch die Angestellten die Erfahrung machen, daß sie austauschbar sind, daß ihre Arbeit entfremdet ist.

Hauptmerkmale im Reproduktionsbereich sind Veränderungen im Bildungswesen. Neue Institutionen (Vorschule, Gesamtschule, Gesamthochschule, Betriebsfachschulen etc.) vermitteln funktionales, "brauchbares" Wissen ("Abbau der althumanistischen zugunsten der technologisch-naturwissenschaftlichen Ausbildung") (K. Ehlich u.a.). Technologische Produkte wie Massenmedien und Autos, Trabantenstädte (z.B. Nordweststadt) lösen die traditionellen Stadtviertel mit ihren Kommunikationsstrukturen auf, und bestimmen den Lebensrhythmus.

Die Art der Erfahrungsbildung und Wissensvermittlung, dauernder Leistungsdruck (selbst im Bett) garantieren, daß man gelernt hat, sich im Konkurrenzkampf gegen die anderen zu behaupten. Dieser Konkurrenzkampf findet nicht nur im Betrieb oder Büro statt, sondern wird auch innerhalb der Familie, Haus- und Wohngemeinschaft, Schule etc. ausgetragen. Die Arbeiterklasse als homogene Gruppe (Gottschalch, Huch u.a.) scheint nicht mehr zu existieren. Das Konkurrenzverhalten untereinander verhindert echtes solidarisches Verhalten. In den Peer-groups erfährt das Arbeiterkind nicht Solidarität aus Freundschaft zu anderen, sondern versucht sich innerhalb der vorhandenen Hierarchie zu behaupten. Solidarisches Verhalten als Hauptmerkmal für Arbeiterkinder in Peer-groups ist ein Wunschbild. "Die Straße verliert, ebenso wie Familie und Schule, ihren kollektiv erziehenden Charakter." (L.v.Werder) Von dieser Entwicklung sind aber nicht nur die Arbeiter betroffen. Bei näherem Hinsehen zerfällt auch der homogene Charakter der Mittelschicht. Nur wenig ist von Sachrationalität, Zukunftsorientierung, Selbstverantwortlichkeit und selbständigem Denken (Oevermann, Huch, Gottschalch) zu erkennen. Fachidiotismus und irrationale Ideologien determinieren das Verhalten untereinander und beeinflussen die Erziehungsmethoden. Schläge als Bestrafung scheint nicht mehr "Privileg" der Arbeiterkinder zu sein.

Eine Trennung zwischen Unter- und Mittelschicht, wie sie Raspe, Gottschalch u. a. vornehmen, kann für eine emanzipatorische (proletarische) Erziehungsmethode nicht dienlich sein. Ein Begriff von proletarischer Erziehung im Spätkapitalismus kann nicht aus der Theorie und Praxis der kommunistischen Kinder- und Jugendarbeit der zwanziger Jahre oder der chinesischen Kulturrevolution gewonnen werden. (L.v.Werder)

Es besteht die Notwendigkeit, auf Grund einer neuen Analyse den geschichtslosen Zustand, der ständig nur die Überlegungen und Probleme der zwanziger Jahre reproduziert, zu überwinden. Es ist erforderlich, die eigene Person in diesen Prozess mit einzubeziehen, sich ständig als Pädagoge in Frage zu stellen und nicht die Rolle des ausenstehenden Analytikers und Avantgardisten zu übernehmen.

Gelingt uns dieser Schritt nicht, so sind wir jene, die "damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nie dagewesenes zu schaffen. Gerade in solchen Epochen revolutionärer Krisen beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienst herauf, entnehmen ihnen Namen, Schlachtparolen und Kostüme, um in dieser altherwürdigen Verkleidung und mit dieser geborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen." (K. Marx)  
Eva Braun

## links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten Aktionsmodelle, Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Berichte aus der Linken international.

„links“ ist illusionslos, undogmatisch – eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

Einzelpreis DM 1.20  
Bezugspreis, jährlich, DM 15.—.  
Probenummern bei  
Sozialistisches Büro,  
605 Offenbach 4, Postfach 525.

Probenummer anfordern bei  
Sozialistisches Büro,  
605 Offenbach 4, Postfach 591

# Spontane Streiks und staatlicher Machtapparat.



Ein herausragendes Zeichen der Welle spontaner Streiks der letzten Monate war das Zusammenspiel von Kapitalinteressen und staatlichem Machtapparat, der Polizei. Mit einer Selbstverständlichkeit, die nur jene besitzen, die die Macht haben und ihre Macht gefährdet sehen, ließen die Herren der Konzerne und Fabriken Polizeipräsidenten antanzen und verfüg-

ten über Hundertschaften von lohnabhängigen Polizisten, als ob sie ihren Werk-schutz befehligen. Die Ausführenden knüppelten Arbeiter und Arbeiterinnen nieder, verhafteten solche, die ihnen als „Auführer und Störenfriede“ denunziert wurden und solche, die sich durch bewaffnete Büttel nicht einschüchtern ließen. Sie sorgten für Ordnung in den Betrieben,

für die Ordnung, die die Preise steigen läßt und die Löhne niedrig hält, die ausländische Arbeitnehmer in Niedrigstlohngruppen einstuft und sie die schmutzigste und schwerste Arbeit machen läßt und deren Vermieter fett werden läßt. Die Ordnung wurde aufrecht erhalten. Total war der Erfolg in den Betrieben, in denen es gelungen war, die Solidarität der Ar-

beiter zu schwächen. Dies wurde erreicht durch Hetze und bewußte Fehlinformation der bürgerlichen Presse (Bild war zwar dabei, aber bei Gott nicht als einzigstes Schmierblatt), durch Aufspaltung insbesondere in deutsche und ausländische Arbeitnehmer mittels finanzieller Zugeständnisse an die ersteren, durch die Isolation der Streikenden und nicht zuletzt auch durch Fehlverhalten von Teilen der Vertrauensleute und Betriebsräte. In den Betrieben, in denen die Spaltungsversuche sich nicht verfangen, wurde auch trotz Polizeieinsatzes die Solidarität der Arbeiter nicht erschüttert. Der Streik wurde ein Erfolg.

Bei Ford Köln standen ca. 1.000 bewaffnete Ordnungshüter bereit und Hubschrauber kreisten über dem Werksgelände. Mindestens 25 Personen, unter ihnen die Streikleitung, wurden verhaftet. Meister, Angestellte und sogar Betriebsräte helfen bei Festnahme und Identifikation, so daß Ford-Boß Bergmann nicht nur seine Polizisten sondern auch seine Betriebsräte für ihren „vorbildlichen körperlichen Einsatz“ loben muß. Bei Krupp Essen werden streikende Arbeiter von der Polizei auseinandergetrieben.

Bei Opel Bochum bildet die Polizei Greiftrupps und verhaftet aktiv am Streik Beteiligte. Unter die Arbeiter mischen sich 120 Zivilpolizisten die nach „Rädelführern“ und „Aufführern“ suchen. Proteste der Arbeiter sind erfolglos.

Bei Pierburg Neuss versuchen Polizisten aktive Gewerkschafter zu verhaften, was mißlingt. Beamte schlagen streikende Arbeiter und Arbeiterinnen. Als das Fernsehen auftaucht, hören sie auf. Öffentlichkeit ist nicht gefragt.

Bei Küppersbusch in Gelsenkirchen steht ein großes Polizeiaufgebot in Bereitschaft, kommt aber nicht zum Einsatz. Hierfür ist wohl der solidarische Streikverlauf verantwortlich.

Bei Rheinstahl Brackwede ziehen über 100 Ordnungshüter auf und verhaften 12 Kollegen. Als der Streik zusammengebrochen ist, droht die Betriebsleitung, die immer noch Streikenden durch Polizei vom Werksgelände vertreiben zu lassen.

Bei Hella Lippstadt prügelt die Polizei auf dem Betriebsgelände. Sie hatte auch Hunde mitgebracht. Es gibt einige Verletzte. Zivile Hüter der Ordnung fotografieren aktive Kollegen.

Auf diesem Hintergrund werden Vorgänge deutlich, die sich besonders in Nordrhein-Westfalen seit geraumer Zeit abspielen. In der bürgerlichen Presse die-

ses Landes finden sie verständlicherweise nicht die notwendige Würdigung. Unter dem Motto: „Mahler, Meinhof, Baader, das sind unsere Kader“ rüstet das von SPD/FDP regierte Land auf. Der ordentliche Etat, der nicht zu knapp bemessen ist, muß für die personelle Vergrößerung der Polizei erhalten. Mitte des Jahres stellte der Landtag seinem Innenminister Weyer weitere 17,5 Mio DM zur Verfügung. Diese Mittel dienen der „schlagkräftigen Bekämpfung von Aufführern und Terrorbanden“. Wofür die Mittel wirklich gedacht sind, merkt man, wenn man sich einige Posten dieses „Sofortprogrammes“ ansieht. Da werden Fernsehausrüstungen (100.000 DM/Stück) aufgeführt, die auch in Hubschrauber eingebaut werden. Bei Ford Köln bauen unsere Kollegen 120 Spezial-LKWs mit doppelten Ausstiegstüren, Gesamtpreis ca. 2,3 Mio. Gegen den Terror werden 3000 Kunststoffschilder angeschafft (ges. ca. 300.000 DM). Für 130.000 DM werden extrem lange Schlagstöcke eingekauft. Sollten sich die Aufführer und Terroristen wehren, so treten sie künftig gegen Kniebeinschoner (3,80 DM das Stück), mit denen alle 30.000 Ordnungshüter ausgerüstet werden. Rund 700.000 DM sind für eine besondere Anschaffung eingeplant. 6 „Gruppenwagen“, die aussehen wie ein Panzer ohne Panzerturm, werden die Kollegen in NRW bestimmt noch zu Gesicht bekommen. Jedes dieser Fahrzeuge bietet 10 Mann platz und hat auf dem Dach zwei Schießluken. Schon am Anfang des Jahres beklagte der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, W. Kuhlmann die wachsende Militarisierung der Polizei. Er wandte sich gegen Bestrebungen, um, wie er sagte, „einen auf Befehl blind reagierenden Einzelkämpfer bei der Polizei heranzubilden“. Bis heute sind aber von Seiten der Polizeigewerkschaften keine Stellungnahmen bekannt, die den Einsatz von Polizei bei Streiks verurteilen. Aber nicht nur die Polizei in NRW rüstet sich für den Ernstfall, auch die Bundeswehr probt für den Streikfall. Der Übungsfall war: Zerschlagung eines Streiks in den Henschel-Werken. Man sprach von einem „inneren Feind“ und von „politischen Gruppen“, die den Streik angezettelt hätten. Außerdem sollte eine Demonstration aufgelöst werden und schließlich ging man noch davon aus, daß die Unruhen auf die Soldaten übergegriffen hätten und dieser „Unruheherd“ beseitigt werden müsse. So geschahen in der nordhessischen Gemeinde



Treysa, Ende Mai 1973. Durch die Notstandsgesetze gedeckt finden laufend Übungen ähnlichem Charakters statt. In NRW wurde jetzt eine sogenannte „Heimatschutztruppe“ gebildet, deren Aufgabe es ist, gegen „Banden“ zu kämpfen und „bestimmte Räume und Objekte zu schützen“.

Klaus Becke

## Zur ökonomisch-politischen Ungleichheit industrieller Gesellschaften

Im folgenden sollen einige Aspekte ökonomisch-politischer Ungleichheit diskutiert werden, wobei sowohl Klassenaspekte im traditionellen Sinne als auch die neuen organisationellen Umwälzungen angesprochen werden.

Ökonomisch-politische Ungleichheit innerhalb heutiger industriell-kapitalistischer Gesellschaften spielt sich auf zwei unterschiedlichen Ebenen ab:

Einerseits auf einer Ebene von Individuen, im Sinne des traditionellen Klassenaspekts andererseits auf einer Ebene von Organisationen (wobei Organisationen nichts anderes als sozio-technologische Strukturen zur Kontrolle von Waren und Menschen sind). Schon seit Beginn war der Kapitalismus dadurch gekennzeichnet, daß eine bestimmte Klasse, die Unternehmerklasse, Organisationen als Mittel zur Akkumulation benützte. In diesem Sinne ist die bisherige Geschichte des Kapitalismus die Geschichte des Ausbau und Kontrolle organisationaler Strukturen durch eine bestimmte Klasse. Die neuste Entwicklung des Kapitalismus ist jedoch zunehmend dadurch gekennzeichnet, daß organisationell-technologische Strukturen eine Art Eigendynamik entwickelten und beginnen das traditionelle Klassensystem zunehmend umzuformen und zu überschichten.

### Vermögens- und Einkommensunterschiede

In der BRD stieg die Zahl der abhängig Beschäftigten von 1960 bis Juni 1970 von 77.2 % auf 86 %. Von 27.1 Mio. Erwerbstätigen waren 22.3 Mio. Arbeiter, Angestellte und Beamte. Die interne Gliederung der lohnabhängigen Klasse auf verschiedene Schichten verteilte sich auf: 57 % Arbeiter, 34 % Angestellte und 9 % Beamte. Relevant ist in diesem Zusammenhang auch die Aufgliederung nach Wirtschaftssektoren, da sie Auskunft über die schnelle strukturelle Entwicklung und ihre Auswirkung auf die Klassenstruktur gibt: Von 1960 bis 1970 nahm im Primärsektor (Land- und Forstwirtschaft) die Zahl der abhängig Arbeitenden von 13.7 auf 8.8 % ab. Dagegen stieg sie im Sekundärsektor (industrielle Produktion) von 47.9 % auf 48.7 % und vor allem im Tertiärsektor (Dienstleistungen, Verteilung-Verkauf u.a.) von 38.4 auf 42.5 %. Die Zahl der Arbeiter, zu der neben den Fabrikarbeitern auch die Landarbeiter, Handwerksge-sellen und andere kleinere Gruppen gerechnet werden, betrug in der BRD 1950 11,2 Mio. und 1967 12,2 Mio. Personen. In der gleichen Zeit nahm allerdings der relative Anteil der Arbeiter an der lohnabhängigen Klasse aufgrund von industriellen Rationalisierungen und Umstrukturierungen von 50.9 % auf 47.4 % ab. Stark gewachsen dagegen ist der Anteil der Angestellten von 1950 16 % auf 28 % (1967).

Mit der Ausnahme der leitenden Angestellten im Top-Management sind sie von Besitzverhältnis und ihrer Rolle im Arbeitsprozeß her gesehen, prinzipiell der gleichen ökonomischen Klasse zuzurechnen wie die Arbeiter, wenn auch innerhalb der Angestelltenschaft traditionelle mittelständische Vorstellungen noch stark vorhanden sind und sie sich von der Arbeiterschaft abzusetzen versuchen. Sie haben jedoch keinen (oder kaum nennenswerten) Besitz an Produktionsmitteln und sind gehaltsabhängig. Ein immer grösserer Teil der Angestellten besitzt auch nicht mehr in dem Masse wie früher Kontroll- und Leistungsfähigkeit.

Der Anteil der lohn- und gehaltsabhängigen Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung hat also in den letzten Jahren ständig zugenommen. Dagegen sank der Anteil der Selbständigen von 14.7 %, also 3.2 Mio. im Jahre 1950 auf 11.4 % oder 2.9 Mio. im Jahre 1967. (Als selbstständig tätig gelten Personen dann, wenn sie ausserhalb eines Arbeitsvertrages oder Dienstverhältnisse stehen und formal über ihre Arbeitsbedingungen - und -funktionen selbst bestimmen können, dazu werden die Unternehmer, selbständige Handwerker, Händler sowie die freien Berufe gezählt.) Während also der Anteil der Unselbständigen stieg, war dies bei der Lohnquote umgekehrt. Im allgemeinen ist die Unselbständigenquote schneller gestiegen als die Lohnquote. Dies ist nicht nur für die BRD zu bemerken, sondern noch weit mehr für die Schweiz. Dort stieg der Anteil der Arbeitgeber am Nationalprodukt von 30 % (1950) auf etwa 36 % (1970). Aufgrund des extremen Anstieges der Profite sowohl in der Schweiz als in der BRD ist kaum mit einer kurzfristigen Änderung dieses Trends zugunsten einer gerechteren Einkommensverteilung zu rechnen. Bei den 2.9 Mio. Selbständigen handelt es sich allerdings meist um kleine Bauern, Händler und Handwerker deren Einkommen nicht allzu hoch ist. Es ergibt sich dann auch ein falsches Bild, wenn das Durchschnittseinkommen der registrierten Selbständigen 1970 mit 21.248 DM pro Jahr (also monatlich 3541 DM) beziffert wird. Eine Einkommensfeststellung für die 1.774 Mio. nicht in der Landwirtschaft tätigen "Selbständigen" erbrachte ein interessantes Resultat: 75 % verfügten nur über ein Montseinkommen bis zu 1.800,-DM, darunter 15.4 % unter 600,-DM, 14.5 % 600 - 800,-DM, 25.6 % 800 - 1.200,-DM. 55.5 % hatten demnach ein Montseinkommen unter DM 1.200,-, 14,5 % ein Einkom-

men von 1.200 - 1.800,- DM. Werden die in der Landwirtschaft selbständigen Tätigen in diese Rechnung einbezogen, erhöht sich der Anteil niedriger Einkommen noch ganz beträchtlich. Dagegen gab es schon 1966 15.404 Eigentumsmillionäre, also 3.3 % der Produktionsmittelbesitzer (einschließlich der Kleinaktionäre) mit einem Vermögen von fast 50 Milliarden DM. Schon 1965 hatten 2380 westdeutsche Unternehmen und Kapitaleigner ein durchschnittliches Monatseinkommen von je 190.000 DM, während ein Drittel der Lohnabhängigen zu dieser Zeit nur ca. DM 500,- verdienten. Ein Arbeiter bekam demnach in zwölf Monaten soviel wie ein Millionär in 23 Stunden. 1968 bezogen die 34 reichsten Männer der BRD aus ihrem Besitz Einkommen von jeweils mehr als 10 Mio. DM. 34 Personen verdienten also soviel wie die 29000 Arbeiter und Angestellten (als eigentliche Produzenten des Reichtums) der Thyssen-Hütte Ag in Duisburg-Hamborn.

Aus bundesamtlichen offiziellen Statistiken über das Nettoeinkommen der erwerbstätigen Männer im Jahre 1969 ist ausserdem ersichtlich, daß in der höchsten Einkommensgruppe über 1.800 DM kein Arbeiter zu finden ist, nur 1 % der Arbeiter erreicht die Gruppe von DM 1.200 - 1.800. Nur ein Viertel aller Arbeiter verdiente DM 800 - 1.200. 74 % von ihnen erhielten weniger als DM 800, inklusive aller versteuerten Nebeneinkünfte. Die Einkommensverteilung der Angestellten zeigt eine immer noch starke Privilegierung gegenüber den Arbeitern:

8 % der Angestellten erhielten mehr als 1.800 DM. Dazu rechnen auch die hochdotierten Top-Manager, was das Bild etwas verfälscht. 42 % der Angestellten gehören zur Gruppe die zwischen 800 - 1.200 DM einnehmen (Zum Vergleich: bei den Arbeitern gehören nur ein Viertel zu dieser Gruppe). Jeder Dritte Angestellte (und dabei in erster Linie die diskriminierten Frauen) bekommt weniger als 800 DM im Monat. Bei den Beamten ist die Verteilung ähnlich wie bei den Angestellten. Allerdings ist bezeichnenderweise die Gruppe der Spitzenverdiener um 2 % stärker als bei den Angestellten.

Vergleichsweise Zahlen aus dem Kanton Zürich in der Schweiz weisen auf eine ähnliche ungleiche Verteilung der Einkommen hin. So versteuerten 1967 20.3 % der Personen 51.6 % des gesamten Einkommens. (Die reichsten 2.2 % allein 18.9 %)

Obwohl das Einkommen der Abhängigen in den Nachkriegsjahren zugenommen

nat, hat sich der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital eher noch vergrößert. (In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß in einem Haushalt oft mehr als eine Person berufstätig ist, es ist so nicht selten, daß, wo früher eine Person die Familien "ernähren" konnte, die Aufrechterhaltung des heute gesellschaftlich notwendigen Standards nur bei Arbeit von Mann und Frau gleichzeitig gewahrt werden kann.) Ungefähr 26 % der Selbstständigen und der Abhängigen – unter ihnen viele Mehrpersonenhaushalte – hatten 1970 ein Nettoeinkommen unter DM 900,—. Angesichts der steigenden Mieten und Lebenskosten eine Summe, die oft nicht zum Notwendigsten reicht. Auch bei besser verdienenden Haushalten der abhängigen Arbeitenden handelt es sich häufig um grosse Familien, die ihr Einkommen durch mehrere Lohn- und Gehaltsbezieher beziehen und in der Regel einen weitaus geringeren Lebensstandard haben als kleinere Familien. Das Einkommen pro Haushaltsangehörigen nimmt also nochmals – vom 1-Personen- bis zum 4-Personenhaushalt – um mehr als die Hälfte ab. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß in der BRD noch mindestens 20 % der Bevölkerung in eigentlicher Armut leben. Das DIVO-Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung stellte in einer neueren Untersuchung fest, daß heute 21 % aller westdeutschen Haushalte – unabhängig von ihrer Klassenlage – monatlich ein Nettoeinkommen von weniger als 1.000 DM zur Verfügung haben (eine Summe, die das Lebensexistenzminimum sicherlich unterschreitet). 18 % Haushalte haben 600–800 DM, 20 % 800–1.200 DM. Insgesamt verfügt mehr als die Hälfte der etwa 22 Mio. Haushalte über weniger als 1.000 DM pro Monat. Nur etwa jeder vierte Haushalt, also 25,6 % hat 1.000 – 1.500 DM zur Verfügung. Neun von hundert Haushalten erarbeiten über 1.500 – 2.000 DM. Und nur 5,6 % nehmen mehr als 2.000 DM ein. Noch weitaus krasser ist die Ungleichheit bei den Vermögen (die ja bekanntlich die Kontrolle über die Produktionsmittel bedeuten):

Das wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Institut der Gewerkschaften errechnete unlängst, daß rund 74 % des Produktivvermögens nur 1,7 % Haushalte gehören. Eine zahlenmäßig kleine Klasse von Unternehmern, Aktionären (und eine noch kleinere Gruppe der eigentlichen Machtelite) kassieren einerseits den Löwenanteil der Profite und kontrollieren andererseits nicht nur den grössten Teil

der Produktionsmittel, sondern damit auch die ökonomisch-politischen Institutionen der Gesellschaft. Ein ähnlich krasses Bild weisen auch alle anderen kapitalistischen Staaten auf: Im Jahre 1962 besaßen die reichsten 1 % der USA-Einwohner 62 % aller Aktien, die reichsten 5 % 86 % aller Aktien. Im Kanton Zürich in der Schweiz versteuerten an Privatvermögen, die reichsten 1 % 46,6 % (1969) (45,0 % (1945)) des Gesamtvermögens, die reichsten 10 % 82,3 % (1969) (84,0 % (1945)).

In der BRD besaßen 1965 diejenigen, die durch ihre Arbeit dieses Vermögen erst geschaffen haben, die 20 Mio. abhängig Arbeitenden und die früheren Berufstätigen, die jetzigen Rentner, kaum 20 % des gesamten Vermögens. Zieht man davon noch die häuslichen Inventionen, also die für persönliche Dinge und nicht für die Produktion bestimmten Ausgaben ab, die bei den Abhängigen 63,4 % und bei den Rentnern 54,4 % ihrer Ersparnisse ausmachten, so erhält man als Restsumme einen Anteil am Gesamtvermögen von 8,9 %!

Es läßt sich also feststellen, daß in der Nachkriegszeit sowohl Vermögens- als auch Einkommensverteilung eher stabil und krass ungleich geblieben ist. Immer noch fließt ein Großteil des jährlich gesellschaftlich erarbeitenden Reichtums in die privaten Taschen einer kleinen wohlhabenden und mächtigen Minderheit. Zu Änderungen in der Einkommensverteilung kam es höchstens (und auch dort sehr langsam) innerhalb der Klasse von Lohnabhängigen, so zwischen Arbeiter und Angestellten, zwischen Regionen u.a. Von einer so oft beschworenen "Nivellierung der Klassenunterschiede" kann jedenfalls nicht die Rede sein. Nicht die Rede aber auch von der "Umverteilungsfunktion des Staates." Der Staat funktioniert wie seit jeher im Interesse der herrschenden Elite. Bei genauerer Untersuchung müsste sich z.B. herausstellen, daß der Löwenanteil der Steuern den Unternehmern auf Umwegen wieder zugeführt wird. Nur ca. 25 % der Steuern werden für soziale Aufwendungen bereitgestellt, aber über 50 % für Rüstungsausgaben und Subventionen an die Wirtschaft.

#### Ungleichheit von Organisationen

Vermögens- und Einkommensgleichheiten auf der Ebene von Individuen ist jedoch nur ein Aspekt heutiger Klassengesellschaften, immer stärker spielt gerade auch die "Klassenspaltung" zwischen

Organisationen eine Rolle. Zunehmende Konzentration führt zunehmend zu riesigen Ungleichheiten innerhalb der Kapitalistenklasse selbst. So werden z.B. Kapitalistenklassen in unterentwickelten Nationen durch Kapitalistenklassen industrialisierter Nationen "ausgebeutet und beherrscht". Die Dynamik kapitalistischer Produktion führt nicht nur zu Widersprüchen zwischen Arbeit und Kapital, sondern auch zwischen dem Kapital selbst. Und gerade diese Widersprüche (etwa zwischen nationalen Kleinkapitalisten und multinationalen Großkonzernen) werden zunehmend bedeutungsvoll für die ökonomisch-politische Entwicklung der kapitalistischen Industrienationen. Eine Welt von 300 Konzernen.

1990 wird es nach maßgeblichen Schätzungen nur noch 200–300 Konzerne geben, welche die im Handel befindliche Produktion beherrschen, diese werden über drei Viertel des Kapitals aller Industrie- und Finanzgesellschaften verfügen. Schon 1968 hatten 6000 dieser privatwirtschaftlichen Gesellschaften einen Gesamtumsatz von mehr als tausend Milliarden Dollar, 1976 werden schon 600 Gesellschaften und 1984 wohl nur mehr höchstens 60 Gesellschaften diesen Umsatz erreichen. (Allerdings wird die Produktion insgesamt stark zunehmen) Das Bruttosozialprodukt der BRD wird dazumal etwa 29 %, das der Länder der Dritten Welt 26 % des Umsatz dieser 60 Großkonzerne betragen. Aus diesen Dimensionen läßt sich die zunehmende Abhängigkeit nationaler Kontexte von privatwirtschaftlichen Konzernen erahnen. Immer mehr europäische Nationen werden so zu eigentlichen "Bananenrepubliken" degradiert (oder sich vollständig in die großkapitalistische EWG integrieren müssen). Schon heute beherrschen die multinationalen Konzerne einen großen Teil der liquiden Mittel, ihre finanziellen Transaktionen sind in der Lage jedwede nationale Konjunkturpolitik zu durchbrechen. Mindestens 50 dieser 60 Mammutkonzerne des Jahres 1984 werden allerdings ihren Sitz, d.h. den ihrer Mutter- und Kontrollgesellschaft in den USA haben, der Rest verteilt sich auf Japan, BRD, England, Frankreich u.a. Die traditionelle militärisch-politische Vorherrschaft der USA transformiert sich so in eine privatwirtschaftliche technologisch-ökonomische Vorherrschaft von US-Firmen. Das internationale Großkapital organisiert sich über die historischen Grenzen der Nationalstaaten, jener Grenzen,

die vom kapitalistischen Bürgertum erst eigentlich geschaffen werden. In diesem Sinne hat der Kapitalismus seine eigenen Grenzen überschritten und sich international organisiert, allerdings ohne das private Eigentums- und Verteilungsprinzip aufzugeben.

Von 1962 bis 1968 schlossen sich im EWG-Raum in 3078 Fällen Großunternehmen unterschiedlichster Branchen zusammen. Seither hat sich der Konzentrationsprozeß (d.h. die Enteignung und Entmachtung von Kapitalisten durch Kapitalisten) noch beschleunigt. Immer mehr kommt es zu äußerst diversifizierten Konglomeraten, die die bisherigen branchenmäßigen Abgrenzungen durchbrechen. Dies geschieht vor allem von jenen Branchen her, die einen bestimmten Konzentrationsgrad erreicht haben und wo sich Oligopole die Waage halten. In einer oligopolistischen Situation sind die Wachstumschancen der Oligopolisten innerhalb der ursprünglichen Branche gering und deshalb versuchen sie andere Branchen und andere Nationen zu überschichten. Dadurch jedoch pflanzt sich die Konzentration von Branche zu Branche, von Land zu Land fort.

Die Konzentrationsrate in den USA betrug bereits im 1. Hj. 1968 9,3 Fusionen täglich. Unpolitische Lohnstreiks, die die Arbeitsbedingungen grundsätzlich nicht angreifen sowie die Unterschiede im Lohnsystem intakt halten, verstärken langfristig nur die derzeitigen Konzentrations- und Zentralisationstendenzen im international organisierten Hochkapitalismus. So wurden in Japan in der Zeit von 1951 bis 1969 11845 Großunternehmen fusioniert. In England belief sich die Durchschnittszahl der Fusionen im Zeitraum von 1954 bis 1958 auf jährlich 292, während 1969 schon 794 Fusionen festgestellt wurden. In Italien kam es zwischen 1961 und 1967 zu 176 Fusionen von Großbetrieben.

Der Jahresumsatz der zehn größten bundesdeutschen Industrieunternehmen betrug 1969 88,729 Mrd. DM (1967 63,796 Mrd. DM), der gesamte Industrieumsatz damals 470,5 Mrd. DM (1967 380,6 Mrd. DM). Davon entfielen 1969 auf die 50 größten Industriebetriebe 226,6 Mrd. (1967 160,5 Mrd. DM), d.h. fast die Hälfte. Innerhalb dieser 50 größten Industriebetriebe ragen folgende Oligopole heraus:

70% des Marktanteils werden von den vier größten Chemiekonzernen (Henkel, BASF, Bayer und Höchst) gehalten. 90% Marktanteile sind im Besitz der vier größten Stahlkonzerne (Krupp, Hösch, Mannesmann, Thyssen). Denselben Marktanteil haben die vier größten Fahrzeugkonzerne (Opel, VW, Daimler-Benz, Ford) 50% Marktanteil halten die vier größten Elektrokonzerne (AFG-Telefunken, Siemens, IBM und Bosch). In der Branche Chemie hat sich die Oligopolisierung der vier größten Konzerne seit 1960 von 40% auf 70% erhöht, bei den Stahlproduzenten von 58 auf 90%.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist

die verstärkte Bedeutung des Finanzkapitals. Im traditionellen Kapitalismus waren die beiden Leitungsfunktionen von Produktion und finanzieller Kontrolle organisch verwachsen. Der spätere Hochkapitalismus hingegen ist durch eine ausgeprägte Trennung finanz-technischer Funktionen von eigentlichen Produktionsfunktionen gekennzeichnet. Das verstärkte Engagement der Großbanken und deren innere Struktur zeigt diese Tendenz am deutlichsten auf: Obwohl die Zahl der Geschäftsbanken von 12.896 im Jahre 1960 auf 11.918 Ende 1966 zurückging und heute vor allem drei Banken (Dresdner Bank, die Deutsche Bank und die Commerzbank) beherrschend sind, hat die Bedeutung des Finanzsektors für die gesamte kapitalistische Wirtschaft zugenommen. Dies zeigt sich insbesondere in personellen Verflechtungen von Bank und Industrie: Ende 1960 wurden in der BRD 661 börsennotierte Aktiengesellschaften gezählt, von denen die staatliche Konzentrationskommission 619 untersuchte. Bei diesen Gesellschaften bestellten die Aktionäre 3386 Aufsichtsratsmitglieder, davon waren 930=27,5% Bankenvertreter (oder besser gesagt Vertreter des Finanzkapitals), 795 arbeiteten im Nicht-Banksektor. Die Verflechtung gilt auch umgekehrt: Die Zusammensetzung der 96 Aktionärsvertreter in den Aufsichtsräten der drei beherrschenden Großbanken sah im Jahre 1960 wie folgt aus: 7 frühere Vorstandsmitglieder der Banken (sozusagen lebende Denkmäler), 6 nicht näher zuzuordnende Personen, 57 Vertreter von 47 Aktiengesellschaften und 26 Vertreter von 25 anderen Unternehmungen. Von den 72 in den Aufsichtsräten vertretenen Firmen gehören 41 mittel- oder unmittelbar zu den größten 100 Unternehmensverbindungen der Industrie, drei zu den größten Handelsunternehmungen und vier zu den großen Versicherungen, sodaß zwei Drittel der AR-Mitglieder aus der Großindustrie kam. Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß die drei Großbanken ausnahmslos "Publikumsgesellschaften" sind, d.h. ihr Aktienkapital ist relativ breit gestreut. In der Praxis bestehen daher keine eigentlich kontrollierenden Großaktionäre. Dies ist ein weiterer Hinweis für die wachsende Bedeutung des Finanzsektors für die kapitalistische Wirtschaft, diese Bedeutung geht so weit, daß das Eigentum an den Großbanken innerhalb der Kapitalistenklasse sozusagen "sozialisiert" wurde. Daß diese Struktur kein bundesdeutscher Spezialfall ist zeigt die Situation in der Schweiz: Auch dort drei beherrschende Banken als finanzielles Zentrum, auch dort eine starke personelle Verflechtung zwischen Großindustrie und Banken, aber auch eine breite Streuung des Aktienbesitzes der Banken (dh. eine "Vergesellschaftung" der finanziellen Funktionen innerhalb der Kapitalistenklasse)

Wichtig ist allgemein, daß eben die zunehmende Zentralisierung der heutigen Wirtschaft die bisherigen lenkenden Marktmechanismen außer Kraft gesetzt hat und

sich daher neue Formen der Regulierung aufdrängen, (dies noch verstärkt durch zunehmend deutlich werdende Grenzen des Wachstums): Produziert wird heute von wenigen beherrschenden Unternehmen in solch einem Ausmaß, daß eine gesamtwirtschaftliche Planung unerlässlich erscheint. Die heutigen Finanzbeträge sind so hoch, daß ohne technokratische Regulierung das gesamte geldmäßige Gefüge (und damit der Kapitalismus) bedroht erscheint. Die damit notwendigerweise einhergehende Zentralisierung auch staatlicher (und gewerkschaftlicher) Verwaltung führt in der Folge zu einer eigentlichen Herrschaft einer miteinander kooperierenden Industrie-Bank-Handelselite, sowie Spitzen der Staats- und Gewerkschaftsapparate. (wenn auch bei der Eingliederung von Staat und Gewerkschaften Grenzen und Konflikte vorhanden sind). So schreibt auch Joachim Hirsch in seinem Buch "Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System": "An die Stelle der marktwirtschaftlichen Lenkung des Privatkapitalismus ist im wesentlichen Umfange die administrative getreten. Damit kann aber die staatliche Administration weniger denn je als relativ autonome, von der "Wirtschaft" und ihrem Mechanismus getrennt zu betrachtende Institution begriffen werden. Sie wird vielmehr zum integralen Bestandteil des gesellschaftlichen Produktionsapparates. . . Damit verlagern sich die ökonomischen Antagonismen und die Konflikte einzelner Machtgruppen und wirtschaftlicher Teilsektoren immer stärker und unmittelbarer in den administrativen Apparat hinein. Dessen Tätigkeit wird in durchaus neuer Form vom anarchischen Charakter der herrschenden Produktionsweise beeinflusst, was seine Fähigkeit zur tatsächlichen Stabilisierung des gesellschaftlichen Systems ernsthaft in Frage stellt." Mit anderen Worten: Wirtschaft und Gesellschaft können immer weniger über Konkurrenz und Marktmechanismen "gesteuert" werden (höchstens noch in Teilbereichen), sondern immer mehr nur durch ein Zusammenspiel wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und staatlicher Verwaltungen. Die Dynamik, die Planung und Entwicklung des Kapitalismus soll immer weniger nicht nur von den (traditionell hochgehaltenen und legitimierenden) Prinzipien der "freien Marktwirtschaft", sondern organisationell-bürokratisch geregelt werden. Die historische Tat des frühen Kapitalismus war es ja gerade innerhalb der Produktion rationelle organisationell-technologische Mittel zu Produktionsoptimierung eingeführt zu haben. Nachdem im späteren Kapitalismus weniger die eigentliche Produktion als der Verkauf, Vertrieb und Konsum zum Hauptproblem wurde, wurde auch dort versucht, neue Regelungsmechanismen zu finden (Beispiele dazu sind die Keynsche Konjunkturpolitik im traditionellen Sinn). Durch die zunehmende Zentralisierung, jedoch auch durch eine "unkontrollierte" technologische Entwicklung, die den Kapitalismus

ständig destabilisierte sollen neue Bereiche kapitalistischer Rationalität unterworfen werden. Dabei geht es in erster Linie um Steuerung, Regelung, Planung und Entwicklung der gesamt-kapitalistischen Entwicklung. Dabei arbeiten staatliche, wirtschaftliche und technologische Bürokratien immer häufiger Hand in Hand. In einem gewissen Sinne bedeutet dies eine teilweise Vergesellschaftung der Planung und Steuerung, indem nicht mehr nur direkte Eigentümer als atomistische Kleinunternehmer schließlich über Marktkräfte den gesellschaftlichen Kurs bestimmen, sondern auch technisch-orientierte Wirtschafts- und Polit-Experten. Der Hauptwiderspruch besteht darin, daß dieser teilweisen Vergesellschaftung wirtschaftlicher Planung eine durchgehend private Aneignung gegenübersteht. Planung und Regulierung orientiert sich nicht nur immer noch an den Bedürfnissen privater Gruppen, sondern dient in erster Linie der Erhaltung und Stabilisierung einer privatwirtschaftlich ausgerichteten-Gesellschaft. Es ist aber gerade die private Orientierung einer bürokratischen Verwaltung der Gesellschaft, die die gesamte Planung und Steuerung immer wieder in Widerspruch zu den Interessen einer Mehrheit stellt, und damit eine rationelle Planung eben gerade langfristig verhindert.

#### Trennung von Eigentum und Kontrolle

Die vorher beschriebene Tendenz zur "Vergesellschaftung" von Planung und Kontrolle u.a. ist auf gesamtgesellschaftlicher Ebene vorläufig noch wenig sichtbar, deutlicher zeigen sich solche Tendenzen jedoch innerhalb der Produktionsorganisationen selbst:

dabei gibt es zwei Prozesse: eine zunehmende Trennung der beiden Funktionen: Kapital Besitz und Unternehmensführung. Das Geld des kleinen Aktionärs arbeitet im Unternehmen für die Interessen des Kapitals — repräsentiert durch Management und Großaktionäre, die für Kritik und Opposition nur ein mildes Lächeln haben. Besonders dort, wo der Aktienbesitz breit gestreut ist, können Manager die eigentliche Kontrolle übernehmen, unabhängig ob sie finanziell beteiligt sind oder nicht. Aber auch dann, wenn eigentliche Großaktionäre (oder gar Familienmitglieder) eine Großunternehmung "besitzen", kommt es zwangsläufig zu einer Trennung von Eigentum und Kontrolle. Schon allein die Größe der Unternehmung macht es notwendig eine hierarchische, abgestufte Kontrollstruktur, eine eigentliche Herrschaftsbürokratie zu errichten. Die Verwaltung der Besitzrechte und der finanziellen Kontrollen bleibt in den Händen der Eigentümer, die Kontrolle und Führung der Produktion wird in dem Sinne vergesellschaftet als sie an andere Nicht-Eigentümer delegiert werden muß: Manager (verschiedenste Abstufung) leiten die Geschäfte, beraten von einer technokratisch-wissenschaft-

lichen Elite, Spezialisten haben bestimmte Kontrollbefugnisse. Die moderne Prozesstechnologie, wo die Abläufe technologisch geregelt werden, führt selbst zu einer Delegation von Kontroll- und Entscheidungsbefugnissen auf die unterste Stufe der Arbeiter. So wäre es z.B. in einem modernen Chemiebetrieb mit einer vollautomatisierten Produktion sinnlos die Arbeiter durch Vorgesetzte zu überwachen und anzuleiten, da die Aufgaben technisch vorgegeben sind, eventuelle Fehler von der Maschine selbst kontrolliert und reguliert werden usw. Die immer größeren Unternehmensformen machen weiterhin eine langfristige und qualifizierte Planung immer erforderlicher, dabei müssen Entscheidungen von Spezialisten vorbereitet, Kontroll- und Planungsaufgaben organisiert und delegiert werden. Insgesamt wird in einer modernen, komplexen Unternehmung, Kontrolle und Regulierung durch eine stark ausgebaute Bürokratie vermittelt. Die Rolle der Bürokratie besteht in zunehmendem Masse darin, Planungs- und Kontrollaufgaben, die aufgrund technowirtschaftlicher Entwicklungen stark anstiegen, so weit nach unten zu delegieren (bzw. so stark zu "vergesellschaften"), daß die Spitze optimal entlastet wird und das gesamte Gefüge rationell funktioniert. Die riesige Konzentration von Produktionsmitteln, die neuen technischen Entwicklungen u.a. erfordern eine starke Vergesellschaftung von Herrschafts- und Kontrollaufgaben. (In diesem Sinne ist eine weitere Stufe der kapitalistischen Entwicklung erreicht: die erste Stufe war durch eine starke Vergesellschaftung von Kontroll- und Planungsfunktionen, wobei die sogenannte Revolution der Manager nur ein Teil ist, gezeichnet.) In diesem Sinne, kann von einer Trennung von Eigentum und Kontrolle gesprochen werden. Allerdings — und darin besteht das Dilemma jeder privat orientierten Bürokratie und Administration: die ganze Kontroll- und Planungsstruktur darf nicht so weit vergesellschaftet und durchrationalisiert werden, daß eine Gefahr der Verselbständigung geschieht. Die Kollektivierung ursprünglich "unternehmerischer Aufgaben" darf die Erhaltung privater Aneignung nicht gefährden. In diesem Sinne müssen die Klassenverhältnisse in die Organisation einbezogen werden, durch ein abgestuftes Belohnungs- und Karrieresystem soll die jeweilige tiefere Stufe immer von der jeweiligen höheren Position abhängig gemacht werden. Nun besteht jedoch ein Widerspruch zwischen der Rationalisierung (d.h. nach unten Delegation) von Produktions- und Planungs-Kontrollaufgaben und der Aufrechterhaltung von Abhängigkeiten von unten nach oben. Die beiden Funktionen von Bürokratie, die Effektivierung von Produktion und Planung stehen im Widerspruch zur Effektivierung interner Kontrolle und Herrschaft. (Die bekannte "Überbelastung" oberer hierarchischer Stelle ergibt sich aus diesem Widerspruch, da aus Herrschaftsgründen nicht in dem



(ein gutes Beispiel... die Ameisen)

Dieses Solidar-Prinzip schätzen weit über 5 Millionen DAK-Versicherte.

Wer wenig verdient (oder gar nichts), zahlt wenig. Wer mehr verdient, zahlt mehr — trotzdem hat jeder den gleichen Leistungsanspruch.

Die DAK wird von ihren Mitgliedern verwaltet...

Selbstverwaltung — das ist Mitbestimmung im wahrsten Sinne des Wortes!

Die DAK bietet allen Studenten

### vollen Krankenversicherungsschutz ab 17 DM monatlich.

Studenten können Mitglied der DAK werden, wenn sie vorübergehend eine Angestelltentätigkeit ausüben, z.B. als Werkstudent.

Über Leistungen, Beitragseinstufung und Weiterversicherung geben unsere 875 Geschäftsstellen im Bundesgebiet und in West-Berlin jede gewünschte Information.

**DAK**  
DEUTSCHE ANGESTELLTEN-KRANKENKASSE

Maß Befugnisse nach unten delegiert werden als nötig, um die rationellste Produktion zu erreichen. Die bekannte bürokratische Langsamkeit ist die Folge ungenügender "Vergesellschaftung" von Planungs- und Kontrollaufgaben.)

Die Selbstaufhebung der freien Marktwirtschaft, die zur administrativen Regulierung ökonomisch-politischer Prozesse führt, bildet einen Motor zur Bürokratisierung auch der Beziehung zwischen Wirtschaft-Staat, Wirtschaft-Gewerkschaften, u.a.

### Die ökonomisch-politische Elite

Der amerikanische Soziologe Norman Birnbaum schreibt in seiner Untersuchung über die "Krise der industriellen Gesellschaft" (ed. suhrkamp 386): "In den hochtechnisierten, administrativ-produktiven Systemen industrieller Gesellschaften ist der Begriff des 'puren' Eigentums obsolet-sowohl der des körperschaftlichen Eigentums kapitalistischer Art als auch der des Staatseigentums sozialistischer Form." Das heißt: Als Erklärung für Herrschaftsstrukturen genügt das Eigentum allein immer weniger. Immer größer wird die Bedeutung techno-bürokratischer Strukturen." Der verallgemeinernd als "Bürokratisierung" bezeichnete Prozess, der mit der Herausbildung des monopolistischen Kapitalismus einsetzte und Veränderungen sowohl der Klassenstruktur als auch der Funktionsweise des Klassenwiderspruchs einbegreift, kann nun in seinen Grundzügen charakterisiert werden: erstens als Ausdehnung der Verwaltungsapparate im staatlichen, öffentlichen und industriellen Bereich aufgrund fortgeschrittener Vergesellschaftung von Produktion und Reproduktion wodurch Herrschaftsbeziehungen hierarchisch abgestuft und als Sachzwang verkleidet werden, zweitens als Regulierung sozialer Prozesse und Konflikte unter Ausschaltung öffentlicher Diskussion, demokratischer Kontrolle und Selbsttätigkeit der Betroffenen, drittens als Organisationsform der Klassenverhältnisse, des kapitalistischen Grundwiderspruches zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung." (K. Heymann; Bürokratisierung der Klassenverhältnisse im Spätkapitalismus in: Klaus Meschkat, Oskar Negt: Gesellschaftsstrukturen, Suhrkamp Frankfurt 1973) Im Zusammenhang mit der Erhaltung und Schaffung von Eigentums- und Herrschaftsstrukturen durch eine partiell "vergesellschaftete" Planung und Kontrolle ist der Tätigkeitsbereich eigentlicher Technokra-

ten immer größer geworden. Sei es dass Politiker mit technischer Qualifikation, welche die technischen Konsequenzen politischer Entscheidungen berechnen können, diese Entscheidungen der Bevölkerung zu verkaufen suchen. Sei es, dass wirtschaftliche Spezialisten wirtschaftspolitische Entscheidungen übernehmen. Neben dem Kapitalisten und Unternehmer im traditionellen werden zunehmende beratende und planerische, sowie zum Teil Entscheidungsfunktionen an bürokratisch-technische Spezialisten delegiert. (In sich sozialistisch nennenden Systemen hat diese technisch-bürokratische Elite die unmittelbare Kontrolle des Staatseigentums und der planerischen Entwicklungen) Aber auch im westlichen Monopolkapitalismus führt die Entwicklung ebenfalls zu einer (bis jetzt erst partiellen) Konzentration von Macht in den Händen einer techno-bürokratischen Elite. Dabei verflechten sich Staat und Wirtschaft immer mehr, nicht nur wie im Frühkapitalismus bezüglich der Werte und Ziele, sondern immer mehr bezüglich der Herrschaftsstrukturierung. Birnbaum bemerkt dazu: "Die Besitzenden besitzen und benutzen den Staat . . . zur Erhaltung und Ausbreitung ihrer ökonomischen Herrschaft . . . In den sozialistischen Staaten wird konzentriertes (Staats) Eigentum von einer politischen Elite in der Partei dazu benutzt, die Gesellschaft zu beherrschen und auszubeuten durch den Staat. In den kapitalistischen Gesellschaften wird konzentriertes Eigentum in seiner klassischen Form als direktes Mittel der Ausbeutung genutzt." Doch geschieht heute Kontrolle nicht nur über Eigentum, sondern politische und bürokratische Eliten (als eigentliche Techniker der Herrschaft) helfen in Symbiose mit der eigentlich besitzenden Klasse mit, die Herrschaftsordnung aufrechtzuerhalten. Entscheidend dabei ist, daß sich die Klassenverhältnisse aufgrund dieser Entwicklung zunehmend "bürokratisieren": Nicht mehr nur die direkte Kontrolle von oben nach unten, sondern eine vermittelte, indirekte Herrschaft ist kennzeichnend, was wirtschaftliche und politische Entscheidungen als "Sachzwänge" erscheinen läßt. Für den verwaltenden Menschen (der oft in einem bestimmten Bereich selber zu den Verwaltern gehört) bedeutet dies:

- die Herrschaftsstruktur wird für ihn zunehmend komplexer und undurchschaubarer
  - Machtausübung wird durch vielfältige hierarchische Kanäle gefiltert
- sie wird nicht mehr direkt erlebbar, son-

dern zeichnet sich in komplizierter Verordnungen, Regelungen usw. ab, deren Klassencharakter verschleiert sind. Wirtschaftliche-politische Entscheidungen erscheinen als "Sachzwänge", Macht- und Herrschaftstechnokraten als "sachverständige Spezialisten."

Nach dem bekannten Subkultursoziologen Rolf Schwendter ist im Unterschied zum autoritären Staats- und Privatkapitalismus, aber auch zur Aufhebung technobürokratischer Strukturen, ein basisdemokratischer Sozialismus gerade in den hochentwickelten industriellen Gesellschaften durchaus möglich, wenn im Kampf gegen die ökonomisch-politischen Mächtigen und ihren "Spezialisten" auch eine neue Technik und Organisation durchgesetzt wird. Er nannte in einem "Pardon-Interview" folgende Bedingungen:

- 1) Vergesellschaftung der Produktionsmittel (als notwendiger, jedoch bei weitem nicht genügender Schritt)
- 2) die Errichtung eines Systems von Selbstverwaltungsorganen (Räten) und die rechtzeitige Einübung von Selbstverwaltung
- 3) die Einübung in kollektive Arbeitsformen
- 4) die Rotation der Funktionsträger
- 5) den Einsatz der Medien (Fernsehen, Datenverarbeitungsanlagen) für die Permanenz der Demokratie
- 6) umfassende Bildung und ständige Weiterbildung aller Mitglieder des Gemeinwesens
- 7) die Erziehung zum Ich-Starken, solidarischen, kritischen Bewusstsein
- 8) die Motivierung der jeweils am wenigsten motivierten
- 9) ein optimales Verhältnis von Effektivitäten der Willensentscheidung und permanenter umfassender Willensbildung

Doch dafür kann erst in der konkreten politischen Aktion das Bewußtsein entwickelt werden. Die Geldmittel zur Verdoppelung des Lebensstandards der Dritten Welt, zur Beseitigung der drohenden Umweltzerstörung und zur Bekämpfung des allgemeinen Bildungsnotstandes sind vorhanden. Alle Staaten der Welt gegen jährlich mehr als 200 Milliarden Dollar für die militärische Aufrüstung aus. Diese Summe entspricht etwa 6,5 % des gesamten Sozialproduktes der Welt und ungefähr einem Drittel aller Staatsausgaben oder dem gesamten Nationaleinkommen der Dritten Welt.

**Francois Höpflinger**  
**Peter van Spall**

# Umweltgestaltung.

Zur Integration von Natur- und Gesellschaftswissenschaften in der wissenschaftlich-technischen Revolution

“Umwelt aus wissenschaftlicher Sicht” lautet der Titel eines Berichts in der “Frankfurter Allgemeinen” vom 28.7.73. Was kann man darunter verstehen? Meiner Meinung nach kann eine wissenschaftliche Betrachtung des Umweltproblems nichts anderes heißen als ein integriertes Vorgehen von Natur- und Gesellschaftswissenschaften. Im folgenden soll an Hand einiger Hinweise die Notwendigkeit der Integration von Natur- und Gesellschaftswissenschaften aufgezeigt werden und die grundsätzliche Unmöglichkeit, eine solche Integration auf der Basis der bürgerlichen Ideologie zu vollziehen.

## I.

Skeptisch über die Möglichkeit einer solchen Integration unter den bei uns herrschenden Bedingungen wird man schon, wenn man sich den Veranstaltungskatalog der Frankfurter Uni zur Umweltproblematik ansieht. Auch hier wird das Problem der Umweltgestaltung wie in der ganzen BRD völlig unkoordiniert und zersplittert angegangen. Der Versuch, zumindest eine organisatorische Basis zu einem einheitlicheren Vorgehen verschiedener Fachbereiche in Form eines wissenschaftlichen Zentrums für Umweltforschung zu schaffen, wurde durch die ständigen Mittelkürzungen illusorisch.

Die Hoffnung vieler Wissenschaftler, die durchaus bereit gewesen wären, bei entsprechenden materiellen Voraussetzungen ihre Arbeit an bestimmten Umweltproblemen zu beschleunigen, wurde durch die Entscheidung des Kultusministers enttäuscht. So reicht das Potential der Umweltforschung an der Frankfurter Uni heute bei weitem nicht aus, um nur einen halbwegs bedeutenden Beitrag zur Erforschung der Umweltprobleme im Rhein-Main-Gebiet zu leisten. Wer wirklich groß in die Umweltforschung einsteigen will, wird auf Industriegelder angewiesen sein. Der augenblickliche Zustand der Umweltforschung an der Frankfurter Uni ist also bestens geeignet, um die wichtigsten Umweltverschmutzer im Rhein-Main-Gebiet auch künftig ungestört ihren schmutzigen Geschäften nachgehen zu lassen.

Bei der Durchsicht der Veranstaltungen zum Umweltproblem fällt sofort auf, daß die Gesellschaftswissenschaften unterrepräsentiert sind. Hier beschränken sich die Veranstaltungen im wesentlichen auf den Fachbereich Wirtschaftswissenschaften. Die Soziologen arbeiten überhaupt an nur einem Projekt mit, das

überwiegend von den Wirtschaftswissenschaftlern gestaltet wird. Der überwiegende Teil von Forschung und Lehre zum Umweltproblem wird in Frankfurt wie in der ganzen BRD von den Naturwissenschaftlern geleistet. Doch diese sind in der Regel schon von ihrer Ausbildung her nur sehr selten in der Lage, die Umweltprobleme wirklich wissenschaftlich zu betrachten. Wenn die Umweltprobleme die Folge eines in bestimmter Weise organisierten Stoffwechsels zwischen Gesellschaft und Natur sind, reicht eine rein naturwissenschaftliche Betrachtungsweise der Probleme eben nicht aus. Weder das Wesen der aktuellen Probleme noch die grundsätzlichen technischen und gesellschaftlichen Möglichkeiten zu ihrer Lösung können auf diese Weise aufgeklärt werden. Eine rein naturwissenschaftliche Betrachtungsweise der Umweltprobleme kann unter Umständen bereits die Problemstellungen so verzerren, daß am Schluß ausgesprochen reaktionäre Schlußfolgerungen zutage gefördert werden. Im Fachbereich Biologie soll z.B. ein Seminar über den Zusammenhang der Welternährungslage mit der “Bevölkerungsexplosion” veranstaltet werden. Schon der Titel dieses Seminars läßt eine völlig falsche Ausgangslage erkennen. Die augenblicklichen Ernährungsprobleme sind keine Folge der sog. Bevölkerungsexplosion. Die Nahrungsmittelproduktion der Welt steigt auch heute im Durchschnitt viel schneller an als die Bevölkerung. Ohne die Einbeziehung der in den Gesellschaftswissenschaften erforschten elementaren Tatsache, daß jede Gesellschaftsformation ihr eigenes Bevölkerungsgesetz hat, wie es Marx im 1. Band des “Kapital” hervorgehoben hat, läuft die Betrachtung des Welternährungsproblems auf einen Rückfall in die reaktionäre Ideologie des Malthusianismus hinaus. Die Entwicklung der Weltbevölkerung läßt sich nicht mit der Entwicklung einer Bakterienkultur vergleichen, wie das etwa der amerikanische Biologe Paul Ehrlich tut (“Die Bevölkerungsbombe, München 1971). Die relative Überbevölkerung in den Entwicklungsländern ist kein Naturgesetz, sondern Resultat bestimmter Eigentumsverhältnisse und keokolonialer Abhängigkeiten.

Die augenblicklichen Umweltprobleme sind zunächst eine Folge der kolossalen Ausweitung der gesellschaftlichen Beeinflussung der Biosphäre in der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die von der Gesellschaft auf die Biosphäre

ausgeübten Kräfte beginnen die in der Biosphäre selbst wirkenden Kräfte zu übersteigen. Unter den Bedingungen des Sozialismus wird diese Tatsache zum Anlaß genommen, die Voraussetzungen zu einer planmäßigen Steuerung der Ökosysteme nach gesellschaftlichen Bedürfnissen zu schaffen. Unter kapitalistischen Bedingungen können diese Voraussetzungen wegen der herrschenden Anarchie der Produktion nicht geschaffen werden. Die Verstärkung der gesellschaftlichen Einwirkung auf die Natur verschärft hier nur den Raubbau.

Während unter sozialistischen Bedingungen das riesige Anwachsen der Kräfte des gesellschaftlichen Menschen zu der optimistischen Zuversicht führt, nun die Mittel in der Hand zu halten, um die Natur endgültig zu bezwingen, die Biosphäre nun aus einem Reich blind wirkender Naturgewalten zu einem Reich der Vernunft, der “Noosphäre”, machen zu können, taucht im Kapitalismus plötzlich eine Flut von pessimistischen Theorien auf, die aus den nicht mehr wegzuleugnenden Raubbauerscheinungen den nahenden Weltuntergang herleiten. Wissenschaftlich-technische Lösungen gebe es für die Umweltprobleme nicht. Die ganze Geschichte der zunehmenden Vervollkommnung der menschlichen Einwirkungen auf die Natur sei ein Irrtum. Wissenschaft und Technik seien letztlich an allen Übeln schuld. Der Fortschritt müsse aufgehalten werden. Das “Zurück zur Natur” ist unüberhörbar. Aus der Unfähigkeit des Kapitalismus, die menschlichen Umwelteinflüsse unter Kontrolle zu bringen, wird gefolgert, die Natur sei überhaupt nicht beherrschbar. Die apologetische Leugnung gesellschaftlicher Gesetze wird jetzt auch teilweise auf die Naturgesetze ausgedehnt.

## II.

Wenn die gesellschaftliche Einwirkung auf die Biosphäre zum wichtigsten Faktor biologischer Evolutionsprozesse wird, zum wichtigsten Selektionsprinzip, leuchtet es ein, daß die Untersuchung dieser Evolutionsprozesse nicht mehr nur eine Angelegenheit von Biologen ist. Auch Gesellschaftswissenschaftler müssen an der Erforschung der Auslösung bestimmter Selektionsmechanismen beteiligt werden.

In Bezug auf die Biosphäre erhält der gesellschaftliche Mensch zunehmend die Möglichkeit, “wie Gott” zu handeln. Der englische bürgerliche Anthropologe Edmund Leach sieht das so: “Es ist nicht Eitelkeit zu sagen, der Mensch sei gott-

ähnlich geworden; es hat wesentliche Bedeutung, das auszusprechen und zu verstehen. Da wir wie Götter nun die Natur verändern können – den Menschen einbegriffen –, können wir uns nicht länger mit dem Gedanken selbst betrügen, daß die reine Suche nach wissenschaftlicher Erkenntnis in sich selbst gerechtfertigt sei. Es ist nicht mehr wahr, daß die Natur von unabänderlichen Gesetzen bestimmt ist, die außerhalb unser selbst liegen. Wir sind verantwortlich geworden.“ In dieser Äußerung klingt zwar deutlich eine Leugnung der Existenz von Naturgesetzen an, ihr Ausgangspunkt aber ist richtig.

In der kapitalistischen Gesellschaft kann allerdings diese von Leach geforderte „Verantwortung“ nicht übernommen werden. Die Einsicht, Möglichkeiten in der Hand zu halten, um „wie ein Gott“ handeln zu können, läßt die Menschen im Kapitalismus eher erschrocken zusammenfahren. Angesichts der wachsenden Anarchie der Produktion, wovon die Umweltprobleme wohl der deutlichste Ausdruck sind, verliert man den Glauben daran, die im Laufe des gesellschaftlichen Fortschritts erworbenen Werkzeuge zur Bearbeitung der Natur auch im Interesse der Gesellschaft einsetzen zu können. Die ständige Pervertierung gesellschaftlicher Produktivkräfte in Destruktivkräfte tut ein übriges. Die Zustände im Kapitalismus erscheinen als der beste Beweis dafür, daß es den Menschen nicht erlaubt sei wie Gott zu handeln. Der Glaube der Humanisten an die unbegrenzte Vervollkommnungsfähigkeit des gesellschaftlichen Menschen, an die grundsätzliche Unbegrenztheit menschlicher Naturbeherrschung, sei ein Irrtum gewesen. Der ganze Prozeß gesellschaftlichen Fortschritts sei eine Sünde gegenüber dem natürlichen Gleichgewicht. Der „Dämon Technik“ wird zur Ursache aller Übel erklärt.

Aus diesem weitverbreiteten Gefühl der Ohnmacht suchen verschiedene imperialistische Denkfabriken nocht mit Erfolg Kapital zu schlagen. Gilt es als erwiesen, daß man mit der Orientierung auf optimistische Zukunftsbilder von den Werktätigen keine Opfer zur Finanzierung der systemerhaltenden „inneren Reformen“ mehr rechtfertigen kann, so müssen die Erscheinungen der Umweltzerstörung, der wachsenden Armut, der wachsenden Rauschgiftsucht etc. in den USA nun dazu herhalten, zu beweisen, daß der Weltuntergang nahe ist, wenn der wissenschaftlich-technische Fortschritt und das Wachstum der materiellen Produktion sich wie bisher weiterentwickeln. Die Unfähigkeit des Kapitalismus, die wissenschaftlich-technische Revolution zu bewältigen, wird als natur-notwendig herausgestellt, die Unfähigkeit der Herrschenden zur Organisation eines dauerhaften und ausgewogenen Wirtschaftswachstums wird zur humanistischen Tat erklärt, die die Menschheit vor dem Erreichen ihrer Wachstumsgrenzen retten soll. Das dahin-

terstehende praktische Anliegen aber besteht darin, daß die Kapitalisten heute offensichtlich nur noch durch die Erzeugung von Weltuntergangspsychosen Reallohnabbau und andere Opfer von den Werktätigen verlangen können. Am deutlichsten wird das in der im Auftrag des „Club of Rome“ erstellten Studie „Die Grenzen des Wachstums“.

Die dieser Studie zugrundeliegende Erkenntnistheorie ist übrigens der im Kapitalismus am weitesten verbreitete Versuch, auf der Basis der bürgerlichen Ideologie so etwas wie eine Integration von Natur- und Gesellschaftswissenschaften herzustellen: der Positivismus, der statt einer wirklichen Integration der Wissenschaft durch Leugnung der qualitativen Unterschiede zwischen den verschiedenen Bewegungsformen der Materie, durch Reduktion gesellschaftlicher, biologischer, chemischer Gesetze auf physikalische Gesetze so etwas wie eine „Einheitswissenschaft“ konstruieren möchte. Allerdings tut die objektive Realität den bürgerlichen Ideologen wie Carnap, Naurath, Wittgenstein und Popper nicht den Gefallen durch eine solche „Einheitswissenschaften“ erforschbar zu sein. Jede Bewegungsform der Materie hat ihre qualitativen Besonderheiten, spezifische sie von anderen Bewegungsformen abhebende Gesetzmäßigkeiten, die nur durch spezielle Erkenntnismethoden der Einzelwissenschaften erschlossen werden können. Integration der Wissenschaften kann nur Integration der selbstständigen Einzelwissenschaften bedeuten, wobei Disziplinen, die bewegungsformindifferente Gesetze der Materie untersuchen, wie z.B. die Kybernetik, große Hilfestellungen leisten können. Noch größere Hilfestellungen leistet die Philosophie. Und zwar nicht irgendeine Philosophie, sondern jene Philosophie, die als einzige in der Lage ist, sich mit den Fortschritten der Einzelwissenschaften selbst ständig zu vervollkommen, die den Einzelwissenschaften helfen kann, sich über den Gebrauch bestimmter Begriffe zur Erklärung der objektiven Realität Rechenschaft abzulegen: der historischen und dialektische Materialismus.

Der Positivismus hat diese Vorzüge nicht. Er ist seinem Wesen nach dogmatisch und antidialektisch. Er hat lediglich für die Herrschenden den Vorzug maximaler Verschleiерung bestehender Machtverhältnisse und der Möglichkeit zur „wissenschaftlichen“ Untermauerung des Antikommunismus. Jede auf dem Positivismus basierende Methode muß letztlich versagen, wenn es darum geht, bestimmte Prozesse in Natur- und Gesellschaft zu steuern, wozu man zumindest einige grundlegende Widersprüche aufdecken muß. Die Krise der bürgerlichen Ideologie besteht gerade darin, daß sie sich unter der Bedingung der wissenschaftlich-technischen Revolution, wo Leitungsprobleme nicht nur in der internationalen Systemauseinandersetzung ständig an Bedeutung gewinnen, sich längst nicht mehr ausschließlich auf

ihre zweifelsohne ebenfalls bedeutsame apologetische Funktion beschränken kann. Gerade im Interesse der Erhaltung des Systems muß die Arbeit der bürgerlichen Ideologen den Herrschenden immer auch ein Mindestmaß an Einsicht in systembedrohende Widersprüche gewähren. Hier hat der Positivismus längst versagt. Aus ihm läßt sich höchstens eine sozialdemokratische Strategie der kleinen Reformen ableiten, die Popper in seiner Theorie des „Herumbastelns“ und „Durchwurstelns“ (1) begründet hat. Für aktuelle gesamtgesellschaftliche oder gar internationale Leitungsprobleme, wie z.B. das Umweltproblem, reicht eine solche Strategie des „Herumbastelns“ auch im Interesse der Systemerhaltung nicht mehr aus.

Wie angedeutet, sind die Umweltprobleme die Folge eines explosiven Wachstums der Produktivkräfte, die die längst zu eng gewordenen Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu zersprengen drohen. Auf kapitalistischer Basis kann der Entwicklung der Produktivkräfte nur durch die Monopolisierung Rechnung getragen werden, heute durch Monopolisierung im staatlichen und internationalen Maßstab. Die vieldiskutierten „multinationalen“ Monopole sind die kapitalistische Antwort auf die Internationalisierung der Produktivkräfte. Aber nicht nur die im Gefolge dieser internationalen Monopolisierung aufgetretene internationale kapitalistische Währungs- und Umweltprobleme zeigen deutlich, daß das Monopol nicht in der Lage ist, die Anforderungen der modernen Produktivkräfte zu bewältigen. Das Monopol existiert neben und auf der Basis der Konkurrenz. Staatliche und internationale Monopolisierung verschärfen die monopolistische Konkurrenz. Die kapitalistischen Staaten, früher außerhalb der Sphäre der Konkurrenz wirkend, werden partiell in diese Sphäre hineingezogen, sind noch weniger als früher in der Lage, bestimmte Regulierungen im Gesamtinteresse des kapitalistischen Systems durchzuführen. Im Bezug auf die Umweltprobleme wird diese Unfähigkeit für die kapitalistischen Staaten ziemlich heikel.

Im Laufe der WTR wird die Biosphäre zu Marx Zeiten noch ein überwiegend passives Element des Produktionsprozesses zu einer wichtigen Produktivkraft. Neben der Produktivkraft Wissenschaft stellt diese Produktivkraft die größten Anforderungen an die nationale und internationale Leitung der Wirtschaft; denn die Biosphäre ist unteilbar. Die augenblicklich verbreiteten pessimistischen Theorien kapitulieren von vorneherein vor dem Problem der internationalen Steuerung der Umweltqualität. In der MIT-Studie „Die Grenzen des Wachstums“, eine besonders raffinierte Ausgeburt des Zweckpessimismus, wird die überlebte Ordnung des Kapitalismus letztlich dadurch aufrechtzuerhalten versucht, daß die Entwicklung der modernen

Produktivkräfte, die man nicht bewältigen kann, eingefroren wird ("Nullwachstum"). Ideologen, denen die Sorge um die Erhaltung des Systems zum Beruf geworden ist, Futurologen, mag ein solches "Nullwachstum" vielleicht als einzige Möglichkeit zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erscheinen, durchführbar ist ein solches Unternehmen auf dem Boden des Kapitalismus nicht. Auch hier müßte ja gegenüber divergierenden Monopollinteressen eine gesamtgesellschaftliche Leitung durchgesetzt werden. Im übrigen hieße es, Wunder zu erwarten, wenn sich die "Nullwachstums"-Forderung nicht nur auf das Einkommen der Arbeiter und Angestellten beziehen würde, sondern auch auf die Profite.

Das Kapital muß weiter akkumulieren. Um die Bedingungen der Kapitalverwertung aufrechtzuerhalten, müssen allerdings die Umweltbedingungen auf ein bestimmtes Niveau gehalten werden. Das Kapital braucht hierzu wissenschaftliche Untersuchungen bestimmter Bereiche des Verhältnisses Gesellschaft-Bio-sphäre, anders können auch minimale Leistungsprobleme nicht gelöst werden. In diesem Zusammenhang taucht dann auch von Seiten bürgerlicher Wissenschaftler und Politiker die Forderung nach einer wirklichen Integration von Natur- und Gesellschaftswissenschaften auf: "Es ist dringend notwendig, über die Weltuntergangsmodele hinaus Gegenbeispiele zu entwickeln: Sozialwissenschaftler und Naturwissenschaftler sollten in enger Zusammenarbeit realistische Modelle entwickeln, deren Anwendung bei Beibehaltung des wirtschaftlichen Wachstums die physische Stabilität des Ökosystems, in dem wir leben, garantieren würde." (M. Fischer, Inst. f. Systemtechnik und Innovationsforschung der Fraunhofer-Gesellschaft, Karlsruhe: Umweltfreundliche oder ökologische Technik, Beitrag auf dem Symposium "Die Umwelt im Griff?", Frankfurt/M. November 1972)

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß der "Club of Rome", der Verein zur Rettung des Kapitalismus in der Phase der Verschärfung seiner allgemeinen Krise, neben der mit einem nie dagewesenen Propagandaaufwand verbreiteten MIT-Studie gänzlich ohne Publicity eine Alternativstudie für den kapitalistischen Hausgebrauch angertigen ließ, die sich im Gegensatz zur MIT-Studie nicht auf positivistischen Ausgangspositionen und die von Jay W. Forrester am MIT für Probleme des betrieblichen Managements entwickelte Simulationsmethode "Industrial dynamics" stützt, sondern auf die modernsten Methoden der Systemanalyse, wie sie beispielsweise von der amerikanischen RAND-Corporation ausgearbeitet und in den USA beispielsweise von M.D. Mesarovic und in der BRD von Niklas Luhmann theoretisch begründet wurden. Diese Konzeption unterscheidet sich grundsätzlich von der Theorie des "Durchwurstelns". Während Popper darauf be-

steht, für ein gemeinsames Ziel zu handeln, sei ein Verzicht auf die freie Konkurrenz des Denkens, ein "Aufruf zum Verzicht auf rationales Denken" (2), steht z.B. bei Luhmann in Anlehnung an Max Weber gerade die Unterordnung unter gesamtgesellschaftliche Zwecksetzungen im Vordergrund, unter die sich nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch das Monokapital unterordnen soll. (3)

Besonders bei Mesarovic, einer der Väter des neuen Weltmodells, steht eine enge Zusammenarbeit von Mathematikern, Natur- und Gesellschaftswissenschaftlern im Vordergrund. Die Alternativstudie des "Club of Rome" läßt ein solches integriertes Vorgehen erkennen. Das neue Modell ist im Gegensatz zum Modell der MIT-Studie sehr differenziert. Es wird durchaus nicht versucht, gesellschaftliche Faktoren auf physikalische zu reduzieren. Im Gegenteil: die zehn Regionen, in die im neuen Modell die Welt aufgeteilt wird, wurden ausdrücklich nach wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten ausgewählt. Für die Technologie-Entwicklung gibt es sogar ein eigenes Untermode, während sie in der MIT-Studie ausgespart wurde, um die Umweltzerstörung als naturgesetzlichen Vorgang erscheinen zu lassen.

Allerdings funktionierte unter kapitalistischen Bedingungen eine solche Integration von Natur- und Gesellschaftswissenschaften bei der Ausarbeitung und Anwendung differenzierter Systemanalysen bisher fast nur im militärischen Bereich. Und es scheint sicher zu sein, daß das neue Weltmodell des "Club of Rome" zu nichts anderem taugt als zu einem modernisierten militärischen "Crisis management" etwa im Nahen Osten, was schon dadurch verdeutlicht wird, daß die erste geplante probeweise Anwendung des Modells in einer On-line-Analyse der Energiepolitik Westeuropas und der USA zwischen in Hannover und Cleveland/Ohio aufgestellten Computer über Nachrichtensatelliten bestehen soll. (4)

### III.

Nun zu einigen Möglichkeiten der Integration von Natur- und Gesellschaftswissenschaften auf der Basis des Marxismus und seiner Verwirklichung im realen Sozialismus. Die wissenschaftlich-technische Revolution WTR selbst ist in jeder Hinsicht ein Kind des Sozialismus. Während die Versuche, mit modernen Mitteln von Wissenschaft und Technik eine überlebte Ordnung aufrechterhalten zu wollen, nichts als kapitalistische Totgeburten sind. Das wird schon dadurch verdeutlicht, daß die ersten qualitativ neuen Arbeitsinstrumente, die nicht die Funktionen der menschlichen Hand ersetzen, sondern auch bestimmte logische Funktionen des menschlichen Hirns, und die bisher nicht bezwungene Naturprozesse ausnutzen, wie etwa die Atomenergie für friedliche Zwecke, zuerst in der UdSSR entwickelt wurden: die erste vollautomatische Taktstras-

se und das erste Atomkraftwerk. Von der internationalen Systemkonkurrenz wurden die Kapitalisten gezwungen, ihrerseits den Schritt zur WTR zu vollziehen. Später versuchten sie sogar, die Errungenschaften der WTR zur ideologischen, politischen und militärischen Zurückdrängung des Sozialismus und zur Eindämmung sozialer Differenzierungen und Bewegungen im Kapitalismus selbst auszunützen. Da dieser Versuch allerdings spätestens beim Übergang zu den siebziger Jahren als gescheitert galt, mußten die Werktätigen nun mit zweckpessimistischen Theorien bearbeitet werden.

Die WTR ist dadurch charakterisiert, daß die Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft wird. Sie wird vergegenständlicht in neuen Arbeitsinstrumenten (Automaten), einer höheren Qualifikation der Arbeiter und besonders in neuen Organisationsformen des Betriebes und der ganzen Volkswirtschaft. Das Problem der betrieblichen Organisation wurde im Kapitalismus glänzend gelöst. Das fing schon mit der Entwicklung des Taylorismus zu Beginn dieses Jahrhunderts, der nicht nur eine wissenschaftliche Methode größerer Schweißauspressung der Arbeiterklasse war, sondern auch die Grundlage jeder wissenschaftlichen Arbeiterorganisation im Betrieb auch unter sozialistischen Bedingungen. Das Problem der Organisation der Volkswirtschaft kann unter kapitalistischen Bedingungen nicht gelöst werden.

Es ist aber gerade ein Charakteristikum der WTR, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität (nach Lenin Hauptkriterium des technischen Fortschritts) nun in zunehmenden Maße nicht mehr so sehr durch die Einführung der modernen Technik garantiert wird (auf diesem Gebiet hatten die Kapitalisten bisher kaum Schwierigkeiten, beachtet man nur etwa den Vorsprung der USA in der Computertechnik), sondern durch die Vervollkommnung der Organisation der gesellschaftlichen Produktion. Hier spielt sich der ökonomische Wettkampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus zur Zeit ab. Gerade die Umweltzerstörung als Folge der anarchistischen Organisation der Produktion im Kapitalismus deutet an, daß das System über kurz oder lang den Wettkampf um die höchste Arbeitsproduktivität verlieren wird. Das ist schon ein Grund, den Weltuntergang herannahen zu sehen. Zur Zeit wird der Vorsprung des Kapitalismus in der Arbeitsproduktivität hauptsächlich durch gesteigerte Arbeitshetze aufrechterhalten. Hier werden vom Klassenkampf Grenzen gezogen, zumal die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern mittlerweile ihre "Lebensqualität" im Betrieb am Niveau ihrer Kollegen in den sozialistischen Ländern zu messen beginnen. Jenes System wird also den Wettkampf um die höchste Arbeitsproduktivität gewinnen, das eine möglichst ökonomische Reproduktion der biologischen Ressourcen der Produk-

tion garantieren kann, das die Ergebnisse der modernen Wissenschaft am schnellsten und umfassendsten in neuen Arbeitsinstrumenten und entsprechenden Organisationsformen der Produktion vergegenständlichen kann. Dazu gehört nicht nur die grundsätzliche Möglichkeit der gesamtgesellschaftlichen Planung, sondern auch ein wissenschaftlicher Vorlauf der weitgehend noch nicht vorhanden. Die sozialistischen Länder sind sich erst sehr spät der Umweltprobleme bewußt geworden. Der Vorlauf ist aber insofern gesichert als die marxistische Theorie auf eine lange Tradition der engen Wechselwirkung zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaften zurückblicken kann.

Daß die Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft wird, kommt besonders dadurch zum Ausdruck, daß die Produktion von einem bestimmten Zeitpunkt an der Wissenschaft mehr verdankt als die Wissenschaft der Produktion, wie es vorher mit Ausnahme der Chemieindustrie der Fall war. Die Wissenschaft geht nun der Produktion voraus. Das qualitativ neue an der WTR gegenüber allen vorherigen Revolutionen in den Produktivkräften besteht gerade darin, daß sich zum ersten Mal in der Geschichte eine Revolution in der Wissenschaft organisch mit einer Revolution in der Technik verbindet. Wenn die Wissenschaft aber der Technik vorausgeht, muß man die die WTR einleitende Revolution im wissenschaftlichen Denken schon sehr viel früher suchen. Und man muß sie nicht nur in den Naturwissenschaften suchen, sondern auch in den Gesellschaftswissenschaften. Somit gehört zu dieser wissenschaftlichen Revolution nicht nur die "Revolution der Physik", die Aufdeckung von Gesetzen auf der Ebene des Atoms um die Jahrhundertwende, sondern auch die Revolution in den Gesellschaftswissenschaften zur gleichen Zeit. Und diese bestand in nichts anderem als in der Entwicklung des Leninismus, der Ausarbeitung der Theorie der proletarischen Revolution unter den Bedingungen des Imperialismus. Übrigens war es Lenin, der als erster die "Revolution in der Physik" philosophisch und weltanschaulich bewältigt hat, und zwar in "Materialismus und Empirio-kritizismus". Andere, besonders bürgerliche Wissenschaftler waren durch die Umwälzungen in der Physik, besonders durch den Nachweis der statistischen Determiniertheit (5) der Erscheinungen auf der Ebene des Atoms fast verzweifelt. Für Lenin jedoch, waren die neuen Entdeckungen ein neuer Beweis dafür, daß es in der Natur dialektisch zugeht.

Die enge Wechselwirkung und gegenseitige Befruchtung von Natur- und Gesellschaftswissenschaften fing nicht bei Lenin an, sondern stand bereits an der Wiege des Marxismus, der Ausarbeitung der Methode des dialektischen und historischen Materialismus durch Marx und Engels. Das war ebenfalls eine Revolution in den Gesellschaftswissenschaften, die

allerdings mit einer Revolution in den Naturwissenschaften in Wechselwirkung stand, die sich schon einige hundert Jahre vorher zur Zeit der Renaissance vollzogen hatte. Ohne die in der klassischen Mechanik angewandten Methode der Deduktion und der Induktion, bei Marx verbunden zur Methode des "Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten" hätte das Hegelsche System nicht vom Kopf auf die Füße gestellt werden können. Der Marxismus war also die erste Weltanschauung und wissenschaftliche Methode, die die Fortschritte der Naturwissenschaften für die Gesellschaftswissenschaften ausnutzen konnte, und zwar nicht gerade durch eine positivistische Leugnung der qualitativen Unterschiede zwischen Gesellschaft und Natur, zwischen höheren und niederen Bewegungsformen der Materie, zwischen Systemen sehr unterschiedlichen Komplexitätsgraden, sondern gerade durch die Anerkennung dieser Unterschiede, durch den Nachweis daß die höheren Bewegungsformen der Materie auf spezifischen Gesetzen beruhen, daß aber die Gesetze der niederen Bewegungsformen in den höheren dialektisch aufgehoben sind.

In der Geschichte der Wissenschaften ist ein Fortschreiten der wissenschaftlichen Erkenntnis von den niederen zu den höheren Bewegungsformen der Materie feststellbar: von der Physik über die Chemie zur Biologie. Innerhalb der einzelnen Disziplinen entwickelt sich die wissenschaftliche Erkenntnis von der Makro- zur Mikroebene, etwa von der klassischen Mechanik zur Quantenmechanik, von der klassischen Biologie zur Molekularbiologie etc. Daß Marx und Engels die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zu einer Zeit aufdeckten, wo ausschließlich die klassische Mechanik eine ausgearbeitete theoretische Wissenschaft war, wo die Chemie noch in ihren Anfängen stand und die Biologie noch kaum als exakte Naturwissenschaft betrachtet werden konnte, war eigentlich ein Verstoß gegen die ange-deutete Gesetzmäßigkeit in der Wissenschaftsentwicklung, ein Verstoß, der umso schwerer wiegt, da die Erforschung höherer Bewegungsformen der Materie unbedingt darauf angewiesen ist, die methodischen Errungenschaften der exakten Untersuchung niederer Bewegungsformen für sich nutzbar zu machen. Marx und Engels waren sich dieses ihres Vorgriffs durchaus bewußt, konnten ihn aber rechtfertigen. Engels z.B. schreibt: "Während jedoch der Umschwung der Naturanschauung nur in dem Maße sich vollziehen konnte, als die Forschung den entsprechenden positiven Erkenntnisstoff lieferte, hatten sich schon viel früher historische Tatsachen geltend gemacht, die für die Geschichtsauffassung eine entscheidende Wende herbeiführten". ("Anti-Dühring", Frankfurt/M. 1971, S. 21) War also die Umstülpung des Hegelschen Systems durch den beginnenden Klassenkampf des Proletariats ausgelöst worden, empfanden

Marx und Engels doch die Notwendigkeit, die von ihnen ausgearbeitete materialistische Dialektik im Nachhinein auch im Bereich der Natur überprüfen zu müssen. Als sie dialektische Geschichtsauffassung bereits ausgearbeitet hatten, studierten sie deshalb eifrig die neuesten Errungenschaften der Naturwissenschaften. Besonders Interesse zeigten Marx und Engels für die Biologie, der Wissenschaft, die die Gesetze der Bewegungsform der Materie untersucht, die am nächsten kommt. Hier muß die gegenseitige Befruchtung durch den Austausch von Methoden am intensivsten sein. Tatsächlich führen Marx und Engels auch die Ausarbeitung der Zelltheorie von Schwann und Schleiden und die Ausarbeitung der Theorie der biologischen Evolution, die erst nach der Ausarbeitung der materialistischen Geschichtsauffassung erfolgten, als ihre wichtigsten Bestätigungen aus dem Bereich der Natur an.

Schon von daher leuchtet es ein, daß die Möglichkeit der Integration von Natur- und Gesellschaftswissenschaften, die Möglichkeit, gegenseitig Methoden übernehmen zu können, zunächst einmal in großem Maße von den Fortschritten in den Naturwissenschaften selbst abhängt. Nach der "Revolution in der Physik" um die Jahrhundertwende sind die Umwälzungen in den wissenschaftlichen Auffassungen über einzelne Bereiche der Natur auch nie mehr abgerissen. Obwohl die Physik auch heute noch eine führende Rolle spielt und im Bereich der Festkörperphysik beispielsweise noch durchaus bedeutende Neuentdeckungen zuwege bringt, gehen die meisten revolutionären Veränderungen im Weltbild der Naturwissenschaft heute nicht mehr von der Physik aus, sondern von der Chemie und besonders von der Biologie. Gelingt es der Biologie, eine allgemeine Theorie der Lebensprozesse hervorzubringen, die theoretische Biologie, wird das letzte Glied zum Nachweis der materiellen Einheit der Welt und ihrer dialektischen Determiniertheit geschlossen sein. Nicht zuletzt deshalb ist die Biologie heute wieder zu einem wichtigen Kampffeld zwischen Materialismus und Idealismus geworden. Hatte Engels schon nachgewiesen, daß in den entwickelten Naturwissenschaften die dialektische Betrachtung der objektiven Realität von den durch die Einzelwissenschaft aufgedeckten Tatsachen geradezu erzwungen wurde, so zeigen sich bei den Fortschritten hin zu einer theoretischen Biologie geradezu katastrophale Folgen für die bürgerliche Ideologie. Die Biologen kommen zu Einsichten in Gesetze, die den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung sehr ähneln, wie etwa die von Jaques Monod v.a. aufgedeckten statistischen Gesetzmäßigkeiten der molekularen Regulation von Stoffwechselprozessen und der molekularen Genetik. Es finden sich gerade in der Theorie der Evolution biologischer Makromoleküle, wie sie von Manfred Eigen entwickelt wurde,

statistische Gesetze die z.B. der Wirkungsweise des Wertgesetzes im Kapitalismus sehr nahekommen. Es ist nicht zu übersehen, daß von der mathematischen Formulierung biologischer Gesetze eine ganze Reihe von fruchtbaren Impulsen auf die Vervollkommnung der mathematischen Formulierung gesellschaftlicher, besonders ökonomischer Gesetze ausgehen werden. Wichtig ist hier vor allem die Vervollkommnung der kybernetischen Systemtheorie. Die Kybernetik als Wissenschaft, die bewegungsformunabhängige Gesetze der Entwicklung der Materie untersucht, kann sich aus sich heraus nicht vervollkommen. Sie entwickelt sich immer dann weiter, wenn sie mit einer Einzelwissenschaft in Wechselwirkung tritt. Augenblicklich geht ein großer Teil der Fortschritte der kybernetischen Systemtheorie gerade von der Biokybernetik aus. Andererseits ist zu erwarten, daß die Biologie nicht nur allgemein von der Methode des dialektischen Materialismus profitieren kann, sondern auch speziell von der Methodik der marxistischen Gesellschaftswissenschaft, von den dort bereits vorhandenen Methoden zur Analyse großer Systeme, die noch komplexer sind als die Lebensprozesse. Auf der Basis der bürger-Ideologie oder gar des offenen Antikommunismus können solche Analogiebeziehungen aber nicht ausgenutzt werden. Sind sie einmal erkannt, sieht man sie gar wieder rückgängig zu machen, wie es Jaques Monod in "Zufall und Notwendigkeit" demonstriert hat. Um die Leugnung von gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen weiterhin rechtfertigen zu können, muß Monod die Leugnung von Entwicklungsgesetzen auf die Natur ausdehnen. Im Widerspruch zu seinen eigenen Forschungsergebnissen verabsolutiert er den Zufall, negiert die dialektische Beziehung zwischen Zufall und Notwendigkeit, die ein wichtiger Motor für die gesetzmäßige Entwicklung in Natur und Gesellschaft ist.

Die Ansichten Monods, die ganz im Einklang mit den modernen Weltuntergangspropheten stehen, führen in letzter Konsequenz aber zur Aufgabe der Erforschung nicht nur der Gesellschaft sondern auch der Natur. Das aber kann wiederum nicht im Sinne derer sein, die darauf angewiesen sind, aus der Anwendung der Produktivkraft Wissenschaft Profit zu schlagen. Es ist deshalb eine durchaus häufige Erscheinung, daß parallel zu den pessimistischen Einstellungen in Bezug auf Wissenschaft und Technik Einstellungen auftauchen, die eine weitgehende Anwendung der Methoden des dialektischen Materialismus zu lassen, wo Biologen, die ihrer politischen Einstellung nach alles andere als Marxisten sind, auf ihrem Fachgebiet trotzdem so viel wie möglich die Errungenschaften der marxistischen Wissenschaft nutzbar machen. Ein gutes Beispiel ist der Frankfurter Mikrobiologe Kaplan, dessen Vorlesung über die Entstehung des Lebens vom marxistischen Standpunkt aus nichts hinzugefügt werden

kann, weil er auch die philosophischen Diskussionen über sein Arbeitsgebiet in den sozialistischen Ländern verarbeitet hat. Das hindert Herr Kaplan aber durchaus nicht daran, sich hochschul-politisch für die Kantzenbach-Fraktion zu engagieren.

Wir können also allgemein feststellen, daß die marxische Methode der Analyse gesellschaftlicher Gesetze einerseits den Biologen sehr hilfreich sein kann bei der Erarbeitung der Methodik einer theoretischen Biologie. Man beachte hier nur etwa die Bedeutung der Ganzheitsbetrachtung, der System-Struktur-Betrachtung, das Prinzip des Historismus und das Prinzip des dialektischen Determinismus. Insgesamt kann aber davon ausgegangen werden, daß die Biologie den Gesellschaftswissenschaften mehr geben können, wenn sie erst einmal einen bestimmten theoretischen Reifegrad erreicht hat. Schon Engels war sich dessen bewußt: "Wir sind daher auf dem Gebiet der Menschengeschichte mit unserer Wissenschaft noch weit mehr im Rückstand als auf dem die Biologie; und mehr noch: wenn einmal ausnahmsweise der innere Zusammenhang der gesellschaftlichen und politischen Daseinsformen eines Zeitalters erkannt wird, so geschieht es regelmäßig dann, wenn diese Formen sich schon halb überlebt haben, dem Verfall entgegengehen." (Anti-Dühring",

Frankfurt/M. 1971, S. 75)

Es ist deshalb zu erwarten, daß gerade die mathematische Ausarbeitung der Theorie der Evolution von biologischen Makromolekülen, wie sie von Manfred Eigen vorgenommen wurde, bei Beachtung der Unterschiede zwischen Natur und Gesellschaft eine Menge dazu beitragen wird, gesellschaftliche Entwicklungsgesetze tiefer zu begreifen, sie durch mathematische Fassung für die Praxis handhabbarer zu machen. Das ist bisher noch in sehr unzureichendem Maße geschehen, obwohl schon Marx im Nachwort zur zweiten Auflage des "Kapital I" aus einer Rezension von I.I.Kaufmann zitiert, wo dieser schreibt: "Die alten Ökonomen verkanteten die Natur ökonomischer Gesetze, als sie dieselben mit den Gesetzen der Physik und Chemie verglichen ... Eine tiefere Analyse der Erscheinungen bewies, daß soziale Organismen sich voneinander ebenso gründlich unterscheiden als Pflanzen- und Tierorganismen ... Ja, eine und dieselbe Erscheinung unterliegt ganz und gar verschiedenen Gesetzen infolge des verschiedenen Gesamtbaus jener Organismen, der Abweichung ihrer einzelner Organe, des Unterschieds der Bedingungen, worin sie funktionieren usw." (Kapital I, MEW 23, S. 26) Marx identifiziert sich ausdrücklich mit diesem Vergleich biologischer und gesellschaftlicher Gesetze, mit der Tatsache, daß in beiden Systemen

---

## bockenheimer bücherwarte

---

direkt an der Universität:  
Bockenheimer Landstraße 142a  
Telefon 7710 88/89

---

Ihre Buchhandlung  
für Universitätswissenschaften  
bietet Ihnen auch ständig  
neue Bücher aus dem Ausland  
und aktuelle Literatur

---

die Höherentwicklung sich in Sprüngen vollzieht, daß auf den höheren Stufen des Evolutionsprozesses spezifische Gesetze sich geltend machen und den weiterhin gültigen Gesetzen niedriger Stufen ihren Geltungsbereich zuweisen. Marx selbst vergleicht of den Produktionsprozeß mit dem dialektisch aufgefaßten biologischen Organismus, etwa, wenn er das Knochen- und Muskelsystem der Produktion vom Gefäßsystem der Produktion unterscheidet. Die großen Impulse, die von den Fortschritten der Biologie vor allem auf die Vervollkommnung der Mathematisierung der Gesellschaftswissenschaften ausgehen, werden auch von manchen bürgerlichen Wissenschaftlern nicht geleugnet. Ein Teil von ihnen versucht sogar die Fortschritte der kybernetischen Systemtheorie, die aus ihrer Anwendung in der Biologie erwachsen, zu neuen Versuchen der "Entideologisierung" der Gesellschaftswissenschaften zu mißbrauchen. Es wird der vergebliche Versuch gemacht, aus der Systemtheorie und nicht aus der wissenschaftlichen Analyse der Gesellschaft gesellschaftswissenschaftliche Kategorien oder gar Strategien zur Systemerhaltung abzuleiten. Es zeigt sich aber, daß systemtheoretische Modellierungsmethoden die Ausarbeitung eines Apparates wissenschaftlicher Begriffe nicht ersetzen können. Eine Mathematisierung der Gesellschaftswissenschaften erfordert hinreichend abstrakte und eindeutige Begriffe, andernfalls konstruiert man Modelle, die zur Aufdeckung objektiver Widersprüche in der Gesellschaft wenig beitragen können und deshalb auch für die Strategie des Kapitals unbrauchbar sind. Deutlich wird das z.B. bei Anatol Rapoport. In seinem Buch "Philosophie heute und morgen", Darmstadt 1971, kann er zwar eine Reihe sehr interessanter Vorschläge zur Quantifizierung gesellschaftlicher Gesetze, etwa durch Anwendung der Vektor-Rechnung in der Ökonomie, machen, kommt dabei aber in große Schwierigkeiten. Rapoport war übrigens durchaus nicht der erste, der einen solchen Vorschlag machte. Schon sehr viel früher hatte der polnische marxistische Ökonom Oskar Lange vorgeführt, daß nur die marxistische Gesellschaftstheorie die Voraussetzung zur umfassenden Quantifizierung besitzt. Nur hier existiert jener qualitativ eindeutige Begriffsapparat, der notwendig ist, um zu wissen, was überhaupt quantifiziert werden soll.

Aber was haben diese Probleme mit dem Problem der Umweltgestaltung zu tun? Sehr viel. Um nur noch kurz ein sehr wichtiges Beispiel zu nennen: Um die Umweltprobleme in den Griff zu bekommen, muß der gesellschaftliche Reproduktionsprozess und damit auch die ökonomische Theorie erweitert werden. Wenn die Fortschritte der Arbeitsproduktivität zunehmend vom Zustand der Ressourcen der Biosphäre abhängig werden, wenn die Biosphäre zur ökonomischen Kategorie wird, so bezieht sich das in erster Linie

auf die Vervollkommnung der Theorie des Standortes der Produktion, die Vervollkommnung der Theorie der Gebrauchswertsteuerung über den Wert. Die erste Wissenschaft, die über eine entwickelte Standortlehre verfügt, ist aber die Ökologie. Ökonomische und ökologische Standortoptimierung sind zwar nicht identisch, aber zwischen beiden existieren eindeutige Beziehungen, die mathematisch erfaßt werden müssen, um eine ökonomische Steuerung der Umweltqualität zu erreichen. Hierzu sind, wie angedeutet, sowohl revolutionäre Fortschritte in der Ökonomie wie auch in der Biologie notwendig, die die bürgerlichen Wissenschaftler nicht zu leisten imstande sind, weil es auf der Basis der bürgerlichen Ideologie eine wirkliche, eine dialektische Integration von Natur- und Gesellschaftswissenschaften nicht geben kann.

Zum Teil sind bürgerliche Biologen nicht einmal imstande, die für die Fortschritte in der Biologie so wichtige Integration naturwissenschaftlicher Methoden zu vollziehen, was sich z.B. darin ausdrückt, daß in der letzten Zeit wirkliche Umwälzungen in der Denkweise der Biologie oft nicht von Biologen ausgingen, sondern von Physikern und Chemikern.

Welche praktischen Schlußfolgerungen lassen sich aus den hier nur angedeuteten Widersprüchen ziehen? Wer die Augen offenhält wieß, daß es gerade bei der Lösung der Umweltprobleme nicht ausreicht, nur die grundsätzliche Unfähigkeit des kapitalistischen Systems zur Lösung dieser Probleme darzustellen und dann die Hände in den Schoß zu legen, um auf den Sozialismus zu warten. Um eine planmäßige Gestaltung der natürlichen Umwelt im Interesse der arbeitenden Bevölkerung muß schon jetzt gekämpft werden. Es kann der Arbeiterklasse nicht egal sein, in welchem Zustand sie die modernen Produktivkräfte einmal übernehmen wird. Es ist eine Gesetzmäßigkeit, daß Änderungen in der Standortstruktur der Produktion der Umwälzung der Eigentumsverhältnisse hinterherhinken müssen. Deshalb liegt es im Interesse der Arbeiterklasse, daß schon unter kapitalistischen Verhältnissen alles getan wird, um eine Standortverteilung der Produktion nach wissenschaftlichen, d.h. naturwissenschaftlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Kriterien durchzusetzen. Daraus läßt sich ableiten, daß die mit der Arbeiterklasse verbundenen Studenten an den Universitäten für eine Integration von Natur- und Gesellschaftswissenschaften kämpfen müssen, eine Integration, die sich nur auf der Basis des Marxismus verwirklichen läßt.

Meiner Meinung nach hat der MSB-Spartakus als einziger Studentenverband dafür ein realistisches Konzept. Auch ausgehend von den Umweltproblemen erweist es sich, daß die Forderung "Marx an die Uni" im Interesse der Arbeiterklasse liegt.

Edgar Gürtner  
MSB Spartakus

#### Anmerkungen

- 1) K.R. Popper, Das Elend des Historizismus, Tübingen 1965
- 2) ebenda S. 124,
- 3) vgl. Niklas Luhmann, Zweckbegriff und Systemrationalität, Tübingen 1968, jetzt auch Frankfurt/M. 1973.
- 4) Umschau in Wissenschaft und Technik, Nr. 16/73, S. 498 f.
- 5) Die statistische oder stochastische Determiniertheit eines Prozesses läßt sich dadurch verdeutlichen, daß ein System unter bestimmten Bedingungen aus einem Zustand A unter dem Einfluß der Dialektik von Zufall und Notwendigkeit nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit in den Zustand B übergeht. Auf diese Weise funktionieren die Gesetze sowohl der Quantenmechanik, der Genetik als auch das Wertgesetz in der kapitalistischen Gesellschaft. Die klassische Mechanik jedoch ging von einer hundertprozentigen Determiniertheit der Naturerscheinungen aus, dem mechanischen Determinismus. Solch eindeutige Ursache-Wirkungs-Beziehungen können nur als Spezialfälle der universellen dialektischen Wechselwirkung betrachtet werden.

#### Literatur (Auswahl)

- Herrmann Ley: Über die Schwierigkeiten des Einzelwissenschaftlers – Des Biologen Jaques Monod Kritik am historischen Materialismus und den Zwang zur Philosophie in den Naturwissenschaften, Frankfurt/M. Verlag Marxistische Blätter, 1973.
- Hubert Horstmann: Der Physikalismus als Modellfall positivistischer Denkweise. Frankfurt/M. Verlag Marxistische Blätter 1973
- Harald Wessel: Philosophie des Stückwerkes – Eine Auseinandersetzung mit dem neopositivistischen "kritischen Rationalismus", Frankfurt/Main, Verlag Marxistische Blätter 1971
- Georg Klaus: Kybernetik – eine neue Universalphilosophie der Gesellschaft? Frankfurt/M., Verlag Marxistische Blätter 1973
- G.N. Wolkow: Soziologie der Wissenschaft – Studie zur Erforschung von Wissenschaft und Technik, Berlin (DDR) 1970
- Sowj. Autorenkollektiv: Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution – Eine historische Untersuchung, Berlin (DDR) 1972
- Ju. S. Melestschenko/S.W. Schuchardin: Lenin und der wissenschaftlich-technische Fortschritt Leipzig 1972
- Kurt Reiprich: Die philosophisch-naturwissenschaftlichen Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels, Berlin (DDR) 1969
- Autorenkollektiv unter Leitung von H. Korch: Die wissenschaftliche Hypothese, Berlin (DDR) 1972

#### Aufsätze aus Periodika

- E. Jobst/A. Thom: Entwicklungsbedingungen und Ausdrucksformen von Revolution im wissenschaftlichen Denken, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie (DZfPh), Nr. 5/72
- I. T. Frolov: Leben und Erkenntnis – Methodologische Prinzipien der theoretischen Biologie, ebenda; Peter Radi, Bewegungsformen und Strukturformen, in DZfPh, Nr. 8/72
- Georg Klaus/Heinz Liebscher: Modernismus oder Wissenschaft? – Kybernetik aus philosophischer Sicht – heute, in: DZfPh, Nr. 5/73
- Herrmann Ley: Zur Verbindung von marxistisch-leninistischer Philosophie und Einzelwissenschaften, in: DZfPh, Nr. 7/73
- Peter Ruben: Aktuelle theoretische Probleme der materialistischen Naturdialektik, in DZfPh, Nr. 8/73
- Joachim Streisand: Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft als Gesellschaftswissenschaft und ihre Beziehung zu den Naturwissenschaften, in Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 3/73

# CHILE:

Der Kampf ist nicht zu Ende

Seit Anfang September wütet in Chile der Faschismus. Erschießungen auf offener Straße, Konzentrationslager, das Verbot sämtlicher Parteien und der Gewerkschaften, Bücherverbrennungen — die chilenischen Faschisten wollen keine Zweifel über ihre Gesinnung aufkommen lassen. Der schrankenlose Terror und die antisozialistische Hysterie der verfassungsbrüchigen Generäle signalisiert jedoch zugleich, daß das Faschistenpack am Erfolg seines Vorhabens — die revolutionäre Erfahrungen für immer aus dem Bewußtsein des werktätigen Volkes von Chile zu verdrängen — zweifelt.

Die bundesdeutsche Journaille schwankte zwischen offener Unterstützung — erkennen sie doch in der Fratze des Faschismus viel leichter die freiheitsdemokratische Grundordnung als im antiimperialistischen Demokratismus des Allende-Regimes — bis zu dümmlich-kleinbürgerlicher Sentimentalität (die Geschichte wollte es eben anders). Denjenigen, die nicht müde werden, vom „Scheitern des chilenischen Experiments“ zu reden, sei gesagt, daß der Kampf eines Volkes um nationale und soziale Befreiung unvermeidlich ist. Mit unverhüllter Schadenfreude und Zynismus reagierten auch einige ultralinke Grüppchen auf die Niederlage der Unidad Popular, wobei sie deren Programm zur Befreiung des Landes von den ausländischen Monopolen und der einheimischen Oligarchie, wofür die chilenischen Arbeiter bereit waren zu kämpfen und zu sterben, als „reformistisch“ diffamierten. Dabei bemühen sie sich nicht einmal den realen Entwicklungstendenzen, der Komplexität der Lage der Macht etc. auf die Spur zu kommen. Das Kräfteverhältnis ist in der marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie eine zentrale Kategorie und die Wirklichkeit auf jeden Fall komplizierter als die opportunistischen Schreihälse es sich vorstellen können.

## Zum Charakter der chilenischen Revolution

Die Parteien der Volkseinheit charakterisierten den revolutionären Prozeß als antiimperialistischen, antioligarchischen Kampf mit sozialistischer Perspektive. Diese Definition ergab sich aus der Analyse der in der chilenischen Gesellschaft herangereiften Widersprüche, der Bestimmung des subjektiven Faktors, der Einheit und der Reife des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Dieser Charakter drückte sich aus in der Verstaatlichung der Schlüsselindustrie, in der per Aktienkauf unter Kontrolle gebrachten Banken und in einer Agrarreform, in der alle Latifundien über 80 ha enteignet wurden. Ende 1972 waren 95 % des Warenexports und

60 % des Warenimports unter Kontrolle der Regierung. Die Macht des Finanzkapitals war beträchtlich untergraben, aber nicht gebrochen. Man versuchte aber auch im Überbau durch eine Hochschulreform, durch Veränderungen im Justizapparat und durch grundlegende Verfassungsänderungen die Macht des Volkes zu erweitern.

Die machtpolitische Situation war gekennzeichnet durch das Existieren einer ökonomischen und politischen Doppelherrschaft.

*Ökonomisch* durch die Existenz eines relativ großen staatlichen Sektors (156 Betriebe) gegenüber dem Privatsektor in Industrie und Landwirtschaft. 253 Großbetriebe waren noch in privater Hand, wovon 91 strategisch wichtige Betriebe bald verstaatlicht werden sollten.

*Politisch* im Nebeneinander von sozialistischer Exekutive (Präsident/Regierung/Ministerien) und bürgerlich beherrschtem Parlament und reaktionärer Justiz, ebenso in der Polarisierung von Unidad Popular und dem mehr oder minder geschlossen auftretenden Rechtsblock. Die Massenmedien waren zum größten Teil in den Händen der Bourgeoisie, die Auflagenstärke der Presse betrug 320.000 für die UP und 850.000 für den Rechtsblock.

Die ökonomische Situation verschlechterte sich 1973 rapide, nachdem die Industrieproduktion 1971 und in der ersten Hälfte 72 jeweils um etwa 12 % gestiegen war. In den ersten Monaten dieses Jahres sank die Industrieproduktion um etwa 7 %, im Mai betrug die Inflationsrate 240 %. Die Gründe dafür sind: Rückgang der Kupferpreise, Sabotage, Flucht von Fachkräften, Embargo von Ersatzteilen, Streichung von Krediten und vor allem der Streik der Fuhrunternehmen. Dieser Streik war ein politischer Streik, der die Absetzung Allendes zum Ziel hatte und von US-Konzernen finanziert wurde.

## Zur Bündnisfrage

Entsprechend der Etappenbestimmung war es eine vorrangige Aufgabe, alle vom Monopolkapital ausgebeuteten Schichten, um das Programm der Unidad Popular zu sammeln. Dies betrifft insbesondere die Bauern und das Kleinbürgertum. Diese Schicht von selbständigen Bauern, Handwerkern und kleinen Kaufleuten macht mit 1 Million Menschen einen relativ großen Anteil der Gesamtbevölkerung aus und hat entscheidende politische und ökonomische Bedeutung. Das Bündnis mit diesen Kräften ermöglichte die Wahl Salvador Allendes zum Präsidenten der Republik mit den Stimmen der Christdemokraten. Es ermöglichte ferner eine Verfassungsänderung um die Kupferminen zu verstaatlichen. Der große Wahlsieg der UP im April 1971, wo sie 50,8 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte, war ebenfalls nur möglich durch die Einbeziehung des Kleinbürgertums in den revolutionären Prozeß. Dieses Bündnis erhielt größte Bedeutung bei dem Versuch der

UP, einen Bürgerkrieg zu verhindern. Luis Corvalan, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles betonte immer wieder die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer Volkseinheit gegen Bürgerkrieg und Faschismus. So sagte er nach dem gescheiterten Staatsstreich am 29. Juli: „Es gibt Leute, die nicht in der Regierung sind, die sie aber auch nicht stürzen wollen. Sie sind überzeugt..... daß der Bürgerkrieg verhindert werden muß.“ Er bezeichnete es als eine heilige Pflicht „das Volk zu einen und die künstliche Teilung zwischen den Chilenen, die gemeinsame Interessen und gemeinsame Feinde haben zu verhindern“. Zugleich meinte er aber: „.....Sozialer Friede ist unmöglich.“ Es kann keinen Waffenstillstand mit dem „Mercurio“ (Blatt der Oligarchie), mit den Jarpas (Führer der Nationalpartei), mit den Rodriguez (Führer von Patria y Libertad) geben, die die großen Fabriken den ehemaligen Industrieunternehmen zurückgeben wollen. (1) Die Richtigkeit der Einschätzung, daß man eine Volkseinheit gegen den Bürgerkrieg bilden müsse, erweist sich jetzt in der Spaltung der DC, deren linker Flügel unter Aldomiro Tomic mit den Parteien der Volkseinheit gegen den Faschismus kämpfen will. Nach verlässlichen Informationen verhinderte der Putsch im allerletzten Augenblick den Übertritt A. Tomic mit 11 weiteren Abgeordneten in die Parlamentsfraktion der Unidad Popular.

## Militär = Konterrevolution ?

In vielen Revolutionen wird die Revolution vor der Revolution gemacht. Die Ausschaltung des Militärs und der Polizei als politische Gewalt ist eine der entscheidenden machtpolitischen Fragen gesellschaftlicher Umwälzungen. Das Militär zeichnete sich in der Vergangenheit durch strikte Achtung vor Gesetz und Verfassung aus. Die UP versuchte das Militär durch Integration zu gewinnen oder wenigstens zu neutralisieren. Man war sich aber darüber klar, daß der revolutionäre Prozeß den Klassenkampf verschärft und daß in diese Konfrontation auch das Militär hineingerissen wird. Man hoffte aber, daß sich das Militär durch Einbeziehung in den Kampf gegen die faschistischen Terrorbanden wenigstens neutralisieren ließe. Unsere Revolutionsadvokaten mit falschem Bart glauben, die sich daraus ergebenden Probleme durch eine Hurra-Taktik lösen zu können (Bewaffnung des Volkes und Entwaffnung des stehenden Heeres). Die einstweilige Niederlage der Volkskräfte erhärtete jedoch vielmehr die Erkenntnis der leninistischen Revolutionstheorie: Die endgültige Sicherung der Volksmacht und damit die Vollendung der antiimperialistischen Revolution und damit die Errichtung einer neuen Gesellschaft ist nicht ohne tiefgreifende *revolutionäre Krise* möglich, die alle gesellschaftlichen Bereiche erfaßt (einschließlich das Heer) und die arbeitenden Menschen nicht mehr so leben wollen wie

bisher und die ehemals herrschenden Schichten nicht mehr so agieren können wie sie wollen. Die Ultralinken, die glauben, daß diese Bedingungen „geschaffen“ werden können, auch wenn ein Teil der Arbeiter bereit ist, die Betriebe zu verteidigen, haben ein romantisches Verhältnis zur Macht.

### Friedlicher oder bewaffneter Weg?

Die Praxis der bisherigen Revolutionen hat gezeigt, daß der bewaffnete Kampf der Arbeiterklasse die wahrscheinlichste Methode der Übernahme der Macht ist. Lenin orientierte die russische Arbeiterklasse systematisch auf den bewaffneten Aufstand hin, da er davon ausging, daß es im höchsten Grad wahrscheinlich ist, daß die Bourgeoisie keine friedliche Zugeständnisse macht, sondern im entscheidenden Augenblick ihre Privilegien verteidigen wird. Er ließ jedoch niemals eine Verabsolutierung der Kampfformen zu. So drückte die Losung „Alle Macht den Sowjets“ in den Monaten nach der Februarrevolution bis zur Zerschlagung der Doppelherrschaft durch den zeitweiligen Sieg der Bourgeoisie im Juli die Möglichkeit der friedlichen Machtübernahme aus. In dieser Periode wurde diese Losung dann zurückgezogen. Lenin begründete das damit: „Diese Losung hieße, objektiv gesehen das Volk betrügen, ihm die Illusion eingeben, als ob auch jetzt die Sowjets die Machtübernahme bloß wünschen oder zu beschließen brauchten, um die Macht zu erhalten.“<sup>(2)</sup> Nach dem Kornilowputsch, dem gescheiterten Versuch eine Militärdiktatur zu errichten, schwenkten die kleinbürgerlichen Parteien erneut auf die Seite des Proletariats. Lenin sah damals die Möglichkeit für eine friedliche Entwicklung. „Durch die Übernahme der ganzen Macht könnten die Sowjets jetzt noch – und wahrscheinlich ist dies ihre letzte Chance – eine friedliche Entwicklung der Revolution sichern, friedliche Wahlen der Deputierten durch das Volk..... den friedlichen Übergang der Macht aus der Hand einer Partei in die einer anderen.“<sup>(3)</sup> Der Unterschied zwischen bewaffneten und friedlichen Kampf ist also nicht der zwischen Revolution und Evolution. Die Genossen „wahre Marxisten“ bezeichnen den friedlichen Weg auch gern als „Dritten Weg“. Wie oben gezeigt wurde, ist es jedoch unleninistisch, eine Kampfform zu verabsolutieren und der sog. dritte Weg bezieht sich im wesentlichen auf die Leugnung der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und der führenden Rolle der Arbeiterklasse.

Weiterhin wird von Sektierern meist die Frage der Kampfform mit dem Weg der Revolution verwechselt. Der Weg der Revolution ist eine strategische Frage, in der Inhalt, Bündnispartner und Triebkräfte der Revolution festgelegt sind. Die Frage der Kampfformen ist eine taktische und bezieht sich auf den friedlichen oder bewaffneten Kampf oder deren Kombination.

Das Festhalten an der Möglichkeit des friedlichen Weges bedeutet kein Abriicken von der wichtigen marxistisch-leninistischen Einsicht, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann, daß sie vielmehr die bürokratische militärische Maschinerie zerbrechen müsse. Die Art und Weise wie die Zerschlagung des Staatsapparates erfolgt, hängt von den konkreten Umständen ab. In Rußland wurde durch Sowjets und den Neuaufbau der Roten Armee der alte Apparat mit einem Schlag zerschlagen, während dies in den Volksdemokratien ein allmählicher Prozeß war, der in der DDR z.B. durch eine konsequente antifaschistische Säuberung des Staatsapparates eingeleitet wurde.

Die UP und die kommunistische Partei Chiles vertraten die These von der Möglichkeit des unblutigen Überganges zum Sozialismus. Dies fand nicht zuletzt seinen Ausdruck in der Mobilisierung aller Kräfte zur Verhinderung eines Bürgerkrieges. Man ging davon aus, daß es gelingen werde ein entscheidendes Übergewicht der revolutionären Kräfte zu erlangen, so daß die Reaktion es nicht wagen wird, einen Bürgerkrieg zu entfesseln. Konkret stellte sich das in dem Angebot an die DC dar, gemeinsam den Bürgerkrieg zu verhindern. Die relative Stabilität des parlamentarischen Systems, die unpolitischen Traditionen des Militärs, sowie die Erfolge bei der Hebung des Bewußtseins der Massen und die Verbreiterung der revolutionären Bewegung, der sozialreformerische Charakter eines Teiles der christdemokratischen Opposition eröffneten objektiv die Möglichkeit des friedlichen Kampfes.

Bezüglich des Kräfteverhältnisses und der Unvermeidbarkeit der gewaltsamen Zerschlagung des bürgerlichen Apparates gab es nie reformistische Illusionen. Man wußte, daß man nur einen Teil der Macht erobert hatte und daß es darauf ankam, die ganze Macht zu erobern. So der Gen. Corvalan: „Wenn die bis gestern herrschenden Klassen die gesamte Macht in ihren Händen vereinigte, warum hat dann das Volk nicht dasselbe Recht? Es hat das Recht dazu, und hat dies zu tun, komme was da wolle..... Wie kann man die legislative Macht und die juristische Macht unberührt lassen, wenn sie..... sich in Schützengraben der Feinde des Fortschritts verwandelt haben.“<sup>(4)</sup> Oder in den Thesen des ZK der KPCh zum XV. Parteitag heißt es: „Der Staat ist das Hauptwerkzeug des Aufbaus der neuen Gesellschaft. Dabei ist die Volksregierung, die tiefgreifende revolutionäre Veränderungen anstrebt, auf den bürgerlichen bürokratischen Apparat angewiesen. Die Ersetzung dieses Apparates ist notwendig, sie ist jedoch nicht mit der Ersetzung der bestehenden Macht durch eine andere Regierung, sondern mit einer Verstärkung dieser Regierung verbunden.“<sup>(5)</sup> Parlament und Justiz sabotierten den re-

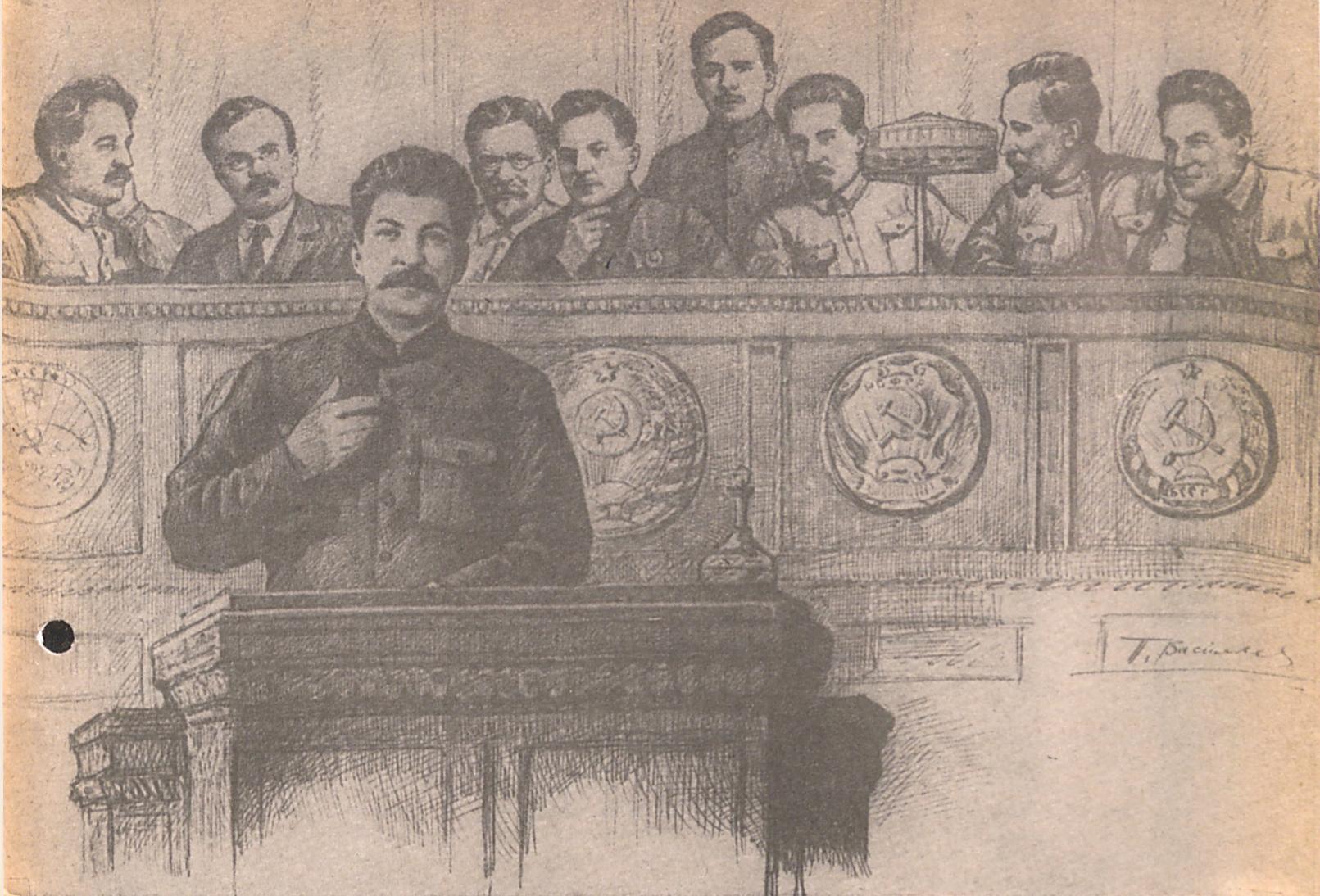
volutionären Prozeß auf der ganzen Linie. Das Parlament z.B. klagte in der Regierungszeit der UP über 30 Minister und deren Mitarbeiter wegen Verletzung der Gesetze und der Verfassung an, eine Sozialisierung des Gesundheitswesens wurde abgelehnt, ebenso das Gesetz, das die beiden Parlamentshäuser in eine Volkskammer verwandeln sollte. Bei Land- und Industriebesetzungen durch Arbeiter griff das Militär und die Polizei auf Grund reaktionärer Gerichtsurteile selbständig ein, obgleich die Regierung auf der Seite der Arbeiter stand.

### Die MIR

Die MIR (Movimento de Izquierda Revolutionaria) ist 1963 als Abspaltung der Sektion der sozialistischen Jugend entstanden. Vom „revolutionären Generalstreik“ (trozkistisch-ouvrieristischer Art), über das „Einkreisen der Städte durch das Land“ bis zur Tupamaro-Strategie gab es keine opportunistische Theorie und auch Praxis, von welcher die MIR unbelastet gewesen wäre. Sie hat ihre Basis in den Elendsvierteln und auch einige Bastionen auf dem Land. Trotz proletaristischer Kraftmeierei und einer Strategie, welche die Bündnisfrage ignoriert und auf den Kampf Klasse gegen Klasse hinausläuft, versuchte sie erst 1971 Einfluß in der Industriearbeiterschaft zu gewinnen, was gründlich mißlang. Bei den Wahlen zum Nationalrat der CUT (73 Mitglieder und Kandidaten) brachte sie lediglich einen Kandidaten durch. Ihre Publizität hat sie nicht ihrer kosnrukturellen Arbeit zu verdanken, sondern ihrer militanten provokatorischen Politik, die im wesentlichen in der reaktionären Presse ihr Echo fand. Die MIR vertritt ein spontaneistisches Konzept des Vorantreibens jeder Teilbewegung ohne eine strategische Etappenbestimmung vorzunehmen. Die Besetzungsaktionen kleiner Güter und Unternehmen lenkten von der momentanen Hauptaufgabe ab, nämlich die äußerste Reaktion zu schlagen, was nur möglich ist durch die Gewinnung oder Neutralisierung bestimmter Bevölkerungskreise. Der Einschätzung, daß man die gesamte politische Kraft auf die äußerste Reaktion richten muß, hat der faschistische Putsch recht gegeben. Trotz aller metaphysischer Beschwörungen der Wichtigkeit der Staatsmacht, hat die MIR bis zuletzt den Kampf der Unidad Popular um mehr Staatsmacht ignoriert und zum Teil sabotiert, zugunsten einer völlig einseitigen Anbetung der „autonomen Organisationen der Arbeiterklasse“ – besetzte Kleinstbetriebe, bloße Symbole und objektiv eine Verhöhnung der von den Volkskräften angestrebten politischen Macht der Arbeiterklasse.

### Korsch, Pirker

- 1) Informations-Bulletin, Nr. 13/1973, S. 20
- 2) W.I. Lenin, Werke, Bd. 25, Berlin 1960 S. 184
- 3) W.I. Lenin, Werke, Bd. 26, Berlin 1960, S. 54
- 4) Informations-Bulletin, Nr. 13/1973, S. 21
- 5) Informations-Bulletin, Nr. 14/15, 1973



## „Bukowski kennt man in der Sowjetunion nur im Irrenhaus.“

Das hervorstechende Kennzeichen der sogenannten Dissidenten“bewegung“ in der Sowjetunion ist ihre zahlenmäßige Schwäche. Sie soll nach Schätzungen bürgerlicher Zeitungen (etwa der FAZ v. 29.8.73) an die 200 Personen umfassen.

Diese lächerlich geringe Zahl ist darauf zurückzuführen, daß eine Opposition gegen den Sozialismus keine reale Basis hat und weder in der Arbeiterklasse noch in der werktätigen Intelligenz Fuß fassen kann. Mit der Beseitigung der kapitalistischen Ordnung sind auch die Ursachen für die Korrumpierung der Intelligenz durch die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, weggefallen. Ohne diese Bestechung können sich die gleichlaufenden Interessen von Arbeiterklasse und Intelligenz voll entfalten. So wie im Interesse der Arbeiterklasse liegt es im fundamentalen Interesse der – von der Indiennahme durch das Kapital – befreiten Intelligenz, daß sich die Charakteristika der entwickelten sozialistischen Gesellschaft voll durchsetzen.

Gemeint ist die Erhöhung der Teilnahme des Volkes an der Leitung der Volkswirtschaft, die stetige Entwicklung der sozialistischen Demokratie, die Verstärkung der Rolle der gesellschaftlichen Institutionen und die Vorbereitung des Übergangs zur kommunistischen Selbstverwaltung. Dieses Verhältnis der Intelligenz und der übrigen Werktätigen zum sozialistischen Aufbau bestimmt auch das Verhältnis zur Frage der individuellen Freiheiten. Mit dem Wegfall der Klassenherrschaft der Bourgeoisie fällt auch die bürgerliche Auffassung von Freiheit.

Freiheit entwickelt sich historisch und ihr Grad hängt von vielen Faktoren ab: den materiellen Möglichkeiten der Gesellschaft und damit der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, dem politischen Bewußtsein der Werktätigen und auch von der internationalen Lage. In einer Gesellschaft, in der Armut und Unwissenheit herrschen, kann es ebensowenig Freiheit geben, wie in einer Gesellschaft, in der die

Interessen des Kapitals sich alle Teile der Gesellschaft unterwerfen. Das sowjetische Volk hat ganz und gar begriffen, daß die Entwicklung seiner Freiheit vom Aufbau der sozialistischen Volkswirtschaft, vom Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und vom Kampf gegen die Muttermale der alten Gesellschaft, wie individualistische Selbstsucht, nationalistische Vorurteile, Aberglaube, Zynismus und Skeptizismus gegenüber den schöpferischen Kräften der arbeitenden Menschen, abhängt. Deshalb, genau deshalb fühlen sich die sowjetischen „Advokaten der individuellen Freiheit“ isoliert. Denn die Kommunisten und Werktätigen der sozialistischen Welt ergreifen in der Frage der Freiheit und ihrer Beschränkungen die Partei des Fortschritts, ebenso wie die bürgerliche Presse und ihre Helden die Partei der Reaktion und des Antihumanismus ergreifen.

Denn es geht den Herrschaften gar nicht um Freiheit für alle in jeder Gesellschaft, da sie Einschränkungen der Freiheit, die

die Gegner der kapitalistischen Ordnung betreffen, durchaus rechtfertigen und sogar fordern.

Freiheitseinschränkungen für fortschrittliche und demokratische Kräfte, an der Spitze die Kommunisten, die skandalösen Berufsverbote die sich an der "wehrhaften Demokratie" orientieren. Unzugänglichkeit der Massenmedien für Kommunisten, Repression am Arbeitsplatz, bis hin zu tausendfacher Folter überall in den vom Imperialismus beherrschten Ländern sind für sie selbstverständlich. Ja selbst die Zertrümmerung des bürgerlichen Demokratismus – vor allem der darin enthaltenen demokratischen Rechte des Volkes – findet in diesen Kreisen eifrige Befürworter, wenn dieser durch die Aktionen der vereinigten Volksmassen sich gegen den Imperialismus, gegen die Bourgeois-herrschaft wendet. Dann ist man sogar bereit zwischen Faschismus und "freiheitlich-demokratischer Grundordnung" ein Gleichheitszeichen zu setzen. So reflektiert Wördemann im Münchner Merkur v. 15.9.1973 über Chile "... ob denn in einem Land mit solch exemplarischen Verfassungsdenken wie Chile nicht auch aus der Verfassung heraus ein Gebot zum Eingreifen bestanden habe". Die Inkarnation senil-zynischer Bourgeois-Weisheiten stellt in diesem Zusammenhang dann die These Carstens "vom Experiment Chile als Beweis der Unvereinbarkeit von Demokratie und Sozialismus" dar.

Ebenso selbstverständlich wie für die Kapitalvertreter der Kampf gegen Sozialismus und Demokratie ist für die Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern der Kampf gegen ihre Feinde: Wer die alte Ausbeuterordnung wieder errichten will, bewußt Lügen über die sozialistische Gesellschaft verbreiten und an die Stelle der allseitigen Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit, die allseitige Entfaltung des Profitstrebens, des Egoismus, des Militarismus und der Anarchie der Produktion setzen will, findet nicht nur keine Unterstützung unter den Werktätigen, sondern muß unter voller Wahrung der sozialistischen Gesetzlichkeit mit einer Bestrafung rechnen. Der Antihumanismus unser "Dissidenten" ist nicht schwer durchschaubar. Welche Ziele können sie damit verfolgen, das Gesundheits- und Bildungssystem der UdSSR zu beschimpfen, das nachgewiesenermaßen führend in der Welt ist? Welche Intentionen verbergen sich hinter ihren Forderungen nach einem Abbruch der Ent-

spannungs- und Abrüstungspolitik? Wer profitiert von Aufrüstung und Kriegen? Die Arbeiterklasse? Wem nützt die Propagierung des kapitalistischen Konsummodells als Beispiel, und die damit verbundene Vernachlässigung des Ausbaus der Infrastruktur und des kollektiven Konsums? Wem nützen Angriffe auf Länder, die sich vom Neokolonialismus befreit haben? (Solschenizyn) Wessen Freiheit und Entwicklung haben sie im Auge, wenn sie wider besseres Wissen behaupten, um die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der SU sei es schlecht bestellt (Sacharow u.a.: Offener Brief an die sowjetische Führungsspitze) angesichts des um ein vielfaches höheren Produktionsfortschrittes der SU gegenüber den kapitalistischen Ländern? Wem nützen die Märchen über Nerwenheilanstalten, Arbeitslager, in denen Millionen "schmachten" sollen und zuletzt die Aussage, die SU sei "ein gigantisches KZ"? Welchen Zweck können die Angriffe auf die Instrumente, mit Hilfe derer sich die Werktätigen im Sozialismus unaufhaltsam mehr materiellen Reichtum und Freiheit schaffen, die Angriffe auf die marxistisch-leninistische Partei und ihre Ideologie, auf den demokratischen Zentralismus, auf die zentrale Planung haben?

Ist es nicht die Politik der reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals an die die Hetze des Herrn Sacharow gegen die Entspannung erinnert? Ist es nicht die Sprache eines Franz-Josef Strauß, mit der der angebliche Schriftsteller Maximow die Bundesregierung beschuldigt "einseitige Zugeständnisse zu machen" und Brandt als einen "mittelmäßigen Apologeten eines neuen München" betrachtet (FAZ v. 18.8.73). Die reaktionäre Gesinnung des Herrn Sacharow wurde zuletzt selbst der großbürgerlichen österreichischen Zeitung "Die Presse" zuviel. Besorgt rätselt sie, warum Sacharow "seine unerbittliche Logik und Realitätsbezogenheit des Naturwissenschaftlers, die bisher so bestochen hat", verlassen habe? (22.8.73)

Die Logik der "Presse"-Sorge liegt auf der Hand, sie fürchtet um die Glaubwürdigkeit Sacharows im Sinne einer langfristigen Instrumentalisierung im Dienste der herrschenden Klasse in den kapitalistischen Ländern. Um die Glaubwürdigkeit des sowjetischen "Dissidenten" herauszuputzen, ist den bürgerlichen Medien jedes Mittel recht. Sacharow wird zum "Vater der sowjetischen Wasserstoffbombe" ernannt, obwohl seine Bedeutung hinter der seines Lehrers Kapitzka weit

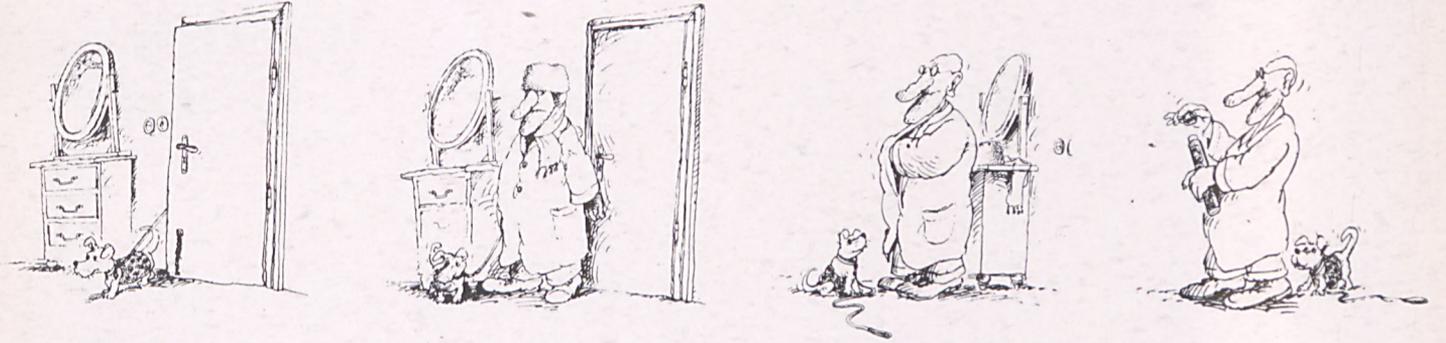
zurücksteht. Jedem verkrachten Studenten wird das Prestige-Mäntelchen eines Historikers oder Schriftstellers umgehängt (z.B. Amalrik). Die "Dissidenten", deren Zahl eine Handvoll nicht überschreitet, werden zu einer "Opposition" hochgelogen. (Obwohl Sacharow selbst zugeben mußte, daß von einer Opposition nicht gesprochen werden könne. Diese Aussage wurde aber wohlweislich nicht in einem Massenblatt abgedruckt, sondern in der FAZ vom 29.8.73, mit einem verlässlichen bourgeoisen Leserkreis).

So unbedeutend die "Dissidenten" in der Sowjetunion auch sind (Bukowski z.B. kennt man dort nur im Irrenhaus), so bedeutend sind sie für die Spannungsfeinde im Westen, die durch die schrittweise Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz ihre Felle davonschwimmen sehen. Denn Entspannung heißt weg von militärischer Aufrüstung und damit Schmälerung der Profite der Rüstungsmonopole.

Die jetzige Entspannungsphase ist also den Interessen der Reaktion direkt entgegengesetzt. Besonders im Hinblick auf die Europ. Sicherheitskonferenz bereiten die Spannungsfeinde eine Gegenoffensive vor. Die Korrespondenten bürgerlicher Zeitungen wußten sehr wohl, warum sie Herrn Sacharow in letzter Zeit sehr häufig um seine Meinung fragten. Die "New York Times" versucht dann auch schon die Früchte zu ernten, wenn sie meint: "Auf seinem neuen Posten als Außenminister könnte es Henry Kissinger notwendig finden, seine Konzeption der Entspannung gegenüber der Sowjetunion zu überprüfen.... Die Konzeption Kissingers ist jetzt von einer Seite fundamental und in bestimmender Weise in Frage gestellt worden. ... (Zit. nach FAZ 28.8.73)

Doch die Sacharow-Schwemme hat auch noch die Funktion, den Kampf der Arbeiterklasse zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, den Kampf der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte gegen die schrittweise Aushöhlung selbst der bürgerlichen Demokratie zu hintertreiben und zu spalten. Konkret sollen damit vor allem die vom Berufsverbot betroffenen Kommunisten getroffen werden, sie versucht man zu isolieren. Die Linken dürfen der altbekannten "teile und herrsche"-Taktik der Teilenden und Herrschenden nicht auf den Leim gehen.  
W. Pirker  
MSB-Spartakus

# Frohes Fest!



# 1974

## Januar

|    |   |    |    |    |    |
|----|---|----|----|----|----|
| So | 6 | 13 | 20 | 27 |    |
| Mo | 7 | 14 | 21 | 28 |    |
| Di | 1 | 8  | 15 | 22 | 29 |
| Mi | 2 | 9  | 16 | 23 | 30 |
| Do | 3 | 10 | 17 | 24 | 31 |
| Fr | 4 | 11 | 18 | 25 |    |
| Sa | 5 | 12 | 19 | 26 |    |

## Februar

|    |   |    |    |    |
|----|---|----|----|----|
| So | 3 | 10 | 17 | 24 |
| Mo | 4 | 11 | 18 | 25 |
| Di | 5 | 12 | 19 | 26 |
| Mi | 6 | 13 | 20 | 27 |
| Do | 7 | 14 | 21 | 28 |
| Fr | 1 | 8  | 15 | 22 |
| Sa | 2 | 9  | 16 | 23 |

## März

|    |   |    |    |    |    |
|----|---|----|----|----|----|
| So | 3 | 10 | 17 | 24 | 31 |
| Mo | 4 | 11 | 18 | 25 |    |
| Di | 5 | 12 | 19 | 26 |    |
| Mi | 6 | 13 | 20 | 27 |    |
| Do | 7 | 14 | 21 | 28 |    |
| Fr | 1 | 8  | 15 | 22 | 29 |
| Sa | 2 | 9  | 16 | 23 | 30 |

## April

|    |   |    |    |    |    |
|----|---|----|----|----|----|
| So | 7 | 14 | 21 | 28 |    |
| Mo | 1 | 8  | 15 | 22 | 29 |
| Di | 2 | 9  | 16 | 23 | 30 |
| Mi | 3 | 10 | 17 | 24 |    |
| Do | 4 | 11 | 18 | 25 |    |
| Fr | 5 | 12 | 19 | 26 |    |
| Sa | 6 | 13 | 20 | 27 |    |

## Mai

|    |   |    |    |    |    |
|----|---|----|----|----|----|
| So | 5 | 12 | 19 | 26 |    |
| Mo | 6 | 13 | 20 | 27 |    |
| Di | 7 | 14 | 21 | 28 |    |
| Mi | 1 | 8  | 15 | 22 | 29 |
| Do | 2 | 9  | 16 | 23 | 30 |
| Fr | 3 | 10 | 17 | 24 | 31 |
| Sa | 4 | 11 | 18 | 25 |    |

## Juni

|    |   |    |    |    |    |
|----|---|----|----|----|----|
| So | 2 | 9  | 16 | 23 | 30 |
| Mo | 3 | 10 | 17 | 24 |    |
| Di | 4 | 11 | 18 | 25 |    |
| Mi | 5 | 12 | 19 | 26 |    |
| Do | 6 | 13 | 20 | 27 |    |
| Fr | 7 | 14 | 21 | 28 |    |
| Sa | 1 | 8  | 15 | 22 | 29 |

## Juli

|    |   |    |    |    |    |
|----|---|----|----|----|----|
| So | 7 | 14 | 21 | 28 |    |
| Mo | 1 | 8  | 15 | 22 | 29 |
| Di | 2 | 9  | 16 | 23 | 30 |
| Mi | 3 | 10 | 17 | 24 | 31 |
| Do | 4 | 11 | 18 | 25 |    |
| Fr | 5 | 12 | 19 | 26 |    |
| Sa | 6 | 13 | 20 | 27 |    |

## August

|    |   |    |    |    |    |
|----|---|----|----|----|----|
| So | 4 | 11 | 18 | 25 |    |
| Mo | 5 | 12 | 19 | 26 |    |
| Di | 6 | 13 | 20 | 27 |    |
| Mi | 7 | 14 | 21 | 28 |    |
| Do | 1 | 8  | 15 | 22 | 29 |
| Fr | 2 | 9  | 16 | 23 | 30 |
| Sa | 3 | 10 | 17 | 24 | 31 |

## September

|    |   |    |    |    |    |
|----|---|----|----|----|----|
| So | 1 | 8  | 15 | 22 | 29 |
| Mo | 2 | 9  | 16 | 23 | 30 |
| Di | 3 | 10 | 17 | 24 |    |
| Mi | 4 | 11 | 18 | 25 |    |
| Do | 5 | 12 | 19 | 26 |    |
| Fr | 6 | 13 | 20 | 27 |    |
| Sa | 7 | 14 | 21 | 28 |    |

## Oktober

|    |   |    |    |    |    |
|----|---|----|----|----|----|
| So | 6 | 13 | 20 | 27 |    |
| Mo | 7 | 14 | 21 | 28 |    |
| Di | 1 | 8  | 15 | 22 | 29 |
| Mi | 2 | 9  | 16 | 23 | 30 |
| Do | 3 | 10 | 17 | 24 | 31 |
| Fr | 4 | 11 | 18 | 25 |    |
| Sa | 5 | 12 | 19 | 26 |    |

## November

|    |   |    |    |    |    |
|----|---|----|----|----|----|
| So | 3 | 10 | 17 | 24 |    |
| Mo | 4 | 11 | 18 | 25 |    |
| Di | 5 | 12 | 19 | 26 |    |
| Mi | 6 | 13 | 20 | 27 |    |
| Do | 7 | 14 | 21 | 28 |    |
| Fr | 1 | 8  | 15 | 22 | 29 |
| Sa | 2 | 9  | 16 | 23 | 30 |

## Dezember

|    |   |    |    |    |    |
|----|---|----|----|----|----|
| So | 1 | 8  | 15 | 22 | 29 |
| Mo | 2 | 9  | 16 | 23 | 30 |
| Di | 3 | 10 | 17 | 24 | 31 |
| Mi | 4 | 11 | 18 | 25 |    |
| Do | 5 | 12 | 19 | 26 |    |
| Fr | 6 | 13 | 20 | 27 |    |
| Sa | 7 | 14 | 21 | 28 |    |

# diskus

frankfurter studentenzeitung  
6000 Frankfurt am Main  
Jügelstraße 1





# Die Freiheit von CIA und NATO.